

DEN
OPFERN
DES
FASCHISMUS

Gedenkstätten für Opfer und
Verfolgte des Naziregimes
auf dem Neuen Friedhof in Rostock

Neuer Friedhof Rostock



Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	4
1.	Verfolgte des Naziregimes Gräberfeld I (1941-1945)	5
1.1	Opfer antisemitischer Verfolgung	7
1.2	Opfer verschiedener Nationen	12
2.	Verfolgte des Naziregimes Gräberfeld II (1959-1967)	18
3.	Verfolgte des Naziregimes Gräberfeld III (1967-1990)	26
3.1	Urnenfeld	26
3.2	Gedenktafeln	43
4.	Verfolgte des Naziregimes Einzelgräber	60
5.	Zum Zustand der Gedenkstätten	75
6.	Anhang:	76
	Liste der Toten des KZ Barth	
	Glossar	
	Abkürzungsverzeichnis	
	Literatur und Quellenverzeichnis	
	Impressum	

Vorwort

Auf dem Neuen Friedhof in Rostock befinden sich drei Gemeinschaftsanlagen und Einzelgräber, die an die Verfolgung von Menschen verschiedener Nationen und an Opfer antisemitischer Verfolgung unter dem Naziregime erinnern.

In einem einst außerhalb des Friedhofgeländes gelegenen Massengrab, von den Nazis als „Sonderfriedhof für Fremdrossige“ deklariert, wurden in der Zeit von 1941 bis 1945 Opfer antisemitischer Verfolgung, Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sowie Kriegsgefangene bestattet. An die dort beigesetzten 172 Häftlinge aus dem KZ Barth, einem Außenlager des KZ Ravensbrück, erinnert auch eine Gedenktafel am Krematorium, wo sie eingäschert worden waren. Ende der 1950er Jahre wurde ein Gräberfeld eingerichtet, in dem bis Mitte der 1960er Jahre von der DDR offiziell anerkannte „Verfolgte des Naziregimes“ bestattet wurden. Vor 1945 waren sie politischer und rassistischer Verfolgung ausgesetzt oder leisteten Widerstand gegen die Nazis. Eine weitere große Gemeinschaftsanlage mit einem daran angeschlossenen Gedenkplatz entstand 1967 unter der Bezeichnung „Ehrenhain der Sozialisten“. Viele der Rostocker Bürgerinnen und Bürger, die bis 1990 dort beigesetzt oder mit einer Ehrentafel gewürdigt wurden, waren unterschiedlichen Formen der Verfolgung im Nationalsozialismus ausgesetzt. Im Alltagsbewusstsein der Rostocker Bürgerinnen und Bürger ist darüber wenig präsent.

Die Verfolgung von Menschen aufgrund von politischen und rassistischen Motiven und der antifaschistische Widerstand gegen das Naziregime dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Vor diesem Hintergrund bemüht sich die Basisorganisation Rostock der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) bereits seit Mitte der 1990er Jahre vermehrt um den Erhalt und die Pflege von Gedenkstätten für Opfer des Faschismus. Diese Anstren-

gungen waren der Ausgangspunkt für ein Forschungsvorhaben, das die Basisorganisation Rostock der VVN-BdA in Kooperation mit Soziale Bildung e.V. (Sobi) verwirklichte. Im Ergebnis intensiver Archiv- und Literaturrecherchen entstand eine umfangreiche Materialsammlung und ausführliche Dokumentation, die Grundlage für die vorliegende Broschüre war. Leserinnen und Leser, die an umfangreicheren Informationen, Erlebnisberichten und Hintergründen interessiert sind, möchten wir auf die genannte Dokumentation verweisen.

Wir sind uns darüber bewusst, dass viele Lücken geblieben und einige nicht mehr zu schließen sind. Daher möchten wir Nachkommen, Freunde und Bekannte der Verstorbenen, die weitere Angaben machen oder Fotos und Dokumente zur Verfügung stellen können, um Mithilfe bitten. Für die Unterstützung bedanken wir uns beim Pommerschen Landesarchiv Greifswald, dem Stadtarchiv Rostock, dem Neuen Friedhof Rostock sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, die uns bei der Anfertigung der Studien und der Drucklegung sowie bei der Korrektur unterstützt hat.

Die Herausgeber

1. Verfolgte des Naziregimes | Gräberfeld I (1941-1945)

Am südwestlichen Rand des Rostocker Neuen Friedhofs, hinter dem Verwaltungsgebäude und parallel zur Satower Straße befindet sich ein den Opfern des Naziregimes gewidmetes Gräberfeld, das sich durch seine Gestaltung von den umliegenden Begräbnisplätzen abhebt.

Während des Naziregimes wurde dort Mitte des Jahres 1941 ein „Sonderfriedhof für Fremdrassige“ angelegt, der sich seinerzeit noch außerhalb des eigentlichen Friedhofgeländes befand. Den Nazis sollte der Bereich zunächst eigens als Grabstätte für Menschen jüdischer Herkunft dienen, denen ab Oktober 1940 durch einen Erlass von Walter Volgmann – NSDAP-Funktionär und Rostocker Oberbürgermeister – eine Bestattung auf städtischen Friedhöfen versagt wurde. Aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse hatte sich die Fertigstellung der Grabfläche um mehrere Monate verzögert. Der Begräbnisplatz, der offiziell unter der Bezeichnung „Sonderfriedhof für Fremdrassige“ firmierte, amtsintern und umgangssprachlich jedoch als „Judenfriedhof“ deklariert wurde, erhielt im Zuge seiner Nutzung auch den Beinamen „Russenfriedhof“. An Ort und Stelle wurden hunderte Menschen verschiedener Nationen bestattet. Sie waren Häftlinge des KZ Barth, Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene.

Im Oktober 1945 befasste sich der beim Oberbürgermeister der Stadt eingerichtete Ausschuss „Opfer des Faschismus“ unter Leitung von Kurt Gramm mit dem Gräberfeld. In einem an den Oberbürgermeister gerichteten Schreiben heißt es:

„Auf der Sitzung am 20. Oktober 1945 beschloß der Ausschuss Opfer des Faschismus beim Oberbürgermeister der Stadt Rostock: „Nachdem ein Teil der früheren Gräber auf dem Neuen Friedhof geöffnet worden sind, wird erwogen, ob die ‚Opfer des Faschismus‘ auf einem besonderen Eh-

renplatz des Friedhofs beigesetzt werden sollen. Es wird einstimmig beschlossen, die Opfer des Faschismus an dem alten Platz ruhen zu lassen und diesen als Ehrenfriedhof zu schmücken, zumal ja auch dort die begrabenen Russen als Opfer des Faschismus anzusehen sind. Die Kosten hierfür werden aus dem Fonds des Ausschusses getragen“ (Stadtarchiv Rostock: 2.1.0-1229).

Es ist anzunehmen, dass das Gräberfeld nach einigen Umbettungen hergerichtet und einigermaßen instand gehalten worden ist. 1963 und 1964 gab es jedoch von verschiedenen Seiten auch Kritik am Zustand der Anlage. Die VdN-Kreiskomitee richtete daher am 30. Juli 1964 ein Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt, in dem sie in einer Beschlussvorlage die würdige Gestaltung der Anlage und das Aufstellen einer Stele einforderte. Das dürfte der entscheidende Anstoß für eine Neugestaltung des damals bezeichneten „Ehrenfriedhofes“ gewesen sein.

Zum 750. Geburtstag der Stadt Rostock wurde das Friedhofsareal 1968 in seiner neu gestalteten Form eingeweiht. Im Zuge der Umgestaltung wurde eine etwa 2,40 Meter hohe und 80 Zentimeter breite Gedenkstele errichtet. An den Seiten dieser aus Sandstein gearbeiteten Stele sind Häftlingswinkel eingearbeitet, die symbolisch an die Verfolgung durch die Nationalsozialisten erinnern. Auf der Vorder- und Rückseite der Stele ist zu lesen:

„Den Opfern des Faschismus /
16 Franzosen – 5 Holländer – 8 Italiener – 9 Norweger –
22 Polen – 4 Deutsche“.

„Ihr Tod verpflichtet uns, niemals mehr Faschismus und Terror zu dulden.“



Auf Veranlassung des italienischen Konsulats wurde 1997 ein weiterer Gedenkstein aufgestellt, der an die italienischen Kriegstoten erinnert.

Das etwa 50 Meter lange und sechs Meter breite Areal ist durch Betonstreifen eingefasst und wird von einigen Bäumen gesäumt. Während etwa ein Viertel der Fläche gepflastert und mit einer Gedenkstele sowie einem Gedenkstein versehen ist, stellt sie sich zu einem Großteil als Rasenfläche dar. Sechs in den Boden eingelassene Grabplatten geben Aufschluss über die dort bestatteten Opfer antisemitischer Verfolgung.

1.1 Opfer antisemitischer Verfolgung

Die Jüdische Gemeinde Rostock wurde im Juni 1941 durch die Nazis aufgelöst. Die systematische Entrechtung und Pogrome, die „Arisierung“ jüdischer Geschäfte und Deportationen von Jüdinnen und Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager Theresienstadt und Auschwitz waren dieser Zwangsauflösung vorausgegangen. Ab Oktober 1940 war



es untersagt, Jüdinnen und Juden auf städtischen Friedhöfen zu bestatten. Die Bevölkerung wurde durch den „Rostocker Anzeiger“ über die neue Friedhofsordnung in Kenntnis gesetzt. Die Zeitungsmeldung löste Unsicherheiten und Ängste aus. So wandte sich die Ehefrau des Anthroposophen Günther Beindorff aus Sorge um ihre Mutter an die Stadt. Auch Curt Tardel und Erna David reagierten in Schreiben an die Friedhofsverwaltung mit Unverständnis auf die Verordnung, die eine gemeinsame Grabstätte für ihre Familien unmöglich machen sollte.

Gemäß einer Reihe antisemitischer Gesetze wurden auf dem „Sonderfriedhof“ zwangsweise Menschen beigesetzt, die jüdischer Religion waren oder durch die „Nürnberger Rassegesetze“ von 1935 zu Juden erklärt wurden. Dabei richtete sich die Verfolgung durch die Nazis auch gegen nicht-jüdische Ehepartner bzw. Ehepartnerinnen. Einer Deportation konnten die auf dem „Sonderfriedhof“ bestatteten Jüdinnen und Juden nur entgehen, weil sie in so genannten „Mischehen“ lebten. Gleichwohl lastete auf den Familien ein systematischer Druck der Gestapo, die darauf bedacht war, eine Scheidung der Eheleute zu erwirken und so einer Deportation Vorschub zu leisten.

Welcher Gefahr die Verfolgten ausgesetzt waren, wird anhand des Schicksals von Julius David deutlich, der nach Bombenangriffen Aufräumarbeiten verrichten musste. Im Juni 1943 ist der dreifache Familienvater von rutschenden Erdmassen erfasst worden und dabei tödlich verunglückt. Richard Josephy ereilte ein ähnliches Schicksal: Weil es Juden verboten war, einen Luftschutzkeller aufzusuchen, starb er im April 1944 bei einem Bombenangriff in seinem Wohnhaus. Martin Paul Rothschild wurde im April 1942 von der SS ermordet. Darüber hinaus sind die Todesumstände der Bestatteten – unter ihnen zwei Kinder – unbekannt.

Nach bisherigem Kenntnisstand wurden auf dem „Sonderfriedhof“ zehn Menschen bestattet, die antisemitischer Verfolgung ausgesetzt waren. Die erste Beisetzung erfolgte vermutlich im Jahr 1942, die letzte – wohl auf eigenen Wunsch – noch in der Nachkriegszeit Anfang der 1950er Jahre. Lediglich die in den Boden eingelassenen Grabplatten von Herrmann und Anna Friedländer, Richard Josephy, Curt und Johanna Tardel sowie Tadeusz Ludwik Witkowski sind noch erhalten. Die sterblichen Überreste von Julius David und Martin Paul Rothschild wurden in der Nachkriegszeit auf Antrag von ihren Hinterbliebenen umgebettet. Vermutlich gilt dies auch für die Gräber von Anna Dretzke und Hanns Nathan.

Grabplatten für Richard Josephy, Tadeusz Ludwik Witkowski, Hermann Friedländer sowie Curt und Johanna Tardel.



BIOGRAPHISCHE KURZINFORMATIONEN

MARTIN PAUL ROTHSCHILD

* 18. FEBRUAR 1892,

HELDENBERGEN – 28. APRIL 1942, ROSTOCK



Der aus Hessen stammende Martin Paul Rothschild heiratete 1923 Carla Knüppel aus Krakow am See in Rostock und zog mit ihr zwei Jahre später in die Stadt. Ihre gemeinsame Tochter kam 1930 zur Welt. Paul Rothschild war jüdischen Glaubens. Neben dem Engagement für die Religionsgemeinschaft verband ihn und

seine Familie eine enge Freundschaft mit Arnold Bernhard, der ab 1939 bis zur Zwangsauflösung der Jüdischen Gemeinde vorstand. Während der Novemberpogrome 1938 wurde Rothschild verhaftet und in die Strafanstalt Alt-Strelitz überstellt, aus der er am 2. Dezember entlassen wurde. Im Zuge der „Arisierung“ jüdischer Geschäfte musste der Kaufmann seinen Eier-, Kartoffel- und Fruchtgroßhandel in der Schnickmannstraße aufgeben. Die Firma wurde am 19. Januar 1939 aus dem Handelsregister gelöscht. Nach der Bombardierung Rostocks im April 1942 standen weite Teile der Altstadt in Flammen. Paul Rothschild versuchte mit einem geliehenen Auto die 86jährige Helene Bernhard aus der Stadt zu bringen. Daraufhin wurde er denunziert, festgenommen und unmittelbar zum Tode verurteilt. Am 28. April wurde er von der SS auf einem Schießplatz der Wehrmacht im Barnstorfer Wald erschossen und schließlich

auf dem „Sonderfriedhof“ beigesetzt. In der Nachkriegszeit bemühte sich Carla Rothschild um seine Umbettung.

JULIUS DAVID

* 21. DEZEMBER 1891,

DUMMERFITZ (DĄBROWICA) – 26. JUNI 1943, ROSTOCK

Julius David stammte aus einer jüdischen Familie. Im Jahr 1919 erhielt er die Taufe und heiratete Erna Langhoff, mit der er drei Kinder bekam und in der Langen Straße in Rostock wohnte. Für seinen Dienst im Ersten Weltkrieg, der für ihn mit schweren Verwundungen endete, hatte er das „Eiserne Kreuz II. Klasse“, das „Verwundeten-Abzeichen“



und das „Frontkämpferkreuz“ erhalten, ehe er im Juli 1919 vom Militärdienst entlassen wurde. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bestritt David den Lebensunterhalt der Familie als Spediteur, Erntehelfer, Lagerhalter für die Firma Beese, als Zuschläger bei der Wagenfabrik Schebera sowie als Aushilfe bei den Ernst-Heinkel-Flugzeugwerken. Im Zuge der Novemberpogrome wurde Julius David inhaftiert und am Morgen des 15. Novembers 1938 mit zehn weiteren Häftlingen in das Alt-Strelitzer Gefängnis überstellt. Seine Entlassung erfolgte am 2. Dezember des Jahres. Auf Geheiß des Arbeitsamtes war David ab Januar 1939 als Brunnenbauerhelfer bei der Firma Steben beschäftigt. Während er sich unmittelbar nach den Bombardements der Alliierten im April 1942 an Lösch- und Bergungsarbeiten beteiligte,

fand sein Sohn Horst in den Trümmern den Tod. Horst David hatte sich im Haus der Großmutter in der Fischerstraße aufgehalten. Zwei Monate darauf verunglückte Julius David während eines Arbeitseinsatzes auf dem Gelände der Chirurgischen Klinik bei Trümmerarbeiten. Eine gemeinsame Grabstätte wurde Erna David von den Nazis verwehrt. Das Stadtbauamt teilte im August 1943 mit, dass „einem deutschen Volksgenossen nicht zugemutet werden [kann], neben einer Judenleiche eine Grabstätte zu haben“ (Stadtarchiv Rostock: 1.1.14-19). Nach 1945 veranlasste Erna David die Umbettung ihres Mannes, die am 21. August 1945 erfolgte.

ANNA DRETZKE
– DEZEMBER 1944



Das Schicksal von Anna Dretzke (geb. Bragenheim), die jüdischer Herkunft war, ist nahezu unbekannt. Sie war verwitwet, starb im Alter von 67 Jahren und wurde am 29. Dezember 1944 beigesetzt.

ANNA FRIEDLÄNDER
* 19. NOVEMBER 1884– 13. APRIL 1952

HERMANN FRIEDLÄNDER
* 14. MAI 1879, BERLIN – 12. SEPTEMBER 1943

Um 1900 wohnte Hermann Friedländer als Handlungsgehilfe im Haus einer Kaufmannsfamilie in der Rostocker

Schmiedestraße. Später heiratete er die am 19. November 1884 geborene Anna. Hermann Friedländer wurde wie alle männlichen Juden von den Nationalsozialisten gezwungen, den Zweitnamen Israel zu tragen. Seine Todesumstände sind ungeklärt. Seine Bestattung erfolgte am 16. September 1943. Anna Friedländer wurde nach ihrem Tod, vermutlich auf eigenen Wunsch, bei ihrem Mann beigesetzt.



RICHARD JOSEPHY
* 30. JULI 1890, SCHWAAN – 11. APRIL 1944, ROSTOCK

Der in Schwaan geborene Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie, Richard Josephy, studierte Rechtswissenschaften in Lausanne, Genf, München, Bonn sowie in Rostock und wurde schließlich in Rostock als Rechtsanwalt tätig. Josephy wohnte zunächst im Elternhaus in der Hauptstraße der Steintorvorstadt und nach seiner Hochzeit mit Carmelita Willert in der Graf-Schack-Straße. Er war Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei und ein bedeutendes Mitglied der jüdischen Landesgemeinde.



Da er im Ersten Weltkrieg als Frontsoldat gedient hatte, konnte Richard Josephy zunächst auch nach der Machtübernahme der Nazis seinem Beruf nachgehen. Er wurde jedoch gezwungen, seine Kanzlei in die Privatwohnung zu verlegen und zunehmend von der nicht-jüdischen Bevölkerung gemieden. Mit hohem Engagement vertrat der Rechtsanwalt jüdische Gemeinden, die sich gegen die Aufhebungen und Zerstörungen von jüdischen Friedhöfen in Kröpelin, Laage, Ribnitz und Boizenburg zur Wehr setzten. Am Morgen des 10. November 1938 wurde Josephy von der Gestapo verhaftet und für mehrere Wochen in das Gefängnis nach Alt-Strelitz verbracht. Nach seiner Inhaftierung stürmten dutzende SA-Männer das Haus der Familie, in dem sich seine Frau und die vier Kinder aufhielten. Sie verwüsteten Kanzlei und Wohnräume, zerstörten das Inventar und warfen viele Gegenstände aus dem Fenster, die schließlich gestohlen wurden. Die Kinder konnten aus Sicherheitsgründen nicht länger die Schule besuchen und fanden zeitweilig bei der Großmutter in der Wismarschen Straße Unterschlupf. Die drei älteren Kinder, Albrecht, Brigitte und Renate Josephy, konnten schließlich in die Schweiz emigrieren. Richard und Carmelita Josephy blieben mit ihrer dreijährigen Tochter Dorothea in Rostock zurück. Richard Josephy, der am 2. Dezember 1938 aus der Haft entlassen worden war, durfte nicht länger als Rechtsanwalt arbeiten und die Familie musste ihr Haus für ein geringes Entgelt zum Verkauf freigeben. Zuflucht fanden sie im Haus von Willy Hirsch in der Stephanstraße 3. Bei der Zerstörung des Wohnhauses während eines Luftangriffes im April 1944 kam Richard Josephy im Alter von 54 Jahren ums Leben, denn als Jude war es ihm verboten, einen Luftschutzkeller aufzusuchen. Er wurde am 16. April 1944 auf dem „Sonderfriedhof“ beigesetzt. Carmelita Josephy und ihre Tochter mussten unterdessen aus Rostock, dann aus Bützow flüchten: Niemand war bereit, sie aufzunehmen.

HANNS NATHAN
– APRIL 1943

Hanns Nathan starb noch im Kindesalter. Er wurde nur neun Jahre alt, kam vermutlich im April 1943 zu Tode und wurde am 14. April 1943 beigesetzt.

CURT TARDEL
* 23. NOVEMBER 1869, DÖMITZ – JULI 1944

JOHANNA TARDEL
* 1870 – JULI 1944

Der aus Dömitz kommende Curt Tardel absolvierte 1896 ein Referendariat in Rostock und wirkte dort wenige Jahre darauf als Rechtsanwalt, Notar und Justizrat. Im April 1898 heiratete er die Jüdin Johanna Mannheim. Ein Jahr später kam ihre gemeinsame Tochter Gerda zur Welt. Die Familie wohnte in der Kröpeliner Straße. Curt Tardel engagierte sich um 1919 im Komitee des Rostocker Stadttheaters. Seine Tochter Gerda Tardel – langjährige Freundin des Physikers und Philosophen Moritz Schlick – arbeitete als Schauspielerin. Am 25. Oktober 1940 wandte sich Curt Tardel hoch betagt an das Stadtbauamt. Er bekundete gegenüber den Behörden sein Interesse, aufgrund seines Alters und körperlicher Gebrechen, schnellstmöglich einen gemeinsamen Begräbnisplatz zu erwerben. In der Antwort hieß es lapidar:



„[...] , dass für die Leichen die zwar der Rasse nach Juden sind, der jüdischen Religionsgemeinde jedoch nicht angehören, ein an den neuen Friedhof angrenzender, aber nicht zu demselben gehöriger besonderer Begräbnisplatz zur Verfügung gestellt wird“ (Stadtarchiv Rostock: 1.1.14-19).

Im Juli 1944 sind Johanna und Curt Tardel im Alter von 73 und 74 Jahren verstorben. Die Ursache ihres Todes ist unbekannt. Die Beisetzung von Johanna Tardel erfolgte am 7. Juli, die ihres Mannes am 21. des Monats. Gerda Meichner (geb. Tardel) beantragte 1946 die Ruhezeit der Begräbnisstätte ihrer Eltern in 80 Jahre umzuwandeln. Für den Antrag, dem die Friedhofsverwaltung im September 1946 stattgegeben hatte, wurden ihr 120 Reichsmark in Rechnung gestellt.

1.2 Opfer verschiedener Nationen

Ursprünglich für Menschen jüdischer Herkunft eingerichtet, wurden von den Nazis mehrere hundert Opfer verschiedener Nationen auf dem „Sonderfriedhof“ beigesetzt, darunter KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter, so genannte Ostarbeiter und Kriegsgefangene. Dies ging auf eine Anordnung von Walter Volkmann vom 17. Februar 1942 zurück. Wie aus einem überlieferten Schriftverkehr mit dem Friedhofsverwalter Klähn hervorgeht, wurden die ersten „Russen-Gräber“ im Herbst 1942 und in der Folgezeit weitere Gräber angelegt.

Als in einem Fall Zwangsarbeiter aus Polen auf einem anderen Gräberfeld bestattet worden waren, musste dies rückgängig gemacht, die Toten wieder ausgegraben und auf dem „Sonderfriedhof“ beigesetzt werden. Später spielten so genannte Rassemerkmale offenbar eine untergeordnete Rolle und so wurden auch deutsche Zwangsarbeiter dort beigesetzt. Verlässliche Aussagen über die Gesamtzahl der

TADEUSZ LUDWIK WITKOWSKI

*** 18. AUGUST 1929 – 28. DEZEMBER 1944**

Bereits im Alter von 15 Jahren ist Tadeusz Ludwik Witkowski zu Tode gekommen. Über sein Leben und die Verfolgung durch die Nazis ist nichts bekannt. Lediglich die erhaltene Grabplatte gibt einen Hinweis auf seine Bestattung auf dem „Sonderfriedhof“. In Totenlisten des Neuen Friedhofs vom Dezember 1944 wurde er unter der Nummer 362 als „polnischer Arbeiter“ geführt.

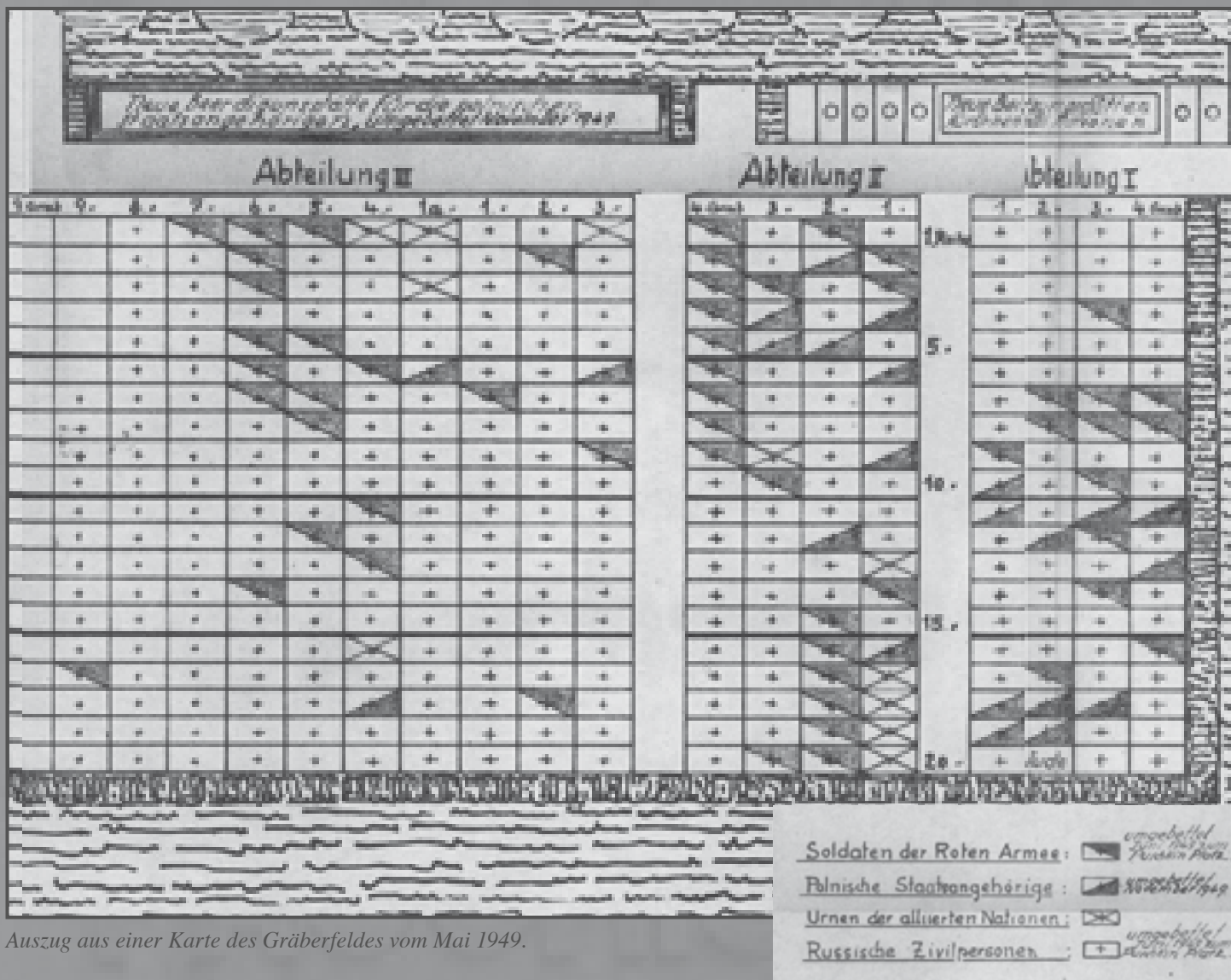
auf dem Gräberfeld bestatteten Menschen sind nicht möglich. Aus einer Karte vom Mai 1949 geht hervor, dass die Anlage für 380 Tote eingerichtet worden war, von denen seinerzeit 345 Plätze belegt waren. Erhaltene Totenlisten ergeben jedoch eine weit höhere Zahl, die mit etwa 600 beziffert werden kann. Vermutlich wurden auch Bestattungen in unmittelbarer Nähe des Areals vorgenommen.

Viele Tote waren Häftlinge aus dem KZ Barth, einem Außenlager des KZ Ravensbrück, die Zwangsarbeit für die Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke verrichten mussten. Leichentransporte kamen aber auch aus dem Heinkel-Stammwerk in Rostock-Marienehe und dem den Heinkel-Werken zuzurechnendem Arbeitslager „Sportpalast“ am Rande des Barnstorfer Waldes. Zu den Herkunftsbetrieben gehörten zudem die Arado-Flugzeugwerke in Warnemünde, die Max-Rohde-Werft in Gehlsdorf und die Walther-Bachmann-

Flugzeugwerke in Ribnitz. Weitere Leichen kamen aus den Lagern Brinkmansdorf, Dierkow, Carl-Hopp-Straße, Kröpeliner Tor, Bahnbetriebswerk Rostock und dem Kriegsgefangenenlager Warnemünde oder wurden aus den Instituten für Anatomie und Pathologie angeliefert. Eine kleine Anzahl von Opfern stammte aus den umliegenden Dörfern, wo sie vermutlich vor dem Tod zur Arbeit in der Landwirtschaft herangezogen wurden.

Bezeichnung der Grabstelle:				Bemerkungen
Gräberfeld	I. Klasse Nr.	III Klasse Nr.	Tiefe der Beisetzung	
Abt. I		8/1	1 tief	Heinkel Warnemünde, Geflügelabteilung.
Abt. I		9/4	1 tief	Russenlager, Warnemünde, Kerkennungsmaschine 11105.
Abt. I		9/3	1 tief	Baracke Sportpalast
Abt. I		9/2	1 tief	Rostock - Warnemünde Werkzeim (Staatenlos)
Abt. I		9/1	1 tief	Rostock - Warnemünde Russenlager H. 322, K. 19. 8150
Abt. I		10/4	1 tief	Warnemünde Kriegsgefangenenlager Behälter 262, 4. Kompanie
Abt. I		10/3	1 tief	Rage Kröpeliner Tor D. 372, Post. 82543 I. A.
Abt. I		10/2	1 tief	Flugzeugwerke Koput Heinkel Rostock - Warnemünde.
Abt. I		10/1	1 tief	Finna Weg Masche, Baracke Warnemünde, abtrumpfen.
Abt. I		11/4	1 tief	Anatomisches Institut angeliefert
Abt. I		11/3	1 tief	Anatomisches Institut angeliefert
Abt. I		11/1	1 tief	Handarbeiter Simon Wbinarski, Gamell Post Parton 4m
Abt. I		11/2	1 tief	Flugzeugwerke Koput Heinkel Rostock - Warnemünde (48264)
Abt. I		12/4	1 tief	Anatomisches Institut angeliefert.
Abt. I		12/3	1 tief	Strado - Flugzeugwerke, Warnemünde, Kolon. 89021 I. A.
Abt. I		12/1	1 tief	Handarbeiter Walckij Jelno, Goldenin bei Mistrof 4m
Abt. I		12/2	1 tief	Anatomisches Institut angeliefert.
Abt. I		13/4	1 tief	Kochpfandarm der Seestadt Rostock
Abt. I		13/3	1 tief	Strado Flugzeugwerke, Warnemünde
Abt. I		13/2	1 tief	Strado Flugzeugwerke, Warnemünde

Auszug aus einer Bestattungsliste.



Auszug aus einer Karte des Gräberfeldes vom Mai 1949.

OPFER DES KZ BARTH

Das KZ Barth zählte zu den größten Außenlagern des KZ Ravensbrück. Bis zu 6.000 männliche und weibliche Häftlinge wurden dort ab Oktober 1943 inhaftiert und unter der Bewachung der SS zur Zwangsarbeit für die Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke herangezogen. Räumlich und organisatorisch arbeiteten die Verwaltung der Heinkel-Werke und der Kommandostab der SS eng zusammen. Zuvor wurde die Produktion der Heinkel-Werke nach den Bombardierungen Rostocks im April 1942 sowie im Juli 1943 im Herbst 1943 zu großen Teilen aus dem Stammbetrieb Marienehe nach Barth verlegt.

Unter unmenschlichen Bedingungen und brutalen Misshandlungen mussten KZ-Häftlinge in Barth Flugzeugteile produzieren und schwere Erdarbeiten verrichten. Aufgrund der schlechten Ernährungssituation litten die Häftlinge täglich unter Hunger. Krank und geschwächt, wurden viele als nicht mehr „arbeitseinsatzfähig“ zurück in das Stammlager Ravensbrück gebracht, wo sie oft kurze Zeit später verstarben. Gleichwohl schlug sich der extreme Mangel an Nahrung und medizinischer Versorgung in der Zahl von mindestens 500 Todesopfern im Außenlager Barth nieder. Gemäß dem Arbeitskräftebedarf wurden fortwährend KZ-Häftlinge von Ravensbrück nach Barth überstellt. Zur Zufriedenheit der Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke blieb die Belegung des Lagers mit 1.300 bis 1.500 Häftlingen relativ konstant.

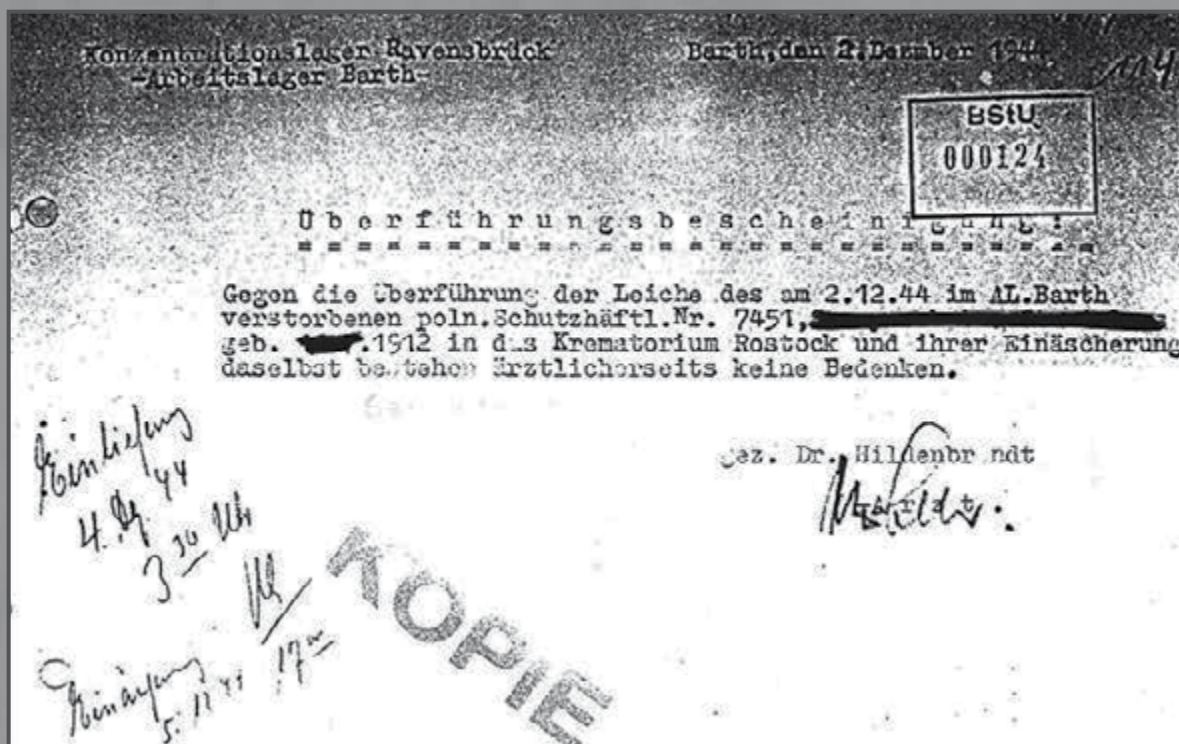
Von den zwischen November 1943 und Januar 1945 in Barth zu Tode gekommenen Häftlingen wurden 172 – darunter 163 Männer und neun Frauen – im Krematorium auf dem Neuen Friedhof in Rostock verbrannt und auf dem „Sonderfriedhof“ verscharrt. Die Einäscherungsgebühren von etwa 40 Reichsmark wurden der Kommandostelle des KZ Ravensbrück in Rechnung gestellt. Für den Transport

der Toten aus dem etwa 60 Kilometer entfernten Außenlager waren die Heinkel-Werke zuständig. Er erfolgte durch Heinkel-Mitarbeiter mit der Bahn, in mit Häftlingsnummern versehenen Leichenkisten und ohne zusätzlichen Aufwand im Verbund mit Flugzeugteilen. Nachdem an einem Wochenende offenbar ein von den Heinkel-Werken für den Leichentransport abgestellter 16-jähriger Junge kein Friedhofspersonal angetroffen hatte, stellte er eine Leichenkiste unmittelbar neben dem Verwaltungstrakt im Eingangsbereich des Friedhofes ab. Nach diesem Vorfall veranlasste Friedhofsverwalter Klähn im Mai 1944 eine Mitteilung an die Heinkel-Werke, verbunden mit der Aufforderung Leichentransporte Sonn- und Feiertags direkt beim Friedhofspersonal in der Leichenhalle zu übergeben.

Ende Januar 1945 wurde der Transport von Leichen zur Einäscherung im Rostocker Krematorium eingestellt. Fortan wurden in und um Barth Massengräber angelegt. Nach eigenen Angaben untersagte Otto Köhler, der als früherer Betriebsdirektor der Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke in Rostock auch die Behandlung der KZ-Häftlinge verantwortete, weitere Transporte. Demnach sollte kein weiteres Aufsehen erregt werden, nachdem deutsche Mitarbeiter der Heinkel-Werke beim Ausladen von Flugzeugteilen die Leichen bemerkt hatten. Zugleich waren allerdings auch keine ständigen Lieferungen von Flugzeugteilen in das Stammwerk mehr erforderlich.

Die Schicksale und die genauen Todesumstände der in Rostock bestatteten Häftlinge sind weitgehend unbekannt. Vom SS-Lagerarzt ausgestellte Totenscheine und andere Dokumente mit Angaben über die Todesursachen sind nur in geringer Zahl überliefert und zum Teil widersprüchlich. Häufig werden Tuberkulose, Hungerödeme, Phlegmone und „Herzversagen“ als Todesursachen genannt. Die Häftlinge Aldo Sestini (1911-1943), Dino Manara (1926-1944), Um-

berto Donatelli (1919-1944), Pawel Morosow (1923-1944), Josef Stadelmeier (1896-1944), Wassil Budiuk (1921-1944), Bernhard Franke (1911-1944), Marian Dudkiewicz (1918-1944), Scotti Ezir (1902-1944), Makar Sintschenko (1915-1944), Stanislaw Szychta (1912-1944) und Jan Krcal (1907-1944) wurden erschossen. Sie waren laut SS angeblich nahezu alle „auf der Flucht“. Rudolf Stang (1903-1944), Fritz Peters (1903-1944) und Helmut Tkotz (1913-1945) wurden vermutlich erhängt. In Erinnerung an die 172 ermordeten Häftlinge (siehe Anhang), die auf dem Rostocker Friedhof ihre letzte Ruhestätte fanden, wurde am 8. Mai 1971 am Eingang des Krematoriums eine Gedenktafel angebracht.



Überführungsbescheinigung der Leiche des polnischen Häftlings Stanislaw Szychta.

HERKUNFT DER OPFER

Die Staatsangehörigkeit der in Rostock bestatteten KZ-Häftlinge – unter ihnen auch Juden – ist in den meisten Fällen ungeklärt. Ein Teil stammte aus den Ländern der Sowjetunion, Kroatien, Serbien, der Tschechoslowakei, Polen, Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Italien, Kanada und den USA. Der Großteil der ursprünglich dort bestatteten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, kam aus den Ländern der Sowjetunion. Nach überlieferten Totenlisten waren dies bis zu 415 Personen, von denen 59 noch nach Ende des Krieges beigesetzt wurden. Weiterhin wurden auf dem Neuen Friedhof

mindestens 21 US-Amerikaner sowie ein Kanadier, 95 Briten, 92 Franzosen, 22 Polen, 18 Niederländer und jeweils neun Belgier und Italiener bestattet. Die Belegung des Gräberfeldes hat sich nach 1945 verändert. Westliche Alliierte ließen ihre Kriegstoten zumeist exhumieren und repatriieren. Die sowjetischen Kriegsgefangenen sowie Zwangsarbeiter wurden im Juni 1949 auf den Puschkinplatz in Rostock umgebettet. Polnische Bürger, die zuvor an verschiedenen Stellen des Gräberfeldes lagen, erhielten seitlich der Anlage im November 1949 einen gemeinsamen neuen Ruheplatz.

MORDAKTIONEN DER GESTAPO

Die Rostocker Gestapo entledigte sich auf dem „Sonderfriedhof“ ihrer Opfer. In diesem Zusammenhang geriet der Friedhofsverwalter Klähn im Oktober 1945 als „Totengräber von Rostock“ in die Schlagzeilen. Klähn wurde die Beteiligung an Gestapo-Morden vorgeworfen und inhaftiert. Im Zuge einer Begehung des Friedhofgeländes durch eine Untersuchungskommission und den Angeklagten Klähn wurden verschiedene Einzel- und Massengräber exhumiert und ein Dutzend Leichen, darunter auch die von Paul Rothschild, geborgen. Die Toten waren ohne Särge und in Kleidung gehüllt, zwischen 1942 und 1944 verscharrt worden. Bei den Ausgrabungen stieß man unter anderem auf Militär- und Offiziersbekleidung und stellte fest, dass die Opfer zum Teil an

den Händen gefesselt und durch Schüsse in den Kopf getötet wurden. Nach eigener Aussage stellte der Friedhofsverwalter für die konspirativ durchgeführten Bestattungen Schaufel und Spaten zur Verfügung. Auf Veranlassung der Gestapo wurden die Toten nicht in den Grabregistern des Friedhofs geführt und bisweilen durch Klähn mit erdachten russischen Namen ausgestattet. Weitere Opfer hatte die Gestapo durch Doppelbelegungen einiger Gräber verschwinden lassen. Wie die Schweriner „Volkszeitung“ berichtete, habe die Gestapo einmal einige durch Genickschüsse entstellte Leichen gebracht und sich dabei mit Blut beschmiert. Von Klähn selbst soll dabei der Vorschlag gekommen sein, Erschießungen direkt auf dem Friedhof vorzunehmen.

2. Verfolgte des Naziregimes | Gräberfeld II (1959-1967)

Im südöstlichen Teil des Neuen Friedhofes befindet sich das Gräberfeld UKa. Vom Hauptweg aus gelangt man an den leicht abwärts führenden Lärchenweg. Der dritte Querweg auf der linken Seite gibt eine Sichtachse mit zwei alten achteckigen Brunnen frei und kreuzt zwischen diesen Brunnen einen asphaltierten Weg. Hinter dem zweiten Brunnen nordostwärts links abbiegend gelangt man nach wenigen Metern zu dem Gräberfeld mit einigen erhaltenen Grabsteinen, die unter zwei großen Kirschlorbeerbüschchen stehen. Im Hintergrund befindet sich eine bewachsene Senke, früher war dies ein Teich. Angelegt wurde dieses Gräberfeld 1959. Es war für in Rostock Verstorbene, die politischer oder rassistischer Verfolgung ausgesetzt waren und in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR als Verfolgte des Naziregimes anerkannt wurden, sowie deren Hinterbliebene reserviert.

Die Initiative für Bestattungen auf diesem Feld ging vermutlich von der damaligen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der DDR beim Rat der Stadt Rostock aus. NS-Verfolgte wurden bis zur Errichtung des „Ehrenhaines der Sozialisten“ auf diesem Gräberfeld bestattet. Die Friedhofsverwaltung war bemüht, auch nach der politischen Wende 1989/90 den ursprünglichen Charakter des Gräberfeldes zu erhalten. Mittlerweile wurden und werden hier auch andere Bürger bestattet. Da Angehörige fehlen, die die Gräber pflegen, weil Urnen umgebettet wurden oder weil die Liegezeit beendet ist, sind nur noch wenige Grabsteine der ursprünglich hier Beigesetzten erhalten. Auf zehn Grabsteinen ist noch das Signum VdN lesbar.





Grabsteine von Verfolgten des Naziregimes auf dem Gräberfeld UKa auf dem Neuen Friedhof in Rostock.

BIOGRAPHISCHE KURZINFORMATIONEN

WILHELM BERG

* 13. APRIL 1886, KIEL – 26. JUNI 1967

Wilhelm Berg kam 1934 von Kiel nach Rostock. Von Beruf Schlosser, arbeitete er zunächst auf der Neptun-Werft, später als Schweißer bei den Arado-Flugzeugwerken in Warnemünde. Seiner Überzeugung gemäß – er war 1918 der USPD und 1924 der KPD beigetreten – trat er nach Beginn des Krieges 1939 in Gesprächen mit seinen Arbeitskollegen gegen den Krieg und die verbrecherische NS-Politik auf und äußerte, in den Wehrmachtsberichten würden Unwahrheiten verbreitet. Deswegen wurde er am 9. September 1940 von Nazis aus dem Kreis der Betriebsobleute brutal zusammengeschlagen und der Gestapo ausgeliefert. Am 2. Dezember 1940 verurteilte ihn ein Sondergericht in Rostock zu zwei Jahren Gefängnis, die er im Zuchthaus Dreibergen-Bützow verbringen musste. Nach 1945 arbeitete er unter anderem im Kraftwerk Bramow als Obermaschinist.

ERIKA BIEL

* 6. JULI 1908, FURTWANGEN IM SCHWARZWALD
– 2. APRIL 1996

Erika Biel, die ihre Eltern bereits im Kindesalter verloren hatte, verdiente ihren Lebensunterhalt als Hausangestellte. Zuletzt war sie im Haushalt einer jüdischen Familie in Hamburg tätig. Unter dem Druck der Nazis musste sie diese Stellung 1935 aufgeben. Sie lernte Wilhelm Biel kennen, mit



dem sie die Ehe einging. Mit ihrem Mann teilte sie bis zum Ende des Naziregimes die schwere Zeit der Verfolgung. Zuvor nicht organisiert, trat Erika Biel 1945 in die KPD ein. Sie war Mitglied im Stadtparlament Schwerin und im Kreistag sowie Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes in Güstrow. In Rostock arbeitete sie unter anderem in der Volkssolidarität mit.

WILHELM BIEL

* 6. APRIL 1900 – 9. OKTOBER 1974

Wilhelm Biel, seit 1919 Mitglied der KPD und Teilnehmer an den Kämpfen der Roten Ruhrarmee im März 1920, wurde im März 1933 verhaftet. Nach einigen Monaten „Schutzhäft“ kam er in das KZ Börgermoor und später in das KZ Sachsenhausen. 1937 entlassen, musste er sich zwei Jahre lang täglich bei der Gestapo melden. Bei dem Überfall auf die Sowjetunion erneut verhaftet, wurde er auf Betreiben seines Betriebes als gesuchter Facharbeiter (Autogen- und Elektroschweißer) vorfristig entlassen. Nach Ende des Krieges kam er nach Mecklenburg, wohin seine Frau evakuiert worden war. Zunächst als Stadtrat in Schwerin tätig, war er ab 1948 in mehreren Funktionen beim Aufbau der Volkspolizei und der Seepolizei eingesetzt. 1956 schied er als Major der NVA aus dem Berufsleben aus.

FRANCISCO CANTO ACACIO

* 10. DEZEMBER 1908, BARCELONA – 30. MAI 1965

Francisco Acacio erlernte den Beruf eines Mechanikers. 1929 trat er der Kommunistischen Partei Spaniens bei. Von 1936 bis 1939 nahm er als Panzerfahrer am Kampf zur Verteidigung der Spanischen Republik teil. Es folgten am 13. Februar 1939 die Flucht nach Frankreich und die Internierung bis 1941. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen



Francisco Acacio und seine Frau Elfriede in ihrer Wohnung in der Herweghstraße 12 in Rostock, 1962.

in Südfrankreich wurde er zur Organisation Todt verpflichtet und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, wo er in Tangermünde in der Rüstungsindustrie arbeiten musste. In den letzten Kriegstagen entging er Verhaftung und Vernichtung durch die Hilfe seiner späteren Frau Elfriede Stemme, die ihn schließlich mit nach Neubrandenburg nahm.

„Elfriede und Francisco arbeiteten an einem Band bei der Munitionsherstellung. Obwohl das Band so schnell lief, dass keine Zeit zu Unterhaltungen war und es den deutschen Arbeitern streng verboten war, mit den Ausländern zu sprechen, gab es doch Blickkontakte und ergaben sich manchmal Gelegenheiten, beim Vorbeigehen ein paar Worte zu wechseln. Elfriede und Canto verliebten sich. Eines Tages erfuhr Elfriede, es ging auf das Ende des Krieges zu, dass die Spanier in ein KZ oder anderswo in ein Lager gebracht werden sollten. Ihr war klar, dass dabei sein Leben auf dem Spiel stand. Sie nahm ihn heimlich mit zu sich nach Hause und versteckte ihn. Jemand muss das verraten haben, denn sie bekam ‚Besuch‘. Francesco war im Kleiderschrank versteckt – er hatte starken Husten und musste ihn krampfhaft

unterdrücken. Er starb tausend Ängste, aber es ging gut aus. Als bekannt wurde, dass der Krieg zu Ende war, zeigten sie sich offen Hand in Hand auf der Straße“ (Erinnerungsbericht von Ch. Kopierski, Sammlung der VVN-BdA Rostock).

Zunächst im Betrieb des Vaters von Elfriede Stemme beschäftigt, gelangte Francisco Acacio durch eine Beschäftigung bei der Neptun-Werft nach Rostock. Er erhielt die Genehmigung zur Einbürgerung und damit zur Eheschließung mit Elfriede Stemme.

REINHOLD HEIMANN

*** 5. APRIL 1893 – 30. APRIL 1969**

Gemeinsam mit seinem Bruder Bernhard Heimann nahm Reinhold 1933 an einer Veranstaltung der Deutschen Arbeitsfront im „Schweizerhaus“ in Rostock teil. Im Zuge einer Auseinandersetzung mit Nazifunktionären wurde Bernhard Heimann inhaftiert. Er erkrankte an Tuberkulose, an der er verstarb. Auch Reinhold Heimann war kurzzeitigen Verhaftungen und Verfolgungen ausgesetzt. Die Familie litt wirtschaftliche Not und seine Kinder wurden in der Schule verächtlich gemacht und ausgegrenzt.

BERNHARD JAGNOW

*** 5. APRIL 1893 – 30. APRIL 1969**

Bernhard Jagnow, von Beruf Schiffsführer, war Mitglied einer Widerstandsgruppe. Er wurde bereits im Februar 1933 in „Schutzhaft“ genommen und nach drei Monaten vom Kammergericht Berlin wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe verbüßte er von Juni 1934 bis Juni 1936 im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

MINNA JAGNOW

*** 13. SEPTEMBER 1898 – 17. MÄRZ 1969**

Minna Jagnow wurde 1920 Mitglied der Kommunistischen Partei in Stettin (Szczecin). In der Roten Hilfe übernahm sie den Zeitungsvertrieb und fungierte als Verbindungsperson zur Widerstandsgruppe ihres Mannes. Trotz wiederholter Hausdurchsuchungen versteckte sie zwei jüdische Bürger vor den Nazis und konnte ihnen zur Flucht verhelfen.

WANDA KLEBOW

*** 5. JANUAR 1905 – 27. OKTOBER 1994**

HEINRICH KLEBOW

*** 23.07.1903 – 02. OKTOBER 1969**

Heinrich Klebow wurde im Mai 1936 in Hausdorf im Landkreis Sprottau verhaftet und am 31. Oktober 1936 „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ vor dem Kammergericht Berlin verurteilt. Die Strafe von 18 Monaten verbüßte er in Tegel. Danach stand er zwei Jahre unter Polizeiaufsicht.

KARL MASSEL

*** 14. OKTOBER 1894, LAUENBURG IN POMMERN (LEBORK)
– 14. APRIL 1967**

Karl Massel erlernte den Beruf eines Ofensetzers und Fliesenlegers, arbeitete in den 1920er Jahren aber auch als Bauarbeiter und Waldarbeiter sowie bei einer Krankenkasse. Als Soldat im Ersten Weltkrieg wurde er 1918 in Frankreich in den Soldatenrat gewählt. 1919 trat er in die USPD und 1920 in die KPD ein. Ab 1921 war er Kreistagsabgeordneter und Stadtverordneter in Lauenburg sowie Stadtrat und Abgeordneter des Provinziallandtages von Pommern (1925-1933). Bereits vor 1933 zweimal verhaftet (1923 im Zuge des kurz-

zeitigen KPD-Verbots und 1932 wegen Übertretung einer Hindenburg-Verordnung), wurde Massel am 9. November 1939 erneut inhaftiert und in die KZ Hammerstein und Lichtenburg verbracht. Der frühere Mithäftling Erich Wiesner erklärte 1951:

„Mir ist Karl Massehl seit dem Jahre 1930 bekannt, als ich nach Stettin als Redakteur der Volkswacht kam. [...] Ich selbst traf den Kameraden Karl Massehl im Konzentrationslager Lichtenburg. Er war auch im Konzentrationslager der aufrichtige Antifaschist geblieben. Mir ist auch bekannt, dass er ebenfalls die Zeit nach seiner Haftentlassung aktiven Anteil an der Widerstandsbewegung nahm“ (Landesarchiv Greifswald: 200/9.2.1-1810).

Vom Kammergericht Berlin wurde er zu zwei Jahren Gefängnis wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt und danach unter Polizeiaufsicht gestellt. Beim Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sowie nach dem missglückten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 erfolgten erneut kurzzeitige Inhaftierungen. 1945 als Bürgermeister der Stadt Lauenburg eingesetzt, siedelte er schließlich nach Schwerin über und übte dort mehrere kommunalpolitische Funktionen aus. Ab 1947 Kreisvorsitzender der VVN und Mitglied des Landesvorstandes der VVN, war er bis zu seinem Tod Mitglied des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer im Bezirk Rostock.

KURT MOHNKE

– 16. JUNI 1966

JOHANNA PÄTHE

*** 1915 – 08. MAI 1980**

PAUL PÄTHE

* 23. FEBRUAR 1912, ROSTOCK – 03. AUGUST 1967

Paul Päthe gehörte einer kommunistischen Widerstandsgruppe in Rostock an. Die Gruppe malte politische Losungen an die Wände der Stadt und verbreitete Flugblätter, die sie in einer Schreibmaschinen-Reparaturwerkstatt anfertigen konnte. Über eine Aktion am 1. Mai 1933 berichtete Hans Mahncke, der zu dieser Zeit im Gefängnis war:



„Am Morgen des 1. Mai nach dem Wecken schaute ich durch das vergitterte Fenster. [...] Ich konnte von meinem Fenster weit hinaus in Richtung Kröpeliner Tor, Doberaner Straße und Wallgraben sehen. Beim ersten Blick war mir nichts aufgefallen. Aber mit einem Male – sah ich denn recht? Da wehte doch eine rote Fahne! Das musste auf dem Schornstein der Brauerei sein. Ich hatte noch gar nicht alles richtig erfasst, als im Gefängnis eine Klopferei losging. Schließlich erklang aus den Zellen die Internationale“ (Mahncke 1976: 123ff).

Der Kommunist Werner Mink, unterstützt von Reinhold Beutler und Paul Päthe, hatte in der Vornacht den Schornstein der Klostermühle erklettert und die Fahne angebracht. In einem Hochverratsprozess am 5. und 6. April 1935 in Rostock stand Paul Päthe mit weiteren 13 Antifaschisten vor Gericht. „Wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ musste er eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren verbüßen. Er verstarb im Alter von 55 Jahren. An seiner Seite wurde 1980 seine Frau Johanna beigesetzt.

HILDEGARD PESCHKE

* 29. AUGUST 1912 – 13. NOVEMBER 1981

JOSEF PESCHKE

* 18. JANUAR 1907, FREIWALDAU (JESENÍK)
– 11. SEPTEMBER 1958

Der gelernte Klempner und Installateur, trat 1928 der Roten Gewerkschaft und 1929 der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bei. Von den Nazis wurde er 1938 zunächst im Gefängnis Görlitz, danach ab Februar 1939 im KZ Dachau und später im KZ Buchenwald inhaftiert. In Buchenwald gehörte er der Widerstandsbewegung an. In der Nachkriegszeit gelangte er im Dezember 1945 mit einem „Antifa-Transport“ nach Rostock. Dort wurde er Mitglied der KPD. Ab 1948 beteiligte er sich am Aufbau der Deutschen Volkspolizei, aus der er mit dem Dienstgrad Major ausschied. Er war verheiratet mit Hildegard Peschke, die 1981 an seiner Seite beigesetzt wurde.

META SCHMIDT

* 20. MÄRZ 1895 – 16. JANUAR 1972

RICHARD SCHMIDT

– 9. DEZEMBER 1967

Richard Schmidt gehörte in Rostock einer organisierten Widerstandsbewegung an. Die Folge waren mehrmalige Verhaftungen, so im Februar und Dezember 1933, im Juni 1934 sowie im Juli 1944. Vom Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg wurde er zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt, die er nach der Untersuchungshaft in Rostock ab dem 24. Dezember 1934 im

Zuchthaus Bützow-Dreibergen verbüßen musste. Meta, die seit 1918 mit ihm verheiratet war und seine Widerstandsarbeit unterstützt hatte, teilte mit ihm die Zeit der Verfolgung.

WILHELM SCHUMACHER

* 16. OKTOBER 1886 – 13. JULI 1965

Wilhelm Schumacher wurde 1914 Mitglied der SPD. Bei der Abwehr des Kapp-Putsches 1920 war er Zugführer in den Kämpfen bei Schutow und Teschow. Von 1923 bis 1933 fungierte er als Vertrauensmann der Schiffbauer der Neptun-Werft und im erweiterten Betriebsrat der Werft. Im Widerstand gegen die Nazis diente die Anschrift von Wilhelm Schumacher als Deckadresse zur Verbreitung von illegalen Schriften und seine Wohnung für konspirative Treffen. Am 14. Dezember 1934 wurde er vom Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war bis zum 15. Dezember 1936 im Zuchthaus Bützow-Dreibergen inhaftiert.

FRIEDA SELKE

* 21. SEPTEMBER 1892, GÜSTROW – 5. SEPTEMBER 1974

WILHELM SELKE

* 29. APRIL 1893 IN KRÖPELIN

– 26. FEBRUAR 1944, BRANDENBURG

1916 heirateten die Hausangestellte Frieda und der Buchbinder Wilhelm Selke. Die Eheleute verzogen von Rostock nach Berlin-Kreuzberg und traten 1919 der KPD bei. Ab 1928 war Wilhelm Selke für die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition tätig und bis 1929 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung. Als Buchbindermeister arbeitete er ab 1936 für den Ullstein Verlag, der arisiert und in Deutscher Verlag umbenannt wurde.



Familie Selke um 1920.

Wilhelm Selke schloss sich 1944 der Widerstandsgruppe um Anton Saefkow an. Die Betriebszelle um Selke brachte Flugblätter in Umlauf, sammelte Geld und Lebensmittelmarken zur Unterstützung der Widerstandsarbeit, organisierte konspirative Treffen und versuchte die Produktion von NS-Propaganda zu sabotieren. Die Widerstandsgruppe wurde durch einen Gestapospitzel denunziert und Selke am 10. August 1944 verhaftet. Er durchlief die Strafanstalten Berlin-Moabit, Alexanderplatz, Plötzensee, Bautzen und Brandenburg. Im Prozess gegen Saefkow und andere vor dem Volksgerichtshof wurde er am 18. Januar 1945 wegen „Hochverrat“ zum Tod verurteilt. Gnadengesuche der Familie und von Freunden wurden abgelehnt. Am 26. Februar 1945 wurde Wilhelm Selke im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet. Frieda Selke stand ihm in der Zeit der Verfolgung zur Seite. Nach der Verhaftung ihres Mannes war sie Hausdurchsuchungen und Verhören ausgesetzt. In wirtschaftlicher Not musste sie ihre kleine Tochter allein aufziehen.

ERICH TRETTIN

*** 7. JULI 1896 – 3. DEZEMBER 1962**

Erich Trettin gehörte ab 1918 der Arbeiterbewegung an und hat nach 1933 Widerstand gegen die Nazis geleistet. Lore Pawlowski, die mit ihrem Mann nach Bolivien emigrierte, erinnert sich an Erich Trettin:

„Mein Mann und ich waren mit Erich Trettin bekannt. Sein Sohn lebte in Uruguay, daher hatten wir viel Gesprächsstoff. Als wir aus der Emigration nach Rostock kamen, unterstützte er uns. Er war selbst Verfolgter des Naziregimes, dennoch kümmerte er sich um uns“ (Erinnerungsbericht von L. Pawlowski, Sammlung der VVN-BdA Rostock).

ERNST WAACK

*** 8. OKTOBER 1892, DANZIG – 18. OKTOBER 1976**

Ernst Waack arbeitete als Dreher auf der Danziger Werft. Organisiert in der SPD und in der IG Metall, wurde er zum Vertrauensmann gewählt. Im Winter 1933, während einer Feierstunde für einen österreichischen Antifaschisten, wurde er zusammen mit Freunden von Nazis überfallen und zusammengeschlagen. Infolgedessen erlitt er einen Lungenriss und wurde invalidisiert. Bei der Beerdigung seiner Großmutter wurden er und andere abermals überfallen und zur Polizeiwache geschleppt, dort aber wieder entlassen. Mit einem Umsiedlertransport kam er 1945 nach Mecklenburg und wohnte später in Rostock. Hier arbeitete er ehrenamtlich in der IG Metall und in der VVN.

THEO WICKEL

*** 10. FEBRUAR 1901 – 25. SEPTEMBER 1969**

Theo Wickel wurde von den Nazis wegen illegaler politischer Arbeit inhaftiert. Nachdem die Wilhelm-Gustloff-Werke zerbombt worden waren, wurde er in das KZ Sachsenhausen verbracht. Später kam er in das KZ Buchenwald, wo er der organisierten Widerstandsbewegung angehörte. Nach 1945 arbeitete er auf der Neptun-Werft Rostock.

3. Verfolgte des Naziregimes | Gräberfeld III (1967-1990)

Zentral und direkt am Hauptweg des Friedhofs gelegen, befindet sich eine größere Gemeinschaftsanlage, die aus zwei Teilen bestand: einer Urnenanlage und einem Gedenkplatz mit Tafeln für an anderen Orten bestattete Personen. Der Gedenkplatz ist nur noch in seiner Grundstruktur erkennbar. Die dort früher angebrachten Gedenktafeln wurden von der Friedhofsverwaltung entfernt und eingelagert.

In den Jahren 1963 und 1964 beschäftigten sich die Mitglieder des VdN-Ausschusses, der beim Oberbürgermeister der Stadt Rostock angesiedelt war, wiederholt mit der Pflege der Gedenkstätten für NS-Verfolgte auf dem Neuen Friedhof. Hans Warnke machte mit einem Brief an den Rat der Stadt darauf aufmerksam, dass das 1959 angelegte VdN-Gräberfeld (siehe Kapitel 2) erweitert werden müsste. Mahncke, der wie Warnke das KZ Sachsenhausen überlebt hatte, erklärte in einem Artikel in der Ostsee Zeitung, dass die Stadt Rostock es den Verfolgten des Naziregimes schuldig sei, die Begräbnisstätten würdig zu gestalten.

3.1 Urnenfeld

Die 1967 angelegte Bestattungsfläche mit insgesamt 204 Grabstellen ist noch erhalten. Es sind jedoch bereits einige Grabplatten entfernt worden. Bis 1989/1990 wurden auf dem Urnenfeld, neben anderen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Rostock, überwiegend Verfolgte des Naziregimes bestattet. Oftmals waren sie zwischen 1933 und 1945 mehrfachen Verhaftungen und ständiger Polizeiaufsicht ausgesetzt. Wie Kurt Barthel und Willi Grünert waren sie zur Emig-

Es erfolgten entsprechende Vorschläge an den Rat der Stadt und die Kreisleitung der SED. So hieß es in einem Schreiben an die Stadtverwaltung:

„Wir schlagen vor, auf dem Neuen Westfriedhof eine sichtbare Fläche bereitzustellen, wo inmitten eines Ehrenmals Platz für weitere Begräbnisse von Widerstandskämpfern erfolgen kann“ (Landesarchiv Greifswald: V/1-241).

Realisiert wurde daraufhin die Umgestaltung des früheren „Sonderfriedhofs für Fremdrassige“ (siehe Kapitel 1). Zudem wurde davon Abstand genommen, das VdN-Gräberfeld zu erweitern. Stattdessen wurde ein „Ehrenhain für Sozialisten“ eingerichtet, der außer Verfolgten des Naziregimes auch jenen Persönlichkeiten eine letzte Ruhestätte bieten sollte, „die sich für den Aufbau des Sozialismus verdient gemacht haben“, wie es in der Begründung hieß. Als Termin der Fertigstellung wurde der 7. Oktober 1967 festgelegt.

ration gezwungen oder wie Kurt Gramm antisemitischer Verfolgung ausgesetzt. Andere haben wie Elfriede Paul und Josef Schares Widerstand gegen die Nazis geleistet. Einige nahmen am Spanischen Freiheitskampf teil. Hans Warnke, Karl Gries, August Groel und weitere erlitten Haft im Konzentrationslager.



Urnengrabanlage für Verfolgte des Naziregimes auf dem Neuen Friedhof in Rostock.

BIOGRAPHISCHE KURZINFORMATIONEN

KURT BARTHEL

* 8. JUNI 1914, GARNSDORF/CHEMNITZ – 12. NOVEMBER
 1967, FRANKFURT AM MAIN

Kurt Barthel (KuBa) wurde als Sohn eines Eisenbahnarbeiters geboren. Sein Vater wurde noch vor seiner Geburt von einem Offizier erschossen. Als 14-Jähriger trat Kurt Barthel der Sozialistischen Arbeiter-Jugend bei und gründete in seinem Heimatort eine Ortsgruppe der Falken. 1933 wurde er Mitglied der SPD. Kurz darauf musste er Deutschland verlassen und emigrierte in die Tschechoslowakei. Dort verfasste er erste Gedichte und Reportagen, leitete eine Theatergruppe und verhalf anderen zur Flucht aus Deutschland. Über Österreich flüchtete er 1939 nach England. Zusammen mit anderen gründete er dort die Freie Deutsche Jugend. Zeitweilig interniert, lernte er im Internierungslager seine spätere Frau Ruth kennen, die als rassistisch Verfolgte aus Deutschland geflohen war. 1946 kehrte er zurück nach Deutschland und arbeitete auf kulturpolitischem Gebiet. In der Maxhütte (Unterwellenborn) war er ein Jahrzehnt als Redakteur, Kritiker und Kulturleiter tätig. Danach ging er an das Volkstheater Rostock, wo er bis zu seinem Tod als Chefdramaturg arbeitete. Er trat als Lyriker, Dramatiker und Erzähler hervor. Zu seinem Werk gehören das „Gedicht vom Menschen“ (1948) und die



dramatische Ballade über Klaus Störtebeker „Die Vitalienbrüder“, mit deren Aufführung in Ralswiek die Störtebeker-Festspiele eröffnet wurden. Filme, zu denen er die Drehbücher schrieb, wie „Hexen“ (1954) und „Schlösser und Katen“ (1957) wurden einem breiten Publikum bekannt. Er war ab 1953 Ordentliches Mitglied der Akademie der Künste in Berlin, ab 1954 Mitglied im Zentralkomitee der SED und von 1952 bis 1958 Abgeordneter der Volkskammer.

WILHELM BOLTE

* 25. JULI 1898 – 12. OKTOBER 1985

Als Sohn einer organisierten Rostocker Arbeiterfamilie trat Wilhelm Bolte 1919 der USPD und 1920 der KPD bei. Bolte arbeitete bei den Arado-Flugzeugwerken, unterstützte 1934 und 1935 innerbetriebliche Proteste gegen Lohnkürzungen und wandte sich gegen die Kriegsvorbereitungen, weshalb er Repressalien durch das Naziregime ausgesetzt war.



MAX BURWITZ

*** 9. FEBRUAR 1896, ANKLAM – 22. MÄRZ 1974, ROSTOCK**

Max Burwitz war ab 1925 Mitglied der SPD, die er als Kommunalparlamentarier in Anklam vertrat. Wegen seiner antifaschistischen Haltung war er während der Nazidiktatur Repressalien ausgesetzt. So durfte er auch seinen Lehrerberuf nicht mehr ausüben. Von 1945 bis 1947 war er Stadtschulrat und Bürgermeister in Greifswald, von 1949 bis 1952 Oberbürgermeister der Stadt Rostock.

Danach war er Vorsitzender des Vertragsgerichtes im Bezirk Rostock.



ALOIS DINKEL

*** 25. MAI 1902, HEUFELDMÜHL
– 26. SEPTEMBER 1976, ROSTOCK**

Alois Dinkel arbeitete als Landarbeiter sowie im Hoch- und Tiefbau. Ab 1929 war er arbeitslos. Er wurde Mitglied der KPD und 1933, weil seine Ortsgruppe illegal weiterarbeitete, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese verbüßte er in Bautzen. 1939 ging er nach Spanien und nahm an den Internationalen Brigaden am spanischen Freiheitskampf teil. Bis 1941 in Frankreich interniert, wurde er 1941 von der Gestapo Lüneburg in das KZ Sachsenhausen verbracht. Mit dem – wie er ihn bezeichnete – Hungermarsch kam er 1945 nach Crivitz. Nach dem Ende des Naziregimes wurde Alois Dinkel 1946 beim Aufbau der Landespolizei eingesetzt.

JOHANNES FICHTEAU

*** 18. JULI 1892, LICHTFELDE (JASNA)
– 14. SEPTEMBER 1972, ROSTOCK**

Der Sohn einer ostpreußischen Landarbeiterfamilie wurde als Soldat in den Ersten Weltkrieg eingezogen. An der Ostfront nahm Johannes Fichtenau 1915 an einer „Verbrüderung“ mit russischen Soldaten teil, wofür er zu Festungshaft verurteilt wurde, die er nach dem Krieg antreten sollte. In Kriegsgefangenschaft geraten, trat er nach Ausbruch der Oktoberrevolution dem Komitee deutscher Kriegsgefangener bei und kämpfte an der Seite der Roten Armee bis 1920 gegen die Intervention. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er Mitglied der SPD und 1925 der KPD. 1933 verhaftet, wurde Johannes Fichtenau misshandelt und nach vier Monaten wegen Haftunfähigkeit entlassen. Er arbeitete als Schmelzer in den Glöcknerwerken und in einer Konservenfabrik in Hildesheim. Mit Hilfe ausländischer Arbeiter verbreitete er Flugblätter. Nach der Befreiung wurde Fichtenau bei der britischen Militärregierung denunziert, man bezichtigte ihn der Tätigkeit gegen die Alliierten. Daraufhin wurde er am 21. Juli 1945 verhaftet und von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt. Durch Proteste der KPD-Landesleitung und Einspruch der SMAD wurde er begnadigt und am 1. Juni 1948 aus der Haft entlassen, woraufhin er in die Sowjetische Besatzungszone übersiedelte. Hier war er unter anderem als Abgeordneter des Landkreises Rostock tätig.

ROBERT FILIPIAK

*** 2. FEBRUAR 1898, NEUHUBEN**

– 20. AUGUST 1974, ROSTOCK

Robert Filipiak wurde während des Ersten Weltkrieges als Zivilinternierter durch die zaristische Armee nach Tobolsk (Sibirien) verbracht. Nach Ausbruch der Oktoberrevolution bildete sich dort eine Partisaneneinheit, die sich später in die Rote Armee eingliederte. Robert Filipiak trat in ihre Reihen ein und nahm an den bewaffneten Kämpfen unter anderem im Baikargebiet bei der Eroberung der Städte Irkutsk sowie der Städte Tomsk, Tschita und Tschadrinsk teil. 1919 wurde er in Tschadrinsk als Stadtkommandant eingesetzt. Die Nachricht von der Niederschlagung des Kapp-Putsches, die ihn dort erreichte, verstärkte seinen Wunsch nach Deutschland zurückzukehren, was 1922 erfolgte. Ein Jahr später wurde er KPD-Mitglied. Nach der Machtübernahme der Nazis trat Robert Filipiak entschieden gegen das Naziregime auf und wurde deshalb 1934 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

KURT GRAMM

*** 4. JUNI 1909, TETEROW – 19. DEZEMBER 1989, ROSTOCK**

Kurt Gramm gehörte zu den jüdischen Bürgern der Stadt Rostock und teilte mit ihnen das Schicksal der systematischen Verfolgung und Entrechtung durch die Nazis. Während der Novemberpogrome 1938 wurden in Rostock 64 Männer aus antisemitischen Motiven festgenommen. Unter ihnen war auch Kurt Gramm, der über die Verhaftungen berichtete:



„Ich arbeitete 1938 als Verkäufer in dem Schuhgeschäft Fischel. Der Inhaber und ich wurden aus dem Laden heraus verhaftet. Die Schutzpolizei führte uns in das Polizeigefängnis am Neuen Markt. Auf dem Markt hatte sich eine johlende, mit Knüppeln bewaffnete Menge angesammelt. Unter ihren Rufen ‚Schlagt sie tot‘ mussten wir in Busse steigen, die uns ins Landeszuchthaus brachten“ (zit. nach: Scheffler 2008).

Vom 10. November bis 18. Dezember 1938 blieb Kurt Gramm ohne Gerichtsurteil im Zuchthaus Alt-Strelitz in Haft. Seine Arbeitsstelle, das Schuhgeschäft Fischel in der Schmiedestraße wurde zerstört und geplündert. Mit der „Aktion zur Unschädlichmachung von Aufwieglern, Saboteuren und Verrätern“ versuchten die Nazis, noch in den letzten Kriegstagen, ihre Vernichtungspläne fortzusetzen. Ihr Ziel war es, 157 Sozialdemokraten, Kommunisten und die letzten noch in Rostock lebenden Juden in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1945 zu ermorden. Kurt Gramm konnte dieser Mordaktion entgehen, weil er gewarnt und von einem Rostocker in seiner Gartenlaube in Biestow versteckt wurde. Nach der Befreiung 1945 war Kurt Gramm bis 1948 Vorsitzender des Kreisausschusses der VdN Rostock. Danach nahm er wichtige Positionen im Wirtschaftsleben der Stadt ein, so bei der Gründung der VVB-Hochseefischerei und als Direktor der Ostseemesse in Rostock.

KARL GRIES

*** 19. MAI 1912, ALT PAULSDORF**

– 31. MÄRZ 1983, ROSTOCK

Mit 14 Jahren wurde Karl Gries Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, 1927 trat er in die Sozialistische Arbeiterpartei der Tschechoslowakei ein. Wegen illegaler Tätigkeit am 15. Dezember 1939 in Vinpaulsdorf in „Schutzhaft“ genommen, verurteilte ihn das Sondergericht beim Oberlandesgericht in Leitmeritz zu acht Mona-

ten Gefängnis. Karl Gries kam in das KZ Sachsenhausen, wo er die Häftlingsnummer 32944 erhielt. Als er Ende April 1945 frei kam, hatte er 65 Monate Haftzeit erlitten. Von 1946 bis 1951 war Karl Gries in der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern tätig, danach übte er Funktionen in Leitungen der SED unter anderem an der Universität Rostock aus und war nach 1959 als Kaderleiter in der Neptun-Werft tätig.

AUGUST GROEL

*** 12. FEBRUAR 1898, ERFENBACH/KREIS KAISERSLAUTERN – , ROSTOCK**

August Groel arbeitete nach seiner kaufmännischen Lehre als Angestellter in Mannheim. 1918 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen. Von 1919 bis 1922 war er in verschiedenen Funktionen des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei tätig. Danach arbeitete er in der Karosseriewerkstatt seiner Familie. 1924 siedelten sie gemeinsam in die argentinische Hauptstadt Buenos Aires über. Dort nahm August Groel aktiv an der illegalen Tätigkeit der Kommunistischen Partei teil. Gemeinsam mit seiner Frau und weiteren 20 Deutschen ging er im Februar 1937 nach Spanien und kämpfte in den Internationalen Brigaden. In den Lagern Le Vernet und Camp de Gurs interniert, wurde August Groel durch die französische Regierung an die Nazis ausgeliefert. Als politischer Häftling kam er in das Konzentrationslager



Buchenwald, wo er die Häftlingsnummer 2390 erhielt. Nach Ende des Naziregimes war er unter anderem ab 1948 in der Deutschen Wirtschaftskommission tätig und bereitete die ersten Außenhandelsverträge vor. 1954 wurde er zum Direktor des Deutschen Instituts für Marktforschung (später Forschungsinstitut des Ministeriums für Außenhandel der DDR) berufen, das er bis 1966 leitete. Nach Rostock verzogen, arbeitete er ehrenamtlich im Bezirkskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer.

WILLI GRÜNERT

*** 26. MAI 1901, BERLIN – 3. AUGUST 1985, ROSTOCK**

Die Familie Grünert wohnte ab 1911 in Kiel. Im selben Jahr trat Willi Grünert in die Freie Turnerschaft in der Kieler Förde ein. Seit dieser Zeit war er bis Ende 1933 in führenden Funktionen der Sportbewegung tätig. Als Schiffsjunge und Matrose der kaiserlichen Werft beteiligte er sich an den Streiks und Kämpfen während der Novemberrevolution in Kiel, so unter anderem an der Entwaffnung der Wandsbeker Husaren und an der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Preetz, Rendsburg und Eckernförde. Als Anschläger auf der Germaniawerft wählten ihn die Arbeiter als Vertrauensmann der Gewerkschaft der Kranführer. 1929 in die KPD eingetreten, wurde er mit dem Aufbau der illegalen Arbeit in Schleswig-Holstein beauftragt. Mittels Segelbooten wurden illegale Zeitungen und Druckschriften aus Dänemark nach Kiel gebracht und Genossen die Flucht nach Dänemark ermöglicht.



1934 musste Willi Grünert wegen Verhaftungsgefahr selbst mit seiner Frau Bertha nach Dänemark emigrieren. Dort wurde er Mitarbeiter des Sekretärs des Zentralkomitees für die deutsche Partei in Skandinavien und war in der Abschnittsleitung Nord der KPD unter anderem zusammen mit Karl Mewis und Herbert Warnke illegal als Kurier tätig. Vier Monate nach Beginn der deutschen Invasion in Dänemark interniert und mit etwa 40 anderen an das Naziregime ausgeliefert, geriet er im August 1941 in die Fänge der Hamburger Gestapo. Er verbrachte 13 Monate in Untersuchungshaft in Fuhlsbüttel. Zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, kam er bis Oktober 1943 in das Zuchthaus Waldheim und danach in das Konzentrationslager Buchenwald. Als Politleiter für die Bezirke Bremen, Hamburg und Wasserkante gewählt, war er dort an der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gegen die SS-Wachmannschaften beteiligt. Von 1945 bis 1950 war er Lizenzträger der Hamburger Volkszeitung, einem KPD-Organ und Sekretär der KPD-Landesleitung. 1951 siedelte er aufgrund des angestregten KPD-Verbotsverfahrens wegen Verhaftungsgefahr in die DDR über. Hier war er unter anderem im Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und als stellvertretender Vorsitzender des FDGB-Bezirksvorstandes in Rostock tätig. Nach 1956 war er Leiter des Internationalen Seemannsklubs in Rostock.

ROBERT HARNAU

*** 1. AUGUST 1908, KLETTWITZ**

– 3. FEBRUAR 1977, ROSTOCK

Robert Harnau wurde als Sohn eines Schmiedemeisters geboren. Nach seiner Schulentlassung arbeitete er in einer Glashütte und in verschiedenen Braunkohlewerken. 1929 trat er dem Arbeiter-Turn- und Sportbund und der SPD bei und übernahm verschiedene Parteifunktionen. Nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 wurde er zwei Tage da-

rauf verhaftet und in das KZ Sonnenburg überführt. Am 19. Dezember 1933 entlassen und am 19. Oktober 1935 erneut verhaftet, verurteilte ihn der Volksgerichtshof zu vier Jahren Zuchthaus. Nach der Verbüßung der Strafe kam er nicht frei, sondern wurde am 10. November 1939 in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Am 21. April 1945 musste er am Todesmarsch in Richtung Mecklenburg teilnehmen, bis ihn die Rote Armee am 2. Mai befreite.

KARL HIPLER

*** 23. APRIL 1905, HAMBURG**

– 25. SEPTEMBER 1971, ROSTOCK

Karl Hipler, Sohn einer organisierten Arbeiterfamilie Hamburgs, schloss sich mit 14 Jahren der Sozialistischen Arbeiter-Jugend an und nahm als Jugendlicher am Hamburger Aufstand teil. 1925 trat er der KPD und 1926 dem Rotfrontkämpferbund bei. Er besuchte eine Fachschule für Schiff- und Maschinenbau und arbeitete bis August 1930 auf der Seeschiffswerft Blohm und Voß. Dort wurde er wegen der Organisation eines Antikriegsstreiks entlassen. 1933 und erneut 1937 verhaftet, wurde er wegen Widerstandshandlungen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Befreiung am 8. Mai 1945 in Bremen war er unter anderem im Komitee ehemaliger politischer Gefangener und im Sekretariat der VVN als Leiter des Such- und Meldedienstes tätig. Wegen seiner auf die Aufklärung von NS-Verbrechen gerichteten Tätigkeit kam er mit westdeutschen Behörden in Konflikt und siedelte, um nicht verhaftet zu werden, 1952 in die DDR über. Hier übte er verschiedene Funktionen aus, unter anderem die des Parteisekretärs im Fischkombinat Rostock.

WILHELM HÖRNING

* 30. SEPTEMBER 1890, ROSTOCK

– 20. APRIL 1968, ROSTOCK

Wilhelm Hörning gehörte zu den bekanntesten Funktionären der Rostocker SPD, der er 1910 beigetreten war. Von 1913 bis 1920 arbeitete er als Dreher auf der Neptun-Werft. Danach war er bis 1933 Bevollmächtigter des Ortsvorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem er seit 1908 angehörte. In der Zeit des Naziregimes in den Mechanischen Werkstätten der Heinkel-Werke beschäftigt, half er als Kalkulator die Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeiter zu erleichtern. Gemeinsam mit anderen Arbeitern besorgte er für sowjetische Gefangene Lebensmittel. Zudem unterstützte er die Familie des nach Dänemark emigrierten Sozialdemokraten Otto Buchwitz. Wegen seiner politischen Haltung wurde er 1933 und 1944 zu insgesamt fünf Monaten Haft verurteilt. Unmittelbar nach Kriegsende setzte sich Hörning für den Wiederaufbau Rostocks ein:

„Am 1. Mai 1945 wurde Rostock von der Roten Armee befreit. Am 2. Mai bildeten wir - Kommunisten und Sozialdemokraten - bereits das Rostocker Ordnungskomitee. In unserer ersten Sitzung in der Altschmiedestraße überlegten wir uns: Wenn wir weiterkommen wollten, müssten wir zur sowjetischen Kommandantur. Es wurde beschlossen, gleich morgen sollten Mahncke, Schares und Hörning hingehen. Hans Mahncke sagte: ‚Herr Kommandant, wir brauchen



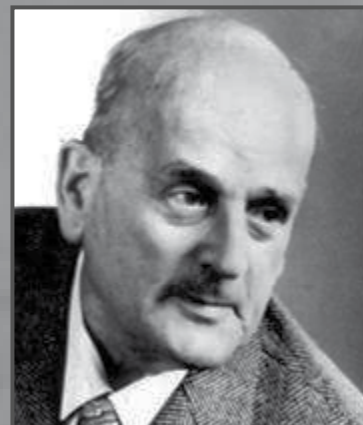
Hilfe von ihrer Seite, wir brauchen vor allem Dingen eine Truppe, die uns bei der Herstellung von Ruhe und Ordnung hilft. Wir stellen 100 Mann als Arbeiterwehr, also Polizei und Sie geben uns Soldaten, ungefähr 60 Mann, dann können wir die Aufgabe meistern.’ [...]“ (Hörning 1976: S. 162ff).

Ab Juni 1946 war Wilhelm Hörning Vorsitzender des Arbeitsgerichtes in Rostock.

WILHELM KNAPP

* 6. JANUAR 1898 – 4. APRIL 1984, ROSTOCK

Nach seinem Kriegsdienst von 1915 bis 1918 trat Wilhelm Knapp 1919 in die KPD ein. Von Beruf Kaufmann war er in Gotha, Frankfurt am Main, Stuttgart, Wien und Saarbrücken als Verlagsleiter tätig. Nach der Machtübernahme der Nazis wurde er bei einem illegalen Treffen verhaftet und zur Untersuchungshaft in die Prinz-Albrecht-Straße in Berlin gebracht. Er wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt und in den Zuchthäusern Luckau und Brandenburg inhaftiert. Seine Frau musste Deutschland verlassen und wurde in Frankreich interniert, wo sie im Juli 1940 im Lager Gurs verstarb. Sein Sohn konnte flüchten und trat den alliierten Streitkräften bei. Im Zuchthaus wurde Knapp Mitglied einer illegalen Gruppe. Als beim Herannahen der Roten Armee einige Beamte geflohen waren, übernahmen sie die Leitung des Zuchthauses. Die Wachposten wurden ent-



waffnet und ein Gefangenausschuss gebildet. Danach setzten sie sich mit der Roten Armee in Verbindung. 1945 zunächst bei der Berliner Verkehrsgesellschaft als Direktor tätig, widmete er sich dem Aufbau der Deutschen Seereederei (DSR). Er war mehrere Jahre als Direktor der DSR Rostock tätig. Danach vertrat er die DDR im Außenhandel in Italien.

WALTER KÖNIG

*** 6. SEPTEMBER 1913 – 2. DEZEMBER 1986**

Von Beruf Sattler, trat Walter König 1929 in die Sozialistische Arbeiter-Jugend ein. Ab 1933 arbeitete er illegal in einer Betriebsgruppe. 1944 zur Wehrmacht einberufen, lief er im März 1945 zur Roten Armee über. 1947 aus der Sowjetunion zurück, wurde er beim Aufbau der Volkspolizei tätig.

MAX KOTZIAN

*** 22. OKTOBER 1906, WAHOWITZ – 29. JUNI 1968, LEIPZIG**

Max Kotzian wurde mit 23 Jahren Mitglied der KPD. 1936 von der Gestapo verhaftet, wegen „Landes- und Hochverrat“ angeklagt und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, verbrachte er insgesamt neun Jahre seines Lebens in Haft. Nach 1945 war er mehrere Jahre Vorsitzender des Rates des Kreises Grevesmühlen, danach Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock und zuletzt Direktor der Fischerei- und Gerätestation der Fischereiproduktionsgenossenschaft Warnemünde.

ALFRED LINDERT

*** 16. SEPTEMBER 1908, REUMTENGRÜN
– 6. DEZEMBER 1968, ROSTOCK**

Alfred Lindert trat 1920 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und 1929 der KPD bei. Nach 1933 setzte

er seine politische Arbeit im In- und Ausland fort. So nahm er am spanischen Freiheitskampf teil, wurde 1941 verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht. Nach 1945 war er beim Aufbau der Justizorgane tätig.

WILHELM LOPPER

*** 28. NOVEMBER 1909, FREYSTADT
– 2. MÄRZ 1983, ROSTOCK**

Wegen antifaschistischer Tätigkeit wurde Wilhelm Lopper mehrmals verhaftet und 1939 in das KZ Hohenbruck eingeliefert. Vermutlich im Strafbataillon eingesetzt, lief er zur Roten Armee über und schloss sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland an. Als Fronthelfer setzte er sich für die Aufklärung der deutschen Soldaten über das Naziregime ein. Nach 1945 beteiligte er sich am Aufbau der Nationalen Volksarmee der DDR.

GERHARD MÜLLER

*** 29. MÄRZ 1916 – 6. NOVEMBER 1986, ROSTOCK**

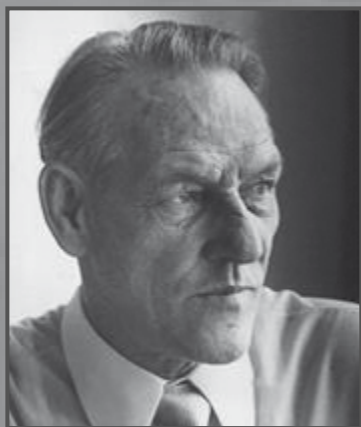
Gerhard Müller erlernte den Beruf eines Formers. Er gehörte vor 1933 keiner Partei an. Müller wurde zum Reichsarbeitsdienst einberufen, 1937 wegen illegaler Tätigkeit verhaftet und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Danach kam er nicht frei, sondern wurde in das KZ Sachsenhausen überführt und erst im Mai 1945 durch die Rote Armee befreit. Zunächst beim Magistrat von Groß-Berlin tätig, setzte er sich für den Aufbau der Deutschen Volkspolizei ein. 1974 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer im Bezirk Rostock und zum Vorsitzenden der VdN-Bezirkskommission berufen.

MAX PAGEL

* 26. JANUAR 1904, ELLERBEK BEI KIEL

– 20. JULI 1975, ROSTOCK

1926 trat der gelernte Kupferschmied Max Pagel in die SPD ein. Fünf Jahre darauf wurde er Mitglied der KPD. 1933 verhaftet, wurde er kurze Zeit später wieder entlassen, aber unter Polizeiaufsicht gestellt. 1938 nach Rostock verzogen, arbeitete er auf der Neptun-Werft. Wegen illegaler politischer Aktivitäten wurde er



1944 erneut verhaftet. Im Frühjahr 1945 gehörte er zu den Rostockern, die sich dafür einsetzten, dass die Stadt nicht zur Festung erklärt wird, wodurch Sprengungen lebenswichtiger Anlagen und Einrichtungen verhindert wurden. Ab 1946 war Max Pagel Betriebsleiter für Schiffbau und damit Mitglied der Werftleitung und von 1954 bis 1964 Arbeitsdirektor der Neptun-Werft. Zudem war Pagel ehrenamtlicher Vorsitzender des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer für die Kreise Rostock, Rostock Land und Ribnitz.

ELFRIEDE PAUL

* 14. JANUAR 1900, KÖLN – 30. AUGUST 1981, AHRENSHOOP

Elfriede Paul erlangte 1920 die Lehrbefähigung für höhere Schulen. Ihre Freude am Wandern führte sie zu einer SPD-nahen Jugendorganisation, 1921 stieß sie zur KPD. Vor ihrem Medizinstudium in Berlin und Wien arbeitete sie als Lehrerin und als Leiterin eines Kinderheimes in Hamburg. Nach

dem Studium war Elfriede Paul in medizinischen Instituten tätig, bis sie 1936 eine eigene Praxis in Berlin-Wilmersdorf eröffnete. Über ihren Freund Walter Küchenmeister kam sie in Kontakt mit der Widerstandsgruppe um Schulze-Boysen und Harnack. Ihre Arztpraxis wurde zu einem Treffpunkt und Nachrichtenzentrum, da diese gute Möglichkeiten



für unverdächtige Besuche ermöglichte. Nach außen hin, zum Beispiel durch ihre Mitgliedschaften im Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund und im Bund Deutscher Mädel, hatte sich Elfriede Paul mit dem Naziregime arrangiert. Im Zusammenhang mit den Verhaftungen und den Prozessen der Widerstandsgruppe wurde auch sie verhaftet. Ihre Befreiung erlebte Elfriede Paul 1945 in der Haftanstalt Leipzig-Kleinmeusdorf. Sie war überzeugt, dass sie nur am Leben geblieben war, weil ihre zum Tode verurteilten Genossen sie nicht verrieten, sondern entlasteten. Nach kurzer Tätigkeit in einer eigenen Praxis in Burgdorf bei Hannover wurde sie Ministerin für Aufbau, Arbeit und Wohlfahrt des Landes Hannover. Zugleich vertrat sie die KPD im Landtag. Beide Funktionen erloschen, als das Land Niedersachsen im November 1946 gebildet wurde. 1951 habilitierte sie in der DDR im Fach Sozialhygiene und wurde 1956 Direktorin des Instituts für Sozialhygiene an der Medizinischen Akademie zu Magdeburg. Nach Erlangung des Rentenalters siedelte sie nach Ahrenshoop über und wurde für das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer im Bezirk Rostock tätig. Elfriede Paul ist Verfasserin von Publikationen wie „Ein Sprechzimmer der Roten Kapelle“ und von mehreren medizinischen Fachbüchern und Aufsätzen.

ELSBETH KAISER-PETSCHOW

*** 18. MÄRZ 1912 – 21. MAI 1989, ROSTOCK**

WALTER PETSCHOW

*** 27. MAI 1895 – 21. AUGUST 1970**

Walter Petschow war der Sohn eines Rostocker Hafenarbeiters. Er trat als 16-Jähriger dem Transportarbeiterverband, 1918 der SPD und 1923 der KPD bei. 1933 und 1934 festgenommen, war er fünfeinhalb Monate in Haft. Seine Tochter Elsbeth Kaiser-Petschow war 1930 Mitglied der KPD geworden. Sie hatte, wie ihre gesamte Familie, unter der Verfolgung des Vaters zu leiden. Im Juni 1945 wurde Walter Petschow zum ersten Ortssekretär der KPD gewählt. Vom 18. November 1945 bis 1952 übertrug man ihm das Amt des Bürgermeisters der Stadt Rostock, was der Tätigkeit des ersten Stellvertreters des Oberbürgermeisters entsprach. In dieser Funktion setzte er sich für die Beseitigung der schweren Zerstörungen der Stadt Rostock und die Versorgung der Bevölkerung ein. Am 5. Mai 1946 weihte er als Bürgermeister das Ehrenmal zur Erinnerung an die NS-Opfer im Rosengarten ein.



ERNST PUCHMÜLLER

*** 7. MÄRZ 1897, DASSOW – 14. JUNI 1976, ROSTOCK**

Ernst Puchmüller war Sohn eines Schuhmachers. Er erlernte den Beruf eines Bäckers und war in Dassow, Klütz und Lübeck tätig. Im Ersten Weltkrieg erlitt er ein Augenlei-

den, das später zur Erblindung führte. 1918 trat er der SPD, danach der USPD bei. Bei einer Aktion gegen den Kapp-Putsch wurde sein Freund Hermann Litzendorf bei einem Fluchtversuch von dem Gutsbesitzer Otto Bobzin aus Rankendorf erschossen, er selbst wurde verhaftet. 1920 trat er in die KPD ein, siedelte nach Lübeck über und war dort in verschiedenen Vereinen aktiv – so im Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, in der Internationalen Arbeiterhilfe und im Verband der Freidenker. Von 1929 bis 1933 war er gewähltes Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. 1933 wurde er von April bis Ende Mai in „Schutzhaft“ genommen. Nach seiner Freilassung knüpfte er Verbindungen ins Ausland, so nach Prag, Leningrad, Oslo, Kopenhagen und Stockholm. Diese wurden über Seeleute organisiert, die illegales Material nach Deutschland brachten. Auch gelang es, in Munitionsfabriken bei Schlutup und in den Dornier-Flugzeugwerken illegale Zellen zu schaffen. Am 1. November 1935 kam es erneut zu seiner Verhaftung. Er wurde im Dezember 1936 vor dem Volksgerichtshof in Lübeck angeklagt und zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese verbüßte er in Fuhlsbüttel, Oslebshausen und Waldheim. Nach seiner Befreiung durch die Rote Armee leitete er den Aufbau der KPD im Kreis Schönberg. Danach wurde er mit der Betreuung von Blinden in Mecklenburg beauftragt und war von November 1945 an Leiter der Landesblindenanstalt in Neukloster. Gleichzeitig übte er mehrere leitende Funktionen in der VVN aus. So wurde er unter anderem im Februar 1948 in den Zonenvorstand der VVN gewählt.

ALBERT RIEBELING

*** 14. MAI 1911, HASPE – 8. MÄRZ 1972, ROSTOCK**

Als sechstes Kind des Schleifers Johann Riebeling geboren, konnte er keine Lehrausbildung absolvieren, weil er schon früh zum Lebensunterhalt der Familie beitragen

musste. 1929 trat er dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei. 1933 schloss sich Albert Riebeling einer illegalen Gruppe an. In deren Auftrag ging er in die Niederlande, um für die aus Deutschland emigrierenden Genossen Unterkünfte zu beschaffen. Er wurde zweimal verhaftet und ging 1936 nach Brüssel. Im Januar 1937 schloss er sich dem Thälmann-Bataillon an und nahm am Spanischen Freiheitskampf teil. Über seinen Einsatz in Spanien ist folgende Episode überliefert: Die Internationalen Brigaden, darunter auch die, in der sich Albert Riebeling befand, hatten über ein Waisenhaus in Biar die Patenschaft übernommen. Jeder Kämpfer spendete 10 Prozent des Wehrosoldes für das Heim. Es gab auch Einzelpatenschaften. In einem Bericht von Emil Miltenberger heißt es: „Eines Abends lag unsere Batterie um ein Lagerfeuer geschart. Da näherte sich uns ein spanischer Soldat. ‚Salud‘, grüßte er uns. Er habe durch einen Zufall erfahren, dass die ‚Alemans‘ im Nachbarabschnitt lägen. Er suche nun den Kameraden ‚Alberto‘. Als man ihn zu Albert brachte, ging er auf Riebeling zu, faßte seine Hände, umarmte ihn und dankte ihm mit bewegter Stimme für die Sorge und Liebe, mit der sich alle ausländischen Kameraden der Kinder von Biar angenommen hätten“ (Miltenberger 1976: 253).

Über Gurs, Brüssel und wiederum Gurs, Paris und Brüssel gelangte Albert Riebeling nach Köln und Dortmund-Hamm, wo er wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Aus dem Zuchthaus Kassel-Wehlheiden wurde er im April 1944 in das KZ Sachsenhausen überführt und im Block 51 interniert. Mit dem Todesmarsch gelangte er bis nach Crivitz. Nach seiner Befreiung heiratete er, übernahm in Crivitz die Ortspolizei und übte verschiedene Funktionen beim Aufbau der Volkspolizei aus. Er war Bezirkssekretär des Deutschen Friedensrates und Sekretär der Kreisdienststelle der VdN. Er verstarb nach kurzer schwerer Krankheit im 61. Lebensjahr.

KARL ROSENFELD

* 6. JUNI 1898, PODEJUCH BEI STETTIN (SZCZECIN)

– 16. JUNI 1988, ROSTOCK

Aufgewachsen in einer Arbeiterfamilie mit acht Kindern, musste Karl Rosenfeld von Kindheit an zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Er arbeitete in der Landwirtschaft, auf Baustellen und ging als Matrose zur See. 1917 wurde er zur Kriegsmarine eingezogen und 1919 von einem Kriegsgericht wegen Teilnahme an der Novemberrevolution aus



Heer und Marine ausgeschlossen. 1923 trat er in die KPD ein und wurde im selben Jahr wegen Beteiligung an einem Streik zu drei Monaten Gefängnis und 1924 wegen „Landfriedensbruch“ – da er an einer Aktion gegen den Stahlhelmtag in Podejuch teilgenommen hatte – zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Als Kandidat zur Preußischen Landtagswahl kam er am 16. März 1933 in Schutzhaft und wurde in das KZ Sonnenburg gebracht. Nach Entlassung, erneut am 20. Januar 1934 verhaftet, verurteilte ihn das Kammergericht I Berlin in Stettin zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Ab 1943 gehörte er der Empacher-Krause-Gruppe an, die mit Geld und illegalen Quartieren Deserteure unterstützte und Verbindung zu ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen unterhielt. Im März 1945 wurde Karl Rosenfeld als Wehrmachtangehöriger nach Dänemark kommandiert. Nach dem Einrücken der britischen Truppen kehrte er nach Deutschland zurück. Er wurde Mitarbeiter der VdN-Dienststelle beim Rat des Bezirkes Rostock und gehörte mehrere Jahre dem Bezirkskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer an.

KARL RISCHE (SIEHE KAPITEL 4)

*** 31. MÄRZ 1905, BRACKEL – 8. MAI 1976, ROSTOCK**

KARL SASS

*** 2. NOVEMBER 1900, BERLIN**

– 10. SEPTEMBER 1972, BERLIN

Ab 1924 war Karl Sass Mitglied der KPD. Wegen Widerstandsaktivitäten wurde er in den KZ Flossenbürg und Oranienburg interniert. Wie aus der Erklärung des tschechischen Mithäftlings Sedlak Stanuslaus Brno-Cerna hervorgeht, leistete Karl Sass auch im Lager aktiven Widerstand:

„Der Genosse Karl Sass kam in das Konzentrationslager Oranienburg. Er war mit der Funktion des so genannten Zimmerdienstes auf dem Block der politischen Häftlinge betraut. Aus dieser Funktion ist er nach kurzer Zeit freiwillig in den Steinbruch abgegangen, da er nicht gewillt war, am Schlagen und Schikanieren der Häftlinge, wie die übrigen Zimmerdienstfunktionäre, teilzunehmen. [...] Nach der Errichtung der Werkstätten für die Herstellung von Flugzeugen wurde er als so genannter ‚Hauptkapo‘ bestimmt. In dieser Funktion half er sehr allen Mithäftlingen ohne Unterschied der Rasse und Nationalität, um ihr Schicksal erträglicher zu gestalten. Daher wurde er eines Tages wegen Sabotage in das Lagergefängnis gesetzt. [...] Er hat auch großen Verdienst an der Rettung von 18 politischen Häftlingen [...], welche in das Konzentrationslager Flossenbrück [sic!] aus Oranienburg zur Vernichtung gebracht wurden“ (Landesarchiv Greifswald: 200/9.2.1-2401).

JOSEF SCHARÉS

*** 28. JULI 1887, RODERSHAUSEN – 1. JUNI 1970, ROSTOCK**

Josef (Jupp) Scharés, gelernter Installateur, kam 1918 nach Rostock. 1920 wurde er KPD-Mitglied und schließlich in die KPD-Bezirksleitung, das Rostocker Stadtparlament

und zum Betriebsrat gewählt. Bereits in den ersten Märztagen des Jahres 1933 wurde Scharés verhaftet. In einem „Hochverratsprozess“ am 2. April 1935 gegen Franz Roß, Willi Schröder und Josef Scharés in Rostock wurde er wegen illegaler Tätigkeit in einem „Bildungsverein“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Unter diesem



Tarnnamen hatten sich Kommunisten nach dem Verbot des Rotfrontkämpferbundes in Rostock organisiert. Seine Haftstrafe musste Scharés im Zuchthaus Bützow-Dreibergen verbüßen. Insgesamt war er vier Jahre und achteinhalb Monate inhaftiert. Nach seiner Haftentlassung wurde es Josef Scharés verboten, in einem Großbetrieb zu arbeiten. Er hielt jedoch Verbindung zu Beschäftigten der Heinkel-Werke, die illegal ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene mit Nachrichten und Lebensmitteln versorgten. Diese Lebensmittel waren teilweise von einem Bäcker aus Kessin und einem Fischhändler aus Rostock zur Verfügung gestellt worden. Am 22. August 1944 wurde Scharés im Zuge der „Aktion Gewitter“ erneut inhaftiert. Nach der Befreiung setzte sich Scharés für den Wiederaufbau der Stadt ein. Er wurde zum Ersten Kreissekretär der KPD und später in die SED-Kreisleitung gewählt. Bis 1950 war er Warnemünder Stadtrat.

HERMANN SCHULDТ

* 23. JUNI 1896, ALT KARSTÄDT – 30. JANUAR 1980, TESSIN

Hermann Schuldt wuchs in einer armen Landarbeiterfamilie auf. Er trat 1919 in die KPD ein und wurde in die Bezirksleitung in Mecklenburg gewählt. Mehrere Jahre gehörte er der Reichstagsfraktion seiner Partei an. Selbst als Kleinbauer tätig, setzte er sich besonders für die Verbesserung der Lage der bäuerlichen Bevölkerung ein. Auf einer Kleinbauernkonferenz im Juli 1932 in Lübbtheen, bei der er referierte, wurde eine Resolution zum Kampf gegen den aufkommenden Faschismus beschlossen. Da er 1933 in die Illegalität ging und als Mitglied der illegalen Bezirksleitung die Verbindung zu den Genossen in den Unterbezirken aufrecht erhielt sowie Zusammenkünfte durchführte, stand er auf einer Liste der „noch festzusetzenden Funktionäre der KPD“. Auf ihn wurden 10.000 Mark Kopfgeld ausgesetzt. Um der Gefahr der Verhaftung zu entgehen, gelang es ihm unter erheblichen Schwierigkeiten und zeitweiliger Verhaftung in Prag über Polen die Sowjetunion zu erreichen. Dort meldete er sich zu den Internationalen Brigaden in Spanien. Hermann Schuldt kämpfte als Kommandeur des Zweiten Bataillons in der Internationalen Brigade „Hans Beimler“. Nachdem er Spanien verlassen musste, beteiligte sich Hermann Schuldt am illegalen Widerstand in Dänemark. Dort wurde er 1940 verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert. Am 11. November 1941 verurteilte ihn der Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus. 1945 aus dem Zuchthaus Wald-



heim durch die Rote Armee befreit, wurde er kurz darauf und bis Februar 1950 als Landrat des Kreises Ludwigslust tätig. Danach übte er verschiedene Funktionen in der SED aus.

WILHELMINE SCHULDТ

* 10. AUGUST 1898, ELDENA – 2. SEPTEMBER 1982, ROSTOCK

Seit 1920 Mitglied der KPD, unterstützte Wilhelmine Schuldt (geb. Düvel) die illegale Tätigkeit ihres Mannes während des Naziregimes. Sie besorgte Deckadressen und gab politisch verfolgten Genossen trotz größter Gefahr für sich und ihre Familie Unterkunft und verhalf ihnen zur Flucht. Mehrfach war sie Hausdurchsuchungen und Verhören ausgesetzt. Um den Aufenthaltsort ihres Mannes zu erpressen, wurde Wilhelmine Schuldt vom 12. Februar bis zum 12. März 1934 in „Schutzhaft“ genommen. Bis 1937 wurden 180 Hausdurchsuchungen bei ihr durchgeführt. Ihre Kinder wurden aus der Stadtschule entlassen und durften kein Handwerk erlernen. Wilhelmine Schuldt musste allein mit ihrer betagten Mutter die Familie durch die kleine Landwirtschaft ernähren. Nach 1945 war sie bis 1950 Stadtverordnete in Ludwigslust und Mitglied des Sozialausschusses.



BODO SCHULZ

* 20. AUGUST 1908 – 30. MÄRZ 1987, ROSTOCK

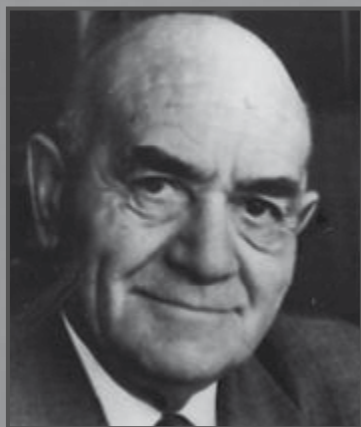
Bodo Schulz gehörte einer Widerstandsgruppe um Kurt Seibt an, der 1939 wegen illegaler Tätigkeit zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Bodo Schulz war von 1934 bis

1939 Bühnenarbeiter und Theatermeister am Deutschen Theater in Berlin. In dieser Zeit gehörte er der illegalen Parteileitung der KPD in Berlin-Bohnsdorf unter Leitung von Willi Gall an, der Ende 1939 von den Nazis verhaftet und im Januar 1941 hingerichtet wurde. Am 8. Dezember 1940 wurde auch Bodo Schulz festgenommen und 1941 „wegen Zersetzung der deutschen Wehrkraft und Vorbereitung zum Hochverrat“ zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Bis 1945 war er Häftling im Zuchthaus Brandenburg-Görden. Nach 1945 übte er Funktionen in der Gewerkschaft aus. So war er Abteilungsleiter im Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirksvorsitzender in Schwerin und Mitglied des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Eisenbahn.

JOHANNES WARKE

* 15. AUGUST 1896, PINNEBERG – 9. JANUAR 1984, ROSTOCK

Aus einer Arbeiterfamilie stammend, erlernte Johannes (Hans) Warnke den Beruf eines Dachdeckers und arbeitete in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Oldenburg und Mecklenburg. In dieser Zeit wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und der SPD. Ab 1915 zum Kriegsdienst eingezogen, beteiligte er sich an der Novemberrevolution und gehörte drei Monate der Hamburger Volkswehr des Arbeiter- und Soldatenrates an. 1918 trat er der USPD bei und nach deren Auflösung zur KPD über. Während der Inflationskrise 1923 schloss er sich



Bestrebungen an, eine Räterepublik auch mit Waffengewalt zu errichten. Dafür wurde er am 6. Mai 1924 verhaftet und vom Staatsgerichtshof zu zwei Jahren und vier Monaten Zuchthaus verurteilt. Von 1926 bis 1933 war er als Politischer Leiter der KPD Mecklenburg tätig. In den Jahren von 1920 bis 1924 und von 1927 bis 1931 war er Mitglied der Stadtvertretung in Güstrow und von 1924 bis 1933 Mitglied des Mecklenburgischen Landtages. Sein Engagement war darauf gerichtet, das Abwälzen der Lasten der Weltwirtschaftskrise auf die arbeitende Bevölkerung zu verhindern und eine antifaschistische Einheitsfront zu schaffen. Bereits am 13. März 1933 wurde Hans Warnke bei einer illegalen Zusammenkunft in Neustrelitz verhaftet. Daraufhin verbrachte er zweieinhalb Jahre im Gefängnis. 1937 und 1938 erneut in „Schutzhaft“ genommen, wurde er am 14. September 1939 in das KZ Sachsenhausen verschleppt, wo er die Häftlingsnummer 2368 erhielt. Dort half er anderen Genossen, darunter Bernhard Quandt, von Körper zehrender Arbeit wegzukommen, indem er sie unter der Hand kurzfristig als Dachdecker anlernte. Am 23. Dezember 1939 wurde er aus dem KZ entlassen. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 fand er sich, vor seiner abermaligen Überführung nach Sachsenhausen, im Zuchthaus Bützow-Dreibergen in einer Zelle mit Landtagsabgeordneten der SPD wieder. Aus dem KZ entlassen, nahm er im Frühjahr 1945 die wenigen Möglichkeiten illegaler Tätigkeit wahr und trug mit einer kleinen Gruppe durch Kontaktaufnahme zur Roten Armee zur kampfflosen Übergabe der Stadt Güstrow am 2. Mai 1945 bei. In den Jahren der Verfolgung und des Neubeginns stand ihm seine seit 1924 mit ihm verheiratete Frau Emma zur Seite. Nach Kriegsende leitete Warnke im Auftrag des Stadtkommandanten Maßnahmen zur Normalisierung des Lebens und zur Unterbringung von Flüchtlingen ein. Zudem wurde er als Bürgermeister und Oberbürgermeister für den erweiterten Landkreis Güstrow eingesetzt. Bei der Bildung

der Landesverwaltung für Mecklenburg-Schwerin am 4. Juli 1945 wurde Hans Warnke (KPD) zum Vizepräsidenten berufen und bei den Landtagswahlen 1946 bestätigt. 1946 wurde Hans Warnke in den Parteivorstand, später in das Zentralkomitee der SED gewählt, aus dem er 1981 ausschied. Mit Gründung der DDR gehörte er bis 1963 der Volkskammer an. Nach kurzfristiger Tätigkeit als Staatssekretär im Innenministerium der DDR wurde er am 1. August 1952 zum Ratsvorsitzenden des Bezirkes Rostock gewählt. 1960 wurde er Direktor der Hafenbehörde Rostock und stand dem Büro des Präsidenten der Direktion Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft vor. Schmerzhaft mussten Hans Warnke und seine Frau 1956 erfahren, dass sein mit in die Ehe eingebrachter Stiefsohn, Karl-Heinz Schmidt, der 1932 als Autenschlosser in die Sowjetunion gegangen war, den stalinistischen Verfolgungen zum Opfer gefallen war. Nach seinem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben engagierte sich Warnke für die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung.

ERNST WATERSTRAAT

*** 29. MÄRZ 1905 – 3. NOVEMBER 1987, ROSTOCK**

Ernst Waterstraat, von Beruf Klempner und Installateur, gehörte zunächst dem Kommunistischen Jugendverband an. Bereits mit 14 Jahren beteiligte er sich an einer Aktion von Wismarer Arbeiterinnen und Arbeitern. Sie hinderten im Juli 1919 ein Jägerbataillon unter General Lettow-Vorbeck daran, per Zug nach Hamburg



zur Niederschlagung eines Arbeiteraufstandes zu gelangen. Dabei hatten sie Soldaten Waffen entrissen und Weichen ausgebaut, so dass der Zug nicht abfahren konnte. 1927 trat Waterstraat in die KPD ein. Als Stadtverordneter setzte er sich in Wismar für die Landbevölkerung ein. 1933 gehörte Waterstraat der illegalen Wismarer KPD-Parteiorganisation an und zeichnete für die Ausarbeitung von Flugblättern verantwortlich. Er war bis 1933 Leiter der Roten Hilfe in Wismar, der es bis Sommer 1934 gelang, politische Aktivitäten aufrecht zu erhalten. Am 28. Februar 1933 erstmals verhaftet, wurde Waterstraat am 30. April 1934 und am 23. September 1937 – im Zuge eines Militärmanövers in Mecklenburg, an dem Hitler und Mussolini teilnahmen – erneut in „Schutzhaft“ genommen. Am 6. Dezember 1934 verurteilte ihn das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg in dem Prozess gegen Blohm und Genossen zu 18 Monaten Haft, die er im Zuchthaus Bützow-Dreibergen verbringen musste. Nach der Befreiung vom Naziregime befasste sich Ernst Waterstraat mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Widerstandes gegen die Nazidiktatur. Mehrere Jahre gehörte Waterstraat dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer an.

ALFRED WEBER

*** 10. DEZEMBER 1904, MAGDEBURG
– 30. MÄRZ 1985, ROSTOCK**

Alfred Weber schloss sich mit 15 Jahren dem Jugendbund Freiheit an. Von Beruf Schneider, war er ab 1922 KPD-Mitglied und als Arbeiterkorrespondent ehrenamtlich für das KPD-Organ „Tribüne“ tätig. Er wurde in Magdeburg zum Vorsitzenden des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller gewählt. Seit 1931 war er insbesondere auf kulturellem Gebiet und im Bund der Freunde der Sowjetunion tätig. Wegen illegaler Tätigkeit wurde Weber 1936 verhaftet und zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach

Verbüßung der Strafe kam er nicht frei, sondern wurde in das KZ Buchenwald überstellt und bis August 1943 festgehalten. In Buchenwald gehörte er der illegalen Lagerleitung an. Nach 1945 arbeitete Weber als Journalist in Magdeburg, Halle und Rostock. Sein besonderes Engagement galt der Erforschung des antifaschistischen Widerstandes und von Nazi-Verbrechen. Erste Veröffentlichungen über das KZ-Außenlager Barth und Peenemünde sind maßgeblich auf ihn zurückzuführen. Alfred Weber gehörte dem Buchenwaldkomitee und dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer im Bezirk Rostock an.

RUDOLF WEBER

*** 23. SEPTEMBER 1905,**

MAFFERSDORF/KREIS REICHENBERG (LIBEREC)

– 3. JUNI 1979, ROSTOCK

Der Sohn einer Arbeiterfamilie, von Beruf Schlosser, war seit seinem 17. Lebensjahr im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und seit 1927 in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei organisiert. Im April 1939 emigrierte er in die Sowjetunion. Zu Beginn des Jahres 1944 meldete er sich freiwillig zur tschechoslowakischen Auslandsarmee und kämpfte als Leutnant der Fallschirmjäger und als Partisan im Großen Vaterländischen Krieg. Nach Kriegsende siedelte Weber 1946 zunächst nach Halle über und übernahm verschiedene Funktionen in der SED im Raum Sachsen-Anhalt, später in Rostock.

JOHANN WESOLEK

*** 25. AUGUST 1907, BOXHAGEN – 10. JUNI 1968, ROSTOCK**

Die Eltern von Johann (Johannes) Wesolek, Frida und Stanislaus Wesolek sowie sein Großvater, Emil Hübner, gehörten bis 1941 der Widerstandsgruppe um Adam Kuckhoff, Wilhelm Guddorf und John Sieg an. Sie unterhielten Funkkontakte zum sowjetischen Nachrichtendienst und unter-

stützten die Berliner Gruppe der Roten Kappelle. Im Oktober 1942 wurde die gesamte Familie – auch Johann Wesolek und sein Bruder Walter – in Haft genommen. Die Eltern wurden im Frühjahr 1943 zum Tod verurteilt und in Plötzen-see hingerichtet. Johann Wesolek erhielt eine lebenslängliche Zuchthausstrafe, die er im Zuchthaus Brandenburg verbüßen musste. Er wurde dort als Werkstattschreiber in die Rüstungsproduktion der Firma Bosch einbezogen. Wesolek schloss sich einer Widerstandsgruppe an. Diese Gruppe verhinderte unter anderem die Verlegung eines Mithäftlings in das von ihnen als Todeslager bezeichnete KZ Mauthausen, indem es ihnen gelang zu „beweisen“, dieser sei für die kriegswichtige Produktion der Firma Bosch unabkömmlich. In der Nachkriegszeit kam Johann Wesolek zur Volksmarine. Später war er als Schriftsteller tätig und thematisierte den Widerstandskampf gegen das Naziregime in dem Roman „Im Widerstreit“.

KURT WESTPHAL

*** 31. DEZEMBER 1913, BERLIN – 5. JUNI 1986**

Aufgewachsen in einer Arbeiterfamilie, absolvierte Kurt Westphal eine Lehre als Feinmechaniker. Er trat bereits in seiner Jugend dem Berliner Arbeitersportverein „Fichte“ und dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei. Er wurde 1930 Mitglied der KPD und der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit. Ab



1933 war er illegal, als Literaturobmann tätig. Die Widerstandsgruppe Werner Seelenbinder druckte in seiner

Wohnung illegale Zeitungen. Auch fanden dort konspirative Treffen statt. Bei seiner Verhaftung wurden Schreibmaschine und „Abziehapparat“ beschlagnahmt. Am 13. November 1934 verhaftet und in das Polizeipräsidium Berlin-Neukölln gebracht, wurde er im Verfahren gegen Kirchberg und Genossen am 17. Mai 1935 vom Kammergericht Berlin zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt und im Gefängnis in Berlin-Tegel interniert.

3.2 Gedenktafeln

Der vertieft liegende, über Treppen erreichbare Gedenk- und Kundgebungsplatz in unmittelbarer Nähe zum Urnenfeld, der seitlich von Stützmauern begrenzt wird, ist nur in seinen Grundstrukturen erhalten. Bis zur politischen Wende 1989/1990 wurden an dieser Stelle 50 Gedenktafeln angebracht. Mit ihnen wurde überwiegend Verfolgten des Naziregimes gedacht, die an anderer Stelle des Neuen Friedhofes oder auf anderen Friedhöfen bestattet worden sind oder denen wie Alfred Schulze, einem der ersten Rostocker NS-Opfer, keine würdige Grabstätte gegönnt war, weil sie im Konzentrationslager umgekommen sind. Für die konkrete gestalterische Konzeption des Platzes zeichnete nach dessen grober Fertigstellung die Kommission zur Betreuung alter verdienstvoller Parteimitglieder der Rostocker SED verantwortlich. Auf Vorschlag der Kommission wurde 1970 an einer Seitenmauer eine Hinweistafel angebracht, deren Inschrift das Friedhofsareal rahmte:

„Mit diesen Tafeln wird der Kämpfer gegen Imperialismus und Krieg – für Frieden und Sozialismus gedacht, die an anderer Stätte beigesetzt sind“ (Landesarchiv Greifswald: 200/2.1.1-8517).

Nach Ende des Naziregimes wurde Kurt Westphal 1946 SED-Mitglied und übernahm verschiedene Parteifunktionen. Von 1950 bis 1954 gehörte er als Abgeordneter der Volkskammer an. 1952 wurde Westphal zum Minister für Lebensmittelindustrie der DDR und 1958 zum Vorsitzenden des Wirtschaftsrates im Bezirk Rostock berufen. 1974 übernahm er die Funktion des Vorsitzenden des Rostocker Bezirkskomitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer.

Eine Böschung überdeckt frühere Spuren einer Gedenk- wand sowie einer einfach gehaltenen Tribüne, die mit einer etwa sechs Meter hohen Stele und unter der Hinzunahme von Feuerschalen den Rahmen für Gedenkveranstaltungen bildete. Die SED-Stadtleitung hatte nach der Errichtung des Platzes über eine Inschrift der Gedenk- wand zu befinden: „Ruhm und Ehre den unsterblichen Kämpfern für den Sozialismus“ war bis 1990 in metallenen Lettern darauf zu lesen. Der Platz wurde – wie bereits erwähnt – weitgehend in seinem ursprünglichen Zustand belassen. Nachdem jedoch die ersten Gedenktafeln aufgrund fehlender Pflege- und Instandsetzungsarbeiten aus ihren Halterungen rissen, wurden diese im Jahr 2009 auf Geheiß der Friedhofverwaltung vorübergehend eingelagert. Diese Gedenktafeln erinnerten unter anderem an Rostocker, die wie Hans Mahncke und Leopold Fox der größten Widerstandsgruppe der Stadt angehörten oder die wie Emma Warnke und Margarete Tosch andernorts und in anderer Weise Widerstand gegen das Naziregime leisteten. Einige kehrten zurück aus der Emigration wie Karl Mewis und Franz Kübelbäck aus Norwegen bzw. England.

BIOGRAPHISCHE KURZINFORMATIONEN

FRANZ BERGS

* 18. FEBRUAR 1910, KREFELD
– 16. SEPTEMBER 1979, ROSTOCK

Als Mitbegründer und Leiter der KPD-Ortsgruppe in Krefeld wurde Franz Bergs 1933 verhaftet und 1934 von einem Sondergericht zu elf Jahren Haft verurteilt. In der BRD sah er sich im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot juristischen Verfolgungen ausgesetzt und wurde mehrfach inhaftiert, weshalb er 1966 in die DDR übersiedelte.

OTTO BECKENTIN

* 27. JANUAR 1888, ROSTOCK – 6. FEBRUAR 1963, ROSTOCK

Mit 18 Jahren trat Otto Beckenthin in die SPD ein. An der Niederschlagung des Kapp-Putsches war er als Zugführer beteiligt. Von 1924 bis 1933 war er Leiter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Warnemünde. 1933 wurde Beckentin verhaftet und stand ein Jahr und sechs Monate unter Polizeiaufsicht. Er leistete illegale Arbeit als Verbindungsmann nach Dänemark. Nach Kriegsende war Otto Beckentin Erster Vorsitzender der SPD in Warnemünde, später übernahm er verschiedene Funktionen in der SED. Bis Mitte 1956 war er Ortsbeauftragter der Stadt für den Ortsteil Lütten Klein. Als 1956 die LPG Lütten Klein gebildet wurde, wählten ihn die Mitglieder zum Vorsitzenden. Bis 1957 war er Stadtverordneter des Stadtbezirkes Warnemünde.

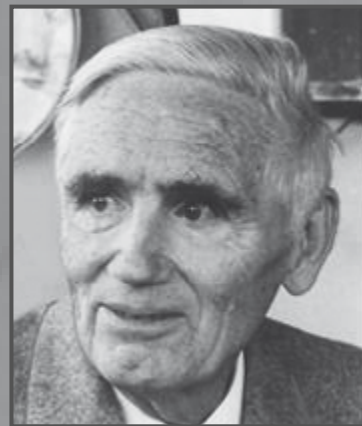
KARL BITTEL

* 22. JUNI 1892, DARMSTADT – 18. APRIL 1969, ROSTOCK

Karl Bittel, Sohn eines Bankbeamten, arbeitete nach dem Abitur in Freiburg als Volontär bei der „Volksstimme“. Als Student schloss er sich der Arbeiterbewegung und dem „Wandervogel“ an. Das Studium der Volkswirtschaft,

Rechtswissenschaft und Geschichte an den Universitäten Heidelberg, Freiburg und Tübingen schloss Bittel 1915 mit der Promotion zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften ab. Er trat 1919 der KPD bei und bekleidete Parteiämter sowie Leitungsfunktionen innerhalb des Genossenschaftswesens. Zudem fungierte Bittel als Herausgeber diverser KPD-Organe und Dozent an der Parteischule in Jena sowie der Marxistischen Arbeiterschule in Berlin.

Von Berlin aus organisierten Karl und Mia Bittel antifaschistische Aktivitäten, weshalb Anfang 1933 zum wiederholten Mal ihre Wohnung durchsucht wurde. Karl Bittel konnte einer Verhaftung entgehen, woraufhin die Familie in Absprache mit der KPD im Mai 1933 nach Ludwigshafen am Bodensee verzog. Dort wurde Karl Bittel im Juni von der Gestapo verhaftet und als „Schutzhäftling“ bis 1934 in den württembergischen Konzentrationslagern Heuberg und Kuhberg interniert, wo er Zwangsarbeit im Steinbruch verrichten musste. Nach seiner Entlassung blieb Bittel bis 1945 unter Polizeiaufsicht und war zeitweilig in den Gefängnissen Stockach und Konstanz inhaftiert. In Baden wurde Karl Bittel nach 1945 für die KPD aktiv, VVN-Vorsitzender und Mitbegründer der KPD-Zeitung „Unser Tag“. Nach der Übersiedlung in die SBZ (1949) wurde er Chefredakteur der Halbmonatszeitschrift „Dokumentation der Zeit“ sowie Geschäftsführer und später Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte in Berlin. Einer Honorarprofessur in Leipzig folgten 1957 die Berufung zum Professor für Zeitgeschichte an die Berliner



Humboldt-Universität, Gastvorlesungen in der Sowjetunion sowie ein Lehrauftrag in Rostock. 1958 war Bittel Berater für das DDR-Außenministerium und ab 1963 Mitglied im DDR-Kulturbund. Er war stellvertretender Vorsitzender des Kulturbundes im Bezirk Rostock. Karl Bittel wurde auf dem Friedhof seines letzten Wohnortes in Ahrenshoop beigesetzt.

MIA BITTEL

*** 20. MAI 1890, MAGDEBURG – 30. OKTOBER 1968, ROSTOCK**

Die Tochter eines Eisenbahningenieurs arbeitete nach dem Schulbesuch von 1896 bis 1906 in Frankfurt/Oder als Büroangestellte, Gutssekretärin und Redakteurin. Der Beschäftigung in einem Sanatorium bei Kolmar (Chodzież) aus der sie nach eigenen Angaben „wegen sozialer Unruhestiftung“ entlassen worden war, folgten eine Anstellung als Arztgehilfin in Kiel und ein Studium der Volkswirtschaft in Tübingen. 1914 heiratete sie Karl Bittel. Nach der Geburt von Sohn Viktor im Jahr 1917 verstetigte sich das gesellschaftliche Engagement der Familie. Mia Bittel organisierte sich im linken Flügel der Freideutschen Jugend, gab gemeinsam mit ihrem Mann die „Politischen Rundbriefe“ heraus und beteiligte sich an der Novemberrevolution. Sie trat zunächst in die USPD und 1919 in die KPD in Esslingen ein, deren Parteivorstand sie schließlich angehörte. Im Folgejahr wurde ihr zweiter Sohn Karl geboren. Während des Kapp-Putsches und des württembergischen Steuerstreiks war Bittel Mitglied der Streikleitung. Von 1922 bis 1924 bekleidete sie diverse politische Ämter, unterstützte die Jugendarbeit der Partei und leitete verschiedene Fürsorgeeinrichtungen. Nach der Festnahme und Überstellung ihres Mannes in die KZ-Haft musste Mia Bittel sich und ihre Kinder mit einer Handweberei durch eine schwere Hungerzeit bringen. Zeitgleich hielt sie mit einer illegalen Gruppe in Stockach den Widerstand aufrecht. Illegal reiste die in-

zwischen dreifache Mutter in die Schweiz, beschaffte sich Literatur, traf sich mit dem befreundeten Dichter Johannes R. Becher und beteiligte sich an konspirativen Treffen. Zudem unterstützte sie Kommunisten wie den Schriftsteller Ludwig Renn bei der Emigration. Infolge ihrer politischen Tätigkeit kam es zu Wohnungskündigungen, Hausdurchsuchungen und zur Inhaftierung, aus der sie jedoch nach acht Tagen wieder entlassen wurde. Nach 1945 organisierte sich Mia Bittel abermals in der KPD, trat jedoch auch überparteilich für die Rechte der Frauen ein. Sie war Mitglied im badischen Frauenring und beteiligte sich 1948 als Rednerin am Interzonalen Frauenkongress in der Paulskirche in Frankfurt am Main. Nach ihrem Umzug nach Ost-Berlin 1949 wurde Mia Bittel für die SED tätig und arbeitete von 1951 bis 1954 für den Friedensrat der DDR. Ab 1963 wohnte die Familie in der Klement-Gottwald-Straße (heutige Parkstraße) in Rostock und im Ostseebad Ahrenshoop. Sie wurde auf dem Friedhof in Ahrenshoop beigesetzt.

ERICH BLUHM

*** 26.09.1906, AHLBECK – 31.10.1984, ROSTOCK**

Erich Bluhm war Sohn eines Landarbeiters. Er erlernte den Beruf des Schneiders, arbeitete jedoch später als Isolierer bei Blohm und Voß in Hamburg. Er wurde aktives Mitglied in der Gewerkschaft, im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und 1928 in der KPD. Wegen seines Einsatzes bei Streiks und seiner Mitgliedschaften in der Gewerkschaft und der KPD wurde er noch vor 1933 entlassen. Wegen illegaler politischer Arbeit im Hamburger Stadtteil Hammerbrook verhaftete ihn 1933 die Gestapo, woraufhin er für zehn Monate im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel inhaftiert wurde. Wegen seiner Zugehörigkeit zur illegalen Stadteilleitung 1934 erneut verhaftet und zu 15 Mo-

naten „Schutzhäft“ verurteilt, nahm Bluhm nach seiner Entlassung Verbindung zur Anton-Saefkow-Gruppe auf. Nach 1945 übte er verschiedene Funktionen im Kreis Greifswald aus, unterstützte den Aufbau der Antifa-Jugend und die Bodenreform. Ab 1947 half er beim Aufbau der Deutschen Volkspolizei im Bezirk Rostock, wo er bis zu seiner Invalidisierung 1963 unter anderem an der Landespolizeischule tätig war.

ARTUR BULL

*** 11. OKTOBER 1905, WARNEMÜNDE**
– 23. AUGUST 1983, WARNEMÜNDE

Mit 15 Jahren trat Artur Bull dem Landarbeiterverband und mit 16 der SPD bei. Nach zweijähriger SPD-Mitgliedschaft trat er zur KPD über, organisierte sich im Rotfrontkämpferbund, der Internationalen Arbeiterhilfe, der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition und leitete den Proletarischen Freidenkerverband. Ab 1928 leitete Bull die Warnemünder Ortsgruppe der KPD und wurde zum Stadtverordneten gewählt. 1933 organisierte er die illegale Unterbringung von führenden Mitgliedern der KPD Mecklenburg in Warnemünde. Als Unterbringung und Ort für konspirative Treffen diente das Haus eines mit der KPD sympathisierenden Fischers. Artur Bull wurde mehrfach verhaftet und inhaftiert. So auch nach einem Brand auf dem zu den Ernst-Heinkel-Flugzeugwerken gehörenden Warnemünder Flugfeld im Juli 1934. Auf Geheiß des „Geheimen Staatspolizeiamtes“ in Berlin verhörte die Gestapo insgesamt 30 Rostocker und fünf ihnen bekannte Warnemünder Gegner des Naziregimes, darunter KPD- und SPD-Mitglieder. Wie Artur Bull wurden sie anschließend als „Schutzhäftlinge“ in das Zuchthaus Bützow-Dreibergen überstellt. Nach Ende des Naziregimes engagierte sich Bull an führender Stelle für die KPD in Warnemünde. Aus seinem Dienst für die Volkspolizei, für die er zuletzt als Oberkommissar arbeitete,

schied er 1949 auf eigenen Wunsch aus. Er wurde zunächst Kreisbeauftragter der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle und arbeitete später im Bau- und Wohnungswesen der DDR. Er war Mitglied der Kreiskommission der VdN. Seine Beisetzung erfolgte auf dem Warnemünder Friedhof.

RUDOLF EBERT

*** 5. SEPTEMBER 1897 – 6. SEPTEMBER 1973**

Rudolf Ebert wurde als eines von zwölf Kindern und Sohn eines Dorfschullehrers geboren. Während des Ersten Weltkrieges arbeitete der gelernte Schlosser bei den Škoda-Werken in Pilsen (Plzeň) bis, er im Januar 1918 zum Militärdienst eingezogen wurde und als Soldat an der italienischen Front kämpfte. Bereits im Mai 1917 dem Internationalen Metallarbeiterverband beigetreten, wurde er 1923 Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und gehörte dem erweiterten Zentralkomitee an. Außerdem war er aktiv in der Gewerkschaft, der Roten Hilfe, im Sport und als Gemeindevertreter tätig. 1938 mehrfach wegen Verstößen gegen das Versammlungs- und Pressegesetz verurteilt, leistete Ebert aktiven Widerstand gegen das Naziregime und verhalf Genossen zur Emigration. Bevor er selbst mit seiner Frau und seinem Sohn emigrieren konnte, wurde er am 17. März 1939 von der Gestapo in Haft genommen und von Prag über Dresden am 22. Juni in das KZ Dachau verbracht. Später wurde er in das KZ Buchenwald überführt, wo er bis zum 20. April 1940 festgehalten wurde. Anschließend war Rudolf Ebert bis zur Befreiung 1945 in einem Metallbetrieb dienstverpflichtet. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli wurde er im August 1944 erneut von der Gestapo verhaftet, die ihn aus Mangel an Beweisen kurz darauf wieder in die Freiheit entließ. Nach der Kapitulation übernahm die Gruppe um Ebert bis zum Eintreffen tschechischer Trup-

pen die Verwaltung des Betriebes. Rudolf Ebert wurde von Mai bis September 1945 als Bürgermeister von Eibenberg eingesetzt. Schließlich leitete er die Umsiedlung mit den so genannten Antifa-Transporten in die Sowjetische Besatzungszone. Über das thüringische Münchenbernsdorf kam er nach Mecklenburg und wurde für das Ludwigsluster Landratsamt, die Volkspolizei und die Konsumgenossenschaft tätig.

LEOPOLD FOX

* 12. NOVEMBER 1884, FRIEDENSHÜTTE (NOWY BYTOM)

– 24. APRIL 1964, ROSTOCK

Leopold (Leo) Fox, Sohn eines Bergarbeiters, erlernte nach dem Schulbesuch in Kattowitz (Kattowice) das Töpfer- und Ofenbauer-Handwerk. Er engagierte sich in Arbeitervereinen sowie ab 1910 in der SPD und arbeitete in Deutschland und Österreich. 1914 wurde er unfreiwillig als Ersatzreservist eingezogen. Der USPD beigetreten, kam er 1919 von Leipzig nach Rostock. 1920 wurde er KPD-Mitglied und stieß zur Roten Hilfe, dem Freidenkerbund sowie der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH). Die Familie wohnte in der Grubenstraße 50. Fox unterstützte die streikenden Rostocker Werftarbeiter und organisierte 1932 und 1933 trotz Verbot Kinderferienlager der IAH.

„Einige Tage danach wurde ich zur Polizei geladen, und der Kriminalbeamte Schmidt I, genannt Bulldogge, vernahm mich. Er sagt zu mir: ‚Sie haben das Kinderferien-



lager doch trotz des Verbots durchgeführt.’ Ich antwortete ihm: ‚Nein, ich habe kein Ferienlager durchgeführt. [...] wir haben nur ein Wochenendlager durchgeführt, und dafür brauchen wir ihre Genehmigung nicht!’ Er sagte: ‚Sie waren aber länger dort.’ ‚Ja, weil es uns so gut gefallen hat, und wir genügend Zeit hatten, sind wir länger geblieben.’ Nach einiger Zeit erhielt ich ein Strafmandat von über 100 Mark und 10 Tage Haft. Gegen dieses Urteil erhob ich Einspruch. So wurde mir diese Strafe erlassen, und ich wurde wegen verbotenen Sammelns von Geld nach einem Kriegsgesetz von 1916 zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Auch dieses Urteil erkannte ich nicht an; da wir keinen Krieg hätten, sei auch das Gesetz nicht mehr gültig. Zu Weihnachten erhielt ich vom Gericht ein Schreiben, dass das Verfahren gegen mich eingestellt worden sei, da es unter Amnestie fiele“ (Fox 1976: 80).

Vom 2. Februar bis zum 14. April 1933 wurde der zweifache Familienvater in „Schutzhaft“ genommen. Nach der Entlassung musste er zweimal täglich bei der Polizei vorstellig werden. Trotz scharfer Kontrollen suchte er Kontakt zur KPD in Dänemark und traf sich mit einem Parteimitglied aus Kopenhagen. Entgegen der Warnung seines Freundes Hans Warnke hielt er die illegalen Kontakte aufrecht. Am 28. September 1938 wurde Leopold Fox schließlich an seiner Arbeitsstelle verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt. Trotz Freispruch wurde er festgehalten und am 28. Januar 1939 in das KZ Sachsenhausen überstellt, wo er die Häftlingsnummer 11307 erhielt und über sechs Jahre inhaftiert wurde. Am 20. April 1945 wurden die KZ-Häftlinge von der SS auf den Todesmarsch getrieben. Bei Parchim wurde Fox am 3. Mai von der Roten Armee befreit. Nach 1945 wohnte Leopold Fox im Eikbomweg 16 in Rostock-Reutershagen. Er wurde wieder für die KPD aktiv und arbeitete im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund mit. Für den Rat der Stadt Rostock in verschiedenen Funktio-

nen tätig, war er unter anderem mit der Leitung eines Kinderheims im Stadtteil Bramow beauftragt. Zudem war Fox Mitglied im OdF-Ausschuss.

ELISABETH GRIEHL

*** 15. DEZEMBER 1893 GOLLNOW (GOLENIÓW)**

– 2. NOVEMBER 1973 GREIFSWALD

Elisabeth Griehl (geb. Ehlert) besuchte die Volksschule in Stettin (Szczecin) und ließ sich anschließend zur Näherin ausbilden. 1923 trat sie der KPD bei. Ihr Ehemann, Max Griehl, wurde 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Nach der Entlassung aus der Haft musste er sich ein Jahr lang täglich bei den örtlichen Polizeibehörden melden. Während des Zweiten Weltkriegs organisierten sich die Eheleute Griehl in der Stettiner Widerstandsgruppe um Werner Krause und Walter Empacher. Im Dezember 1944 wurde Max Griehl erneut von der Gestapo verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen am illegalen Aufbau der KPD in Stettin mitgewirkt zu haben. Elisabeth Griehl selbst entkam nur mit Glück einer Verhaftung, da ihre Widerstandstätigkeit unentdeckt blieb.

„Ein Großteil der Gruppe war schon vorher verhaftet durch Verrat von Lemm und Blödorn. Lemm war Mitglied der Aktivgruppe, zu der wir Verbindungsmann waren. [...] Ich hatte dieselbe Arbeit gemacht wie mein Mann, scheinbar ist Lemm vor dem Verrat zurückgeschreckt, weil ich Frau und Mutter war“ (Landesarchiv Greifswald: 200/9.2.1-878).

Sieben Mitglieder der Widerstandsgruppe wurden zum Tod verurteilt und hingerichtet. Nach Verhören wurde Max Griehl in das Gerichtsgefängnis Stettin überführt. Der Volksgerichtshof beim Landgericht Stettin verurteilte ihn am 9. Februar 1945 zu einer einjährigen Haftstrafe. 1945 traten Elisabeth und Max Griehl der KPD bei. Später übernahmen sie verschiedene Parteifunktionen in der SED.

AUGUST HENCK

*** 6. JULI 1906, ROSTOCK – 1. AUGUST 1950, ROSTOCK**

Aus einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie stammend, schloss sich August Henck dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, mit 19 Jahren der KPD und später dem Rotfrontkämpferbund sowie der Roten Hilfe an. Von Beruf Kellner und zeitweilig von Arbeitslosigkeit betroffen, arbeitete er im Hotel- und Gaststättengewerbe. Nach dem Reichstagsbrand im März 1933 in „Schutzhaft“ genommen, wurde August Henck Ende Mai des Jahres aus der Haft entlassen, wegen illegaler politischer Betätigungen jedoch erneut Mitte September desselben Jahres und im Juli 1934 von der Gestapo festgenommen. Zwischen Oktober und Dezember 1934 fanden im Rostocker Ständehaus zahlreiche Prozesse gegen Rostocker NS-Gegner statt. Zu 18 Monaten Gefängnishaft verurteilt, wurde August Henck wegen „Hochverrat“ vom 14. Dezember 1934 bis zum 14. Juni 1936 im Zuchthaus Bützow-Dreibergen inhaftiert. Nach der Entlassung organisierte sich Henck erneut in Rostocker Widerstandskreisen, die, als Kartenspieler getarnt, zu konspirativen Treffen in der Gastwirtschaft von Hermann Dreier zusammenkamen. August Henck, der wegen seiner politischen Aktivitäten zunächst als „wehrunwürdig“ galt, wurde im Februar 1943 zum Kriegsdienst eingezogen und dem Strafbataillon 999 zugeteilt. Wegen des Vorwurfs der Wehrkraftzersetzung wurde Henck im griechischen Agrinio zu Dunkelarrest und sechs Wochen Strafarbeit verurteilt. Unter erheblichen gesundheitlichen Folgeschäden und an einer Nierenentzündung und Malaria erkrankt, wurde August Henck 1944 in ein Lazarett in Osttirol eingewiesen. Nach Kriegsende kehrte August Henck zurück nach Rostock. Gemeinsam mit seiner Frau wohnte er in der Margarethenstraße 51. August Henck war ab 1946 für die Volkspolizei tätig und wurde Leiter der Landespo-

lizeischule in Grevesmühlen, wo er für die Ausbildung der angehenden Volkspolizisten in den Gesellschaftswissenschaften verantwortlich war.

ADOLF HERRMANN

*** 13. JUNI 1909 DOLNI-SUCHA**

– 10. SEPTEMBER 1966, ROSTOCK

Seit 1931 Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und deren Bezirksleitung, wurde er nach dem Einmarsch der Wehrmacht von der Gestapo verhaftet. Nach seiner Freilassung nahm er Verbindung zu österreichischen Widerstandsgruppen auf und wurde in der Gruppe Reißer tätig. 1946 kam er mit einem so genannten Antifa-Transport nach Halle. Von 1946 bis 1961 übte er verschiedene Tätigkeiten in der Deutschen Versicherungsanstalt (später Staatliche Versicherung der DDR) aus – so als Bezirksdirektor in Magdeburg und von 1955 bis 1961 in Rostock. Zudem war er von 1949 bis 1951 Kreisvorsitzender der VdN in Magdeburg und bis 1961 Vorsitzender des Bezirkskomitees in Rostock.

MARGARETE KETELHOHN

*** 17. FEBRUAR 1884, SCHWERIN – 28. MAI 1969, ROSTOCK**

Margarete Ketelhohn erlernte nach dem Besuch der Volksschule den Beruf einer Schneiderin. 1907 wurde Ketelhohn Mitglied der SPD. Von 1920 bis 1921 war die Sozialdemokratin Vorsitzende des Rostocker Hausangestelltenverbandes. Als erste Frau in den Landtag gewählt, gehörte sie diesem von 1920 bis 1933 an. Zudem war sie von 1925 bis 1927 Stadtverordnete in Rostock. Zeitweilig fungierte sie als Vorstandsmitglied der Rostocker SPD und Vorsitzende der 1919 gegründeten SPD-Frauengruppe und gehörte dem Bezirksvorstand der SPD Mecklenburg-Lübeck sowie der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Lübeck an. Aufgrund ihrer politischen Aktivitäten stand sie in der Zeit des Nazire-

gimes unter Polizeiaufsicht. Sie musste sich als einzige Frau in Rostock täglich und zu verschiedenen Tageszeiten bei der Polizei melden. Mehrfach wurden ihre Wohnung durchsucht und Bücher und Redemanuskripte beschlagnahmt. Ein Angebot der Nazis, für den „Niederdeutschen Beobachter“ über die NS-Frauenschaft zu schreiben, lehnte sie ab. Nach 1945 engagierte sich Margarete Ketelhohn wieder für die SPD. Sie gehörte zu den Mitbegründerinnen vom Antifaschistischen Frauenausschuss und dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands in Rostock an. Ab 1946 war sie Mitglied im SED-Bezirksvorstand.

WILLY KNUTH

*** 20. FEBRUAR 1896, BERLIN**

– 30. JULI 1958, KÜHLUNGSBORN

Willy Knuth wurde als Sohn eines Arbeiters in Berlin geboren und wuchs in Pyritz (Pyrzyce) in Pommern auf. Nach dem Besuch der Volksschule arbeitete er in der Landwirtschaft, bis er am 2. November 1915 zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Bei Dünaburg (Daugavpils) geriet er in russische Kriegsgefangenschaft und kam in das Lager Sretensk in Sibirien. Im April 1918 trat er der Roten Armee bei. Zurück in Deutschland organisierte er sich in der Gewerkschaft und in der KPD, für die er verschiedene Ämter übernahm. Zudem wurde er unter anderem im Rotfrontkämpferbund, in der Roten Hilfe und im Kampfbund gegen den Faschismus aktiv. Am 15. März 1933 wurde Willy Knuth gemeinsam mit Karl Rosenfeld und Anna Wittig, die wie Knuth für die KPD zur Wahl des Preußischen Landtages 1933 kandidierten, verhaftet. Über das Polizeipräsidium Stettin (Szczecin) und die Strafanstalt Plötzensee-Berlin wurden Karl Rosenfeld und Willy Knuth am 3. April 1933 in das KZ Sonnenburg verbracht, wo sie gemeinsam in einer Zelle im Mittelblock festgehalten wurden. Willy Knuth wurde am 23. Dezember 1933 aus der Haft entlassen. Er stand fortan unter Polizei-

aufsicht. 1939 erneut eingezogen, wurde Knuth im September 1940 aus dem Militärdienst entlassen und zu verschiedenen Arbeiten unter anderem nach Bombardierungen als Dachdecker und zu Schanzarbeiten dienstverpflichtet. 1945 nahm Willy Knuth Kontakt zur KPD in Schwerin auf und unterstützte den Aufbau des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in mehreren Orten des Landes. Ab 1948 war er Kreissekretär der SED in Ückermünde und Mitarbeiter der Landes- bzw. Bezirksleitung in Schwerin und Rostock. Zuletzt wohnte er in der Karl-Marx-Straße 101 in Rostock.

ERWIN KRUSE

*** 26. SEPTEMBER 1897 LANGENFELDE**

– 12. APRIL 1978, ROSTOCK

Nach seiner Lehre als Kupferschmied arbeitete Erwin Kruse auf der Hamburger Werft. 1919 wurde er Mitglied der USPD und 1920 der KPD. Auf der Abwrackwerft in Warnemünde wählten ihn seine Kollegen zum Betriebsratsvorsitzenden. Nach einem Streik wurde er im Oktober 1923 verhaftet und zu acht Wochen Gefängnis verurteilt. Ab 1928 gehörte er der erweiterten Bezirksleitung der KPD Mecklenburg/Lübeck an. 1933 setzte ihn die KPD als Instrukteur für West-Mecklenburg ein. Über die Zeit in der Illegalität, seine Verhaftung und Internierung im Zuchthaus Bützow-Dreibergen, berichtete Erwin Kruse:

„Im November 1932 hatten wir eine Gruppe gebildet, die Agitationsmaterial unserer Partei verteilte. Wir schickten es in Briefumschlägen an verschiedene Adressen – auch an Polizeibeamte – oder warfen es über die Mauern von Polizeiunterkünften und Kasernen. Nach der Machtübernahme wurde eine Reihe von Genossen aus unserer Gruppe verhaftet. Ich merkte, dass auch ich beobachtet wurde. Unser Wohngebiet ward von Polizisten umstellt, man suchte mich. Ich konnte noch in letzter Minute entweichen und lebte von

da an illegal. Einige Wochen hielt ich mich bei ehemaligen Sportfreunden versteckt. Oft wechselte ich das Quartier. In dieser Zeit erhielt ich eine neue Aufgabe. Ich wurde als Instrukteur für Westmecklenburg eingesetzt. Ich hielt Verbindung mit Genossen in Wismar, Schwerin, Brüel, Gadebusch, Boizenburg und Lübtheen. Ein Genosse hatte mir ein Tourenrad besorgt, mit dem ich die vielen und langen Wege zurücklegte. [...] Ich hatte mein Äußeres verändert, um nicht erkannt zu werden. So hatte ich das Haar schwarz gefärbt, Koteletten und Schnurrbart wachsen lassen, meine Kleidung verändert und einen Kneifer aufgesetzt. [...] Oft schlief ich unter freiem Himmel im Kornfeld oder im Wald. [...] Es war Ende Juli 1933. Ich begab mich von meiner illegalen Übernachtungsstelle um 6.00 Uhr früh zum Garten eines guten Bekannten. [...] Als ich mich dem Garten näherte, kam mir ein Bekannter entgegen und sagte aufgeregt: ‚Erwin hier ist dicke Luft. Man hat das Gartenschloß aufgebrochen und dein Fahrrad ist weg.‘ Ich ging trotzdem zur Laube und fand seine Angaben bestätigt. Jetzt war höchste Eile geboten. Ich drehte mich um und sah von weitem meine Frau, die mich anscheinend noch warnen wollte. Gleichzeitig sah ich aber durch die Parkstraße Gestapoleute kommen. Ich verkroch mich in Ziersträuchern. Der Platzwart des Uni-Sportplatzes entdeckte und verriet mich. Nun ging alles ganz schnell ‚Hände hoch‘. Ich erkannte die Mordgier in den Augen und rief: ‚Wenn ihr einen Familienvater ermorden wollt, dann schießt doch‘. Der berüchtigte Gestapomann Schmidt sagte: ‚Nicht schießen, den brauchen wir noch!‘ Ich bekam Schläge ins Gesicht. Passanten sammelten sich und sahen zu, wie ich in Handschellen wie ein Schwerverbrecher abgeführt wurde. Als meine Frau verzweifelt herbeieilte, wurde sie ebenfalls geschlagen. [...] Die Gestapo verhörte mich laufend. Man wollte Namen, Deckadressen und Verbindungen aus mir herausprügeln. Schließlich wurde ich verurteilt und kam in das Gefängnis

Neustrelitz. [...] Später überführte man mich nach Dreierbergen, wo ich zwei Jahre und acht Monate verbringen musste“ (Kruse 1976: 128ff).

Nachdem Kruse im März 1936 aus der Haft entlassen wurde, arbeitete er als Heizungsmonteur. Ab September 1945 übernahm er bis zu seiner Invalidisierung 1950 die Funktion des Landrates im Kreis Rostock und setzte sich besonders für die Bodenreform ein.

OTTO KUPHAL

* **16. DEZEMBER 1890, GREIFENBERG (GRYFICE)**

– **20. JANUAR 1946, ROSTOCK**

In Greifenberg besuchte Otto Kuphal die Volksschule und das Gymnasium. Nach seiner Ausbildung zum Rechtsanwaltsgehilfen arbeitete er in der Rostocker Kanzlei der Rechtsanwälte Gustav Goldstaub und Friedrich Rubensohn als Gehilfe, ab 1911 als Bürovorsteher. 1926 trat er der SPD bei. Nachdem Gustav Goldstaub – bis 1933 Vorstandsmitglied der Rostocker Jüdischen Gemeinde – am 30. März 1933 in „Schutzhaft“ genommen worden war, wurden am 1. April 1933 die Büroräume der Rostocker Anwaltskanzlei durchsucht und das Aktenmaterial beschlagnahmt. Am 7. April wurde Otto Kuphal festgenommen und für mehrere Wochen inhaftiert. Zur Zeit des Naziregimes wohnte der Sozialdemokrat im Jan-Maat-Weg 13. Nach Kriegsende leitete Otto Kuphal von Mitte Mai bis Juli 1945 das Rostocker Wohnungsamt. Am 11. Juli 1945 wurde er zum Oberbürgermeister Rostocks ernannt. Er übte dieses Amt bis zu seinem Tod aus.

FRANZ KÜBELBÄCK

* **4. NOVEMBER 1905 ULLRICHSTHAL (NOVÝ OLDŘICHOV)**

– **12. MAI 1977**

Als 15-Jähriger war Franz Kübelbäck bereits Mitbegründer des Kommunistischen Jugendverbands in Schweinfurt. Er

trat 1925 in die KPD ein und wurde drei Jahre darauf Organisationsleiter des Unterbezirkes Schweinfurt. Im August 1932 verhaftet, wurde er aus Bayern ausgewiesen und ging 1933 in die Tschechoslowakei. Dort wurde er Mitglied der KPD-Bezirksleitung Pisek. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen musste er die Tschechoslowakei verlassen und emigrierte nach England. Dort trat er in die tschechische Armee ein, um gegen die Nationalsozialisten zu kämpfen. Der Sohn von Franz Kübelbäck, Walter, hatte aufgrund der Verfolgung der Familie ebenfalls Deutschland verlassen müssen. Da seine Mutter nach dem Einmarsch der deutschen Truppen verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert wurde, war Walter als kleiner Junge völlig auf sich allein gestellt. Nach mehreren Stationen, wobei er zeitweilig als angeblich Diphtheriekranker in einem Krankenhaus von Kommunisten versteckt worden war, gelang es Genossen der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei, seine Ausreise mit falschen Papieren nach England zu organisieren. Dort traf er mit seinem Vater zusammen.



Franz und Walter Kübelbäck in England, 1943

In England nahm Walter Kübelbäck Verbindung zu Jugendgruppen wie der FDJ auf. Er trat in die Fliegerkadettenabteilung ein und meldete sich als Freiwilliger bei der tschechoslowakischen Armee, kam aber nicht zum Einsatz. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bot man Franz Kübelbäck an, in der Tschechoslowakei seinen Wohnsitz zu nehmen. Er beherrschte aber kaum die tschechische Sprache und entschloss sich, mit seinem Sohn mit einem Antifa-Transport am 29. November 1945 in die sowjetisch besetzte Zone zu gehen. So gelangten sie nach Waren an der Müritz. Franz Kübelbäck arbeitete nach 1945 in verschiedenen SED-Parteifunktionen in den Kreisen Waren und Wolgast und danach bis 1964 beim Rat des Kreises Wolgast. Walter Kübelbäck lebt heute in Neubrandenburg.

HANS MAHNCKE (SIEHE KAPITEL 4)

*** 25. JULI 1894, JABEL – 9. MÄRZ 1967, ROSTOCK**

KARL MASSEL (SIEHE KAPITEL 2)

*** 14. OKTOBER 1894, LAUENBURG (LEBORK)**

– 14. APRIL 1967, WARNEMÜNDE

KARL MEWIS

*** 22. NOVEMBER 1907, HANN. MÜNDEN**

– 3. JANUAR 1987, BERLIN

Karl Mewis war von Beruf Schlosser. Er trat 1922 der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, 1923 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und 1924 der KPD bei und übte dort verschiedene Funktionen aus. 1924 wurde er wegen der Verteilung von antimilitaristischen Flugblättern an Reichswehrsoldaten zu einer Haftstrafe von einem halben Jahr verurteilt. Nach einem Besuch der Internationalen Leninschule in Moskau von 1932 bis 1934 war er illegal als Kandidat und danach bis 1936 als Mitglied des Zentralkomitees der KPD tätig. Schließlich emigrierte er über Däne-

mark nach Frankreich und war von 1937 bis 1938 Nachfolger von Franz Dahlem in der Leitung der Internationalen Brigaden in Spanien. Zwischen 1938 und 1940 leitete er die KPD-Abschnittsleitung Mitte in Prag, danach gemeinsam mit Herbert Wehner und Richard Stahlmann die Abschnittsleitung der KPD in Stockholm. 1942 verhaftet, verbrachte er ein Jahr im Gefängnis und im Internierungslager. Ende 1945 kam er in die Sowjetische Besatzungszone und übernahm wichtige Funktionen im Staatsapparat. So war er unter anderem Stadtverordneter in Berlin, Abgeordneter der Volkskammer und zwischen 1960 und 1963 Mitglied des Staatsrates sowie von 1961 bis 1963 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. Von 1950 bis 1961 war er Erster Sekretär der Landesleitung Schwerin, danach der SED-Bezirksleitung Rostock. In dieser Zeit setzte er sich für die Kollektivierung der Landwirtschaft und den Bau des Überseehafens Rostock ein. 1963 wurde er seiner Ämter enthoben. Anschließend war er bis 1968 Botschafter der DDR in Polen. Die Urne von Karl Mewis wurde in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin beigesetzt.

ROBERT NESPITAL

*** 13. JANUAR 1881, ALT-STRELITZ**

– 21. NOVEMBER 1961, ROSTOCK

Robert Nespital wohnte um 1900 mit seiner Mutter Caroline Nespital und seinem Bruder in der Ottostraße 5 in Rostock. Er wurde 1905 Mitarbeiter der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ mit Sitz in Rostock und 1918 Chefredakteur des SPD-Organs. Er verfasste viele Leitartikel, die sich unter anderem gegen die Ausbeutung der Landarbeiter richteten. Er betätigte sich auch literarisch, verfasste Theaterkritiken, Kurzgeschichten und Gedichte. Bereits 1906 der Sozialdemokratischen Partei beigetreten, gehörte Nespital dem SPD-Landesvorstand und von 1919 bis 1933 als Stadtverordneter der SPD-Fraktion Rostock an. Das Verlagsgebäude der

„Mecklenburgischen Volkszeitung“ in der Doberaner Straße 6 wurde am 18. Mai 1933 von der SA besetzt. Robert Nespital und andere anwesende Mitarbeiter erhielten daraufhin Hausverbot. Aufgrund seiner sozialdemokratischen Überzeugungen wurde Nespital für 19 Monate unter Polizeiaufsicht gestellt. In der Nachkriegszeit wurde Robert Nespital wieder für die SPD aktiv und im Zuge des Zusammenschlusses von KPD und SPD Mitglied der SED. Sein besonderes Interesse galt der Geschichte der Arbeiterbewegung. 1954 erschien sein Buch: „Beiträge zur Geschichte der Mecklenburgischen Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg“.

FRITZ NEUMANN

*** 18. AUGUST 1905 JÄGERHOF B. BROMBERG (BYDGOSZC)**

– 24. NOVEMBER 1984 ROSTOCK

Nach seiner Schulentlassung arbeitete Fritz Neumann als Hilfsarbeiter und Landarbeiter. 1924 erhielt er die Möglichkeit bei der Eisengießerei Niekell in Wolgast zu arbeiten und das Formerhandwerk zu erlernen. Zeitweilig im „Reichsbanner“ organisiert, trat er 1927 in die KPD ein. Er wurde zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Wolgast gewählt und Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und des Kreistages. Im März 1933 durch die Gestapo verhaftet, kam er in das Zuchthaus Plötzensee und danach in das KZ Sonnenburg. Im Dezember 1933 entlassen, stand er fortan unter Polizeiaufsicht. Anfang des Jahres 1934 nahm Fritz Neumann Verbindung zu Genossen in Stettin (Szcecin) auf. Im Sommer 1935 wurde er wegen Verbreitung von Flugblättern und 1936 wegen der Unterbringung gesuchter Genossen erneut verhaftet. 1945 kümmerte er sich in Zusammenarbeit mit Genossen der SPD als Erster Sekretär der KPD Wolgast um die Beseitigung der Kriegsschäden, den Aufbau der Verwaltungen und die Durchführung der Bodenreform im Kreis. Danach war er unter anderem als Mitarbeiter der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle in den Kreisen Rügen und Stralsund

und als Personalchef in der VVB Hafenwirtschaft, später im „Kombinat Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft“ tätig.

OTTO NOWACK

*** 13. FEBRUAR 1895, ZÄCKERICK (SIEKIERKI)**

– 12. AUGUST 1965, KÜHLUNGSBORN

Als Sohn einer Arbeiterfamilie in Zäckerick (Siekierki) geboren, besuchte Otto Karl Nowack bis zum 14. Lebensjahr die Volksschule. Anschließend erlernte er das Schlosserhandwerk in der Gemeinde Alt Retz und später in Königsberg in der Neumark (Chojna). In Stettin (Szcecin) arbeitete er in der Vulkan-Werft, wo er dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitrug. Nach seinem Militärdienst im Ersten Weltkrieg und britischer Gefangenschaft kehrte er 1918 zurück nach Stettin und arbeitete als Schlosser. Er wurde jedoch von verschiedenen Betrieben aufgrund seines gewerkschaftlichen Engagements gemäßigelt und entlassen. Ende 1920 trat Nowack der KPD bei. Von Oktober 1923 bis Januar 1924 kam er in „Schutzhaft“. Anschließend war er von 1925 bis 1928 Stadtverordneter in Stettin. Zudem war er Mitglied der KPD-Bezirkleitung Pommern und organisierte sich in der Roten Hilfe und dem Rotfrontkämpferbund. Wegen Widerstandsaktivitäten wurde Otto Nowack vom 20. April bis zum 19. Dezember 1933 als „Schutzhäftling“ im KZ Sonnenburg inhaftiert. Am 28. August 1935 erneut festgenommen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, kam er vom 17. September 1935 bis zum 14. Mai 1936 in Untersuchungshaft. Ihm wurde vorgeworfen, die weitere Flucht von Fritz Wetzel unterstützt zu haben, der mit drei weiteren Kommunisten im September 1934 aus dem Untersuchungsgefängnis in Altdamm (Dąbie) geflohen war. Zudem musste sich Nowack vor Gericht für die Weiterverbreitung von illegalen Schriften wie die kommunistische Werkzeugzeitung „Siemens-Lautsprecher“ verant-

worten. Er wurde zu drei Jahren Zuchthausstrafe verurteilt und in Gollnow (Goleniów) inhaftiert. Anschließend wurde er in das KZ Buchenwald überstellt, aus dem er erst Ende Mai 1943 entlassen wurde. Nach der KZ-Haft suchte Nowack wieder den Kontakt zu Widerstandskreisen und stieß zur Gruppe um Werner Krause und Walter Empacher. Nach Kriegsende war Otto Nowack Mitglied der KPD und später der SED, für die er im Kreis Grevesmühlen und im Bezirk Rostock verschiedene Parteifunktionen übernahm. Zuletzt war Nowack in Rostock wohnhaft.

JOSEF PESCHKE (SIEHE KAPITEL 2)

*** 18. JANUAR 1907, FREIWALDAU (JESENÍK)**

– 11. SEPTEMBER 1959

GUSTAV PETERS (SIEHE KAPITEL 4)

*** 9. AUGUST 1904, ROSTOCK**

– 15. DEZEMBER 1961, SCHWERIN

OTTO ROSS

*** 8. AUGUST 1887, KARMIN – 29. JUNI 1987, ROSTOCK**

Otto Ross besuchte bis zum 14. Lebensjahr die Dorfschule und arbeitete später in der Landwirtschaft. 1905 trat er dem Landarbeiterverband und 1910 der SPD bei. Am 24. März 1911 heiratete er Meta Christens. 1913 zog Otto Ross nach Rostock und arbeitete auf der Neptun-Werft als Nieter. Von 1915 bis 1917 war er als Soldat im Ersten Weltkrieg. Durch einen Granateneinschlag verlor er teilweise sein Gehör und kehrte nach Rostock zurück, wo er wieder auf der Neptun-Werft Beschäftigung fand. In der Novemberrevolution war er Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates. 1918 trat er in die USPD und 1920 in die KPD ein. Im Raum Rostock nahm er an der Niederschlagung des Kapp-Putsches teil. Otto Ross wurde am 28. Februar 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Er saß bis zum 9. Mai 1933 im Rostocker Polizeige-

fängnis und anschließend bis zum 6. Juni 1933 im Rostocker Gerichtsgefängnis. Am 20. Juli 1934 wurde er erneut verhaftet und am Folgetag aufgrund des Verteilens von Flugblättern zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt. Ross legte gegen das Urteil Einspruch ein und erreichte aufgrund einer angeblichen Verwechslung einen Frei-



spruch. Am 20. März 1935 abermals verhaftet, wurde er in der Gerichtsverhandlung am 4. April 1935 beschuldigt, einen „Abziehapparat“ fortgeschafft und zur illegalen Arbeit der KPD verwendet zu haben. Ross wurde mangels Beweisen freigesprochen. Im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 kam er erneut in Haft und stand danach unter Polizeiaufsicht. Nach Kriegsende war Ross unter anderem Mitbegründer der Rostocker Volkssolidarität. Bis zum Ausscheiden aus dem Arbeitsleben arbeitete er einige Jahre beim Rat der Stadt.

BRUNO SCHMIDT

*** 18. DEZEMBER 1906 ZÜLLICHOW (SULECHÓW)**

– 16. OKTOBER 1955, ROSTOCK

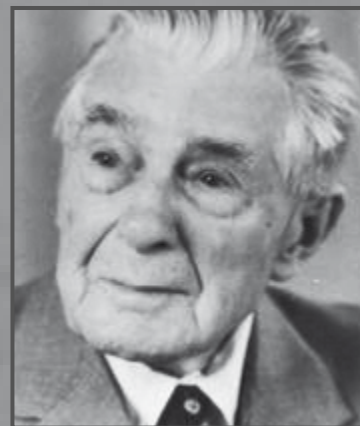
Bruno Schmidt, Sohn eines Arbeiters, erlernte nach dem Besuch der Volksschule das Schlosserhandwerk in den Stettiner Ölwerken und arbeitete anschließend im Wasserwerk in Stettin (Szcecin). Im Alter von 16 Jahren schloss er sich dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands an und übernahm leitende Funktionen im Bezirk Pommern. Ab 1925 organisierte sich Schmidt im Deutschen Metallarbeiter-Verband und ab 1926 in der KPD, in der Roten Hilfe und im Rotfrontkämpferbund. Wegen seiner Aktivitäten wurde er nach der Machtübernahme der Nazis verfolgt. Nachdem er bereits bei Demonstrationen festgenommen worden war und es mehrere Hausdurchsuchungen in der elterlichen Wohnung gegeben hatte, wurde Bruno Schmidt Anfang März 1933 aus dem Betrieb heraus verhaftet. Vom 5. März bis zum Oktober 1933 wurde Bruno Schmidt im KZ Sonnenburg inhaftiert. Längere Zeit teilte er seine Zelle mit dem KPD-Funktionär Erich Wiesner. Da er sich jedoch in Verhören weigerte auszusagen und das Protokoll gegenzuzeichnen, wurde Schmidt zweimal in Einzelhaft gesteckt. Trotz mehrmonatiger KZ-Haft blieb Schmidt politisch aktiv: Nach der Flucht der KPD-Mitglieder Hermann Matern, Bruno Retzlaff und Fritz Wetzel aus dem Untersuchungsgefängnis in Altdamm (Dąbie) nahe Stettin in der Nacht vom 17. zum 18. September 1934 verhalf er Letzterem zu einem sicheren Versteck und der weiteren Flucht. Von 1936 bis Februar 1945 arbeitete Schmidt im Stettiner Schraubenwerk, wo er nach eigenen Angaben Kontakt zu ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen suchte und gegen das Naziregime agitierte. Später schloss er sich der Widerstandsgruppe um Werner Krause und Walter Empacher an. Nach Ende des Naziregimes beteiligte sich Schmidt zu-

nächst am Aufbau der Stettiner Stadtverwaltung. Er war von Juni 1945 bis Januar 1946 Bürgermeister der Gemeinde Lebehn und übernahm danach weitere Verwaltungsfunktionen im Landkreis Randow. Von 1948 bis 1950 war er als Landrat im Kreis Grimmen und anschließend im mecklenburgischen Innenministerium tätig. Später arbeitete Schmidt für den Rat des Bezirkes Rostock. Die Rostocker Stadtvertretung wählte Schmidt im März 1955 zum Oberbürgermeister. In dieser Funktion blieb er bis zu seinem Tod.

FRIEDRICH SCHRÖDER

*** 31. AUGUST 1897, ZUCKEN – 9. MAI 1986**

Friedrich Schröder erlernte den Beruf des Schlossers. Mit 15 Jahren gründete er mit anderen Jugendlichen die Sozialistische Arbeiter-Jugend in Köslin (Koszalin). Im November 1918 nahm er an den Spartakuskämpfen in Berlin teil. 1925 trat er dem „Rotfrontkämpferbund“ bei. 1933 in Köslin zum Stadtvertreter gewählt, erfolgte unmittelbar seine Verhaftung. Trotz



Repressalien übernahm er die illegale KPD-Leitung in Köslin und organisierte Flugblattverteilungen, Geldsammlungen und illegale Zusammenkünfte. Durch Verbindungen zu Prager Genossen gelang es, einige Funktionäre über die Grenze zu bringen und sie damit dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. 1946 wurde Friedrich Schröder Mitglied des Gemeindeparlamentes in Bansin im Kreis Usedom. Nach 1945 wurde er Mitglied des Gemeindeparlamentes in Bansin im Kreis Usedom und wurde unter anderem als Polizist, als Instrukteur der

Bezirksleitung der SED und bei der Grenzpolizei eingesetzt. 1961 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden, übernahm er 1965 die VdN-Dienststelle beim Rat der Stadt Rostock.

WILLI SCHRÖDER

*** 9. FEBRUAR 1897, SCHORRENTIN**

– 27. OKTOBER 1944, SACHSENHAUSEN

Als fünftes von sieben Kindern einer Landarbeiterfamilie aufgewachsen, musste Willi Schröder nach der Schulentlassung als Hilfsarbeiter auf der Neptun-Werft, dann als Fensterputzer und schließlich bei der Molkereigenossenschaft Rostock zum Unterhalt der Familie beitragen. 1916 wurden Willi Schröder und seine drei Brüder zum Kriegsdienst eingezogen. Sein Bruder Friedrich fiel im Ersten Weltkrieg, er selbst wurde in Flandern schwer verwundet und verlor sein linkes Auge. Nach dem Krieg war Schröder Mitglied der USPD, bis er 1919 zu den Mitbegründern der KPD Mecklenburg zählte. Seinerzeit begann er auf dem Rostocker Güterbahnhof zu arbeiten. Die Belegschaft wählte ihn in den Betriebsrat und 1922 sowie 1923 in den Bezirksbetriebsrat der Reichsbahndirektion Schwerin. Schröder wirkte an der Niederschlagung des Kapp-Putsches in Mecklenburg mit und wurde 1921 in den KPD-Bezirksvorstand gewählt. Im Zuge der Beteiligung an einem Generalstreik im August 1923 wurde Willi Schröder verhaftet und im Folgejahr in Leipzig wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu vier Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe verurteilt. Als Kandidat der KPD erhielt er im Mai 1927 ein Landtagsmandat. Die Anerkennung sei-



ner Immunität vom 13. Juni 1927 durch den Landtag bedeutete faktisch seine Freilassung. Fortan war er im Landtag, als Stadtverordneter und als Mitglied der Bezirksleitung tätig. Zudem wurde Schröder die Leitung des „Rotfrontkämpferbundes“ (RFB) in Mecklenburg übertragen. Ein Amt, welches ihm den Beinamen „Roter General“ einbrachte und das er (nach dem Verbot des RFB 1927) bis 1933 illegal ausübte. Um der NS-Ideologie entgegenzutreten, besuchte er gezielt NSDAP-Veranstaltungen und trat als kritischer Redner auf. Einen Tag nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten organisierte Willi Schröder eine Kundgebung auf der Reiferbahn mit anschließender Demonstration, auf der zum aktiven Widerstand aufgerufen wurde und an der über 1.000 Menschen teilnahmen. Im Untergrund versuchte Schröder die KPD-Strukturen und den Kontakt zwischen den Ortsgruppen in Mecklenburg aufrecht zu halten und auch in Lübeck und Bremen unterstützte er den Widerstand gegen das NS-Regime. Eine Fahndungsliste der Gestapo nannte ihn wegen seiner illegalen Aktivitäten an zweiter Stelle, weshalb er ein geheimes Quartier bei dem Taklermeister Ernst Paap in der Borwinstraße bezog. Am 9. September 1933 wurde Schröder von der Gestapo in Hamburg verhaftet. In einem Schauprozess am 2. April 1935 wegen „Hochverrat“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er in das Gefängnis Bützow-Dreibergen verbracht. Nach Ende der Haft wurde er, statt in die Freiheit entlassen, als „Schutzhäftling“ in das KZ Sachsenhausen überstellt, wo er die Nummer 1078 erhielt. Noch am 3. September 1944 hatte er seinem Bruder Karl in Rostock einen Brief geschrieben:

„Euer Brief ist bei mir eingetroffen, meinen herzlichen Dank. Gesundheitlich bin ich noch auf dem Damm. Hoffe selbiges auch von Euch. Ich glaube sehr, dass ihr alle infolge des totalen Kriegseinsatzes stark in die Produktion eingespannt seid. Die Zeit verlangt viel von uns“ (Jahnke 2000: 121).

Nachdem sich Willi Schröder eine Verletzung an der Hand zugezogen hatte, wurde er in das Krankenrevier eingeliefert und von SS-Ärzten schwer misshandelt. Er erlag am 27. Oktober 1944 schweren Verletzungen und starb nach jahrelanger Haft im Alter von nur 47 Jahren.

BODO SCHULZ

*** 20. AUGUST 1911 – 30. MÄRZ 1987**

Bereits mit 16 Jahren gewerkschaftlich organisiert, gehörte Bodo Schulz seit 1929 dem Kommunistischen Jugendverband an. Wegen seiner illegalen Arbeit in der Gruppe Kurt Seibt und in einer Jugendgruppe wurde er 1940 verhaftet und wegen „Hochverrat“ zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Nach 1945 übernahm er verschiedene Funktionen im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund.

ALFRED SCHULZE

*** 26. AUGUST 1904 – 8. JUNI 1934, ROSTOCK**

Der gelernte Bootsbauer trat mit 16 Jahren in die KPD ein und wurde 1929 Mitglied der Bezirksleitung Mecklenburg. In dieser Funktion war er für Gewerkschaftsarbeit verantwortlich. Als Mitglied im Landeserwerbslosen-ausschuss und ab 1931 Vorsitzender der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition organisierte er zahlreiche Streiks und Demonstrationen. Bei den Wahlen 1932 errang er ein Landtagsmandat. Aufgrund der 1933 einsetzenden Verhaftungen kommunistischer Funktionäre gingen diese in die Illegalität. Für konspirative Treffen und



als Unterkünfte dienten Privathaushalte in der Gartenstadt und in Warnemünde bei Fischer Harms. Nach dem Reichstagsbrand traf sich Schulze etwa in der Gartenstadt bei Emil Neels mit Mitgliedern der KPD-Bezirksleitung. Auf dem Weg zu einem konspirativen Treffen von SA-Leuten aufgespürt, wurde Alfred Schulze verhaftet und als „Schutzhäftling“ in das Zuchthaus Bützow-Dreibergen überführt. Die „Elde-Zeitung“ verkündete über die Verfolgung der KPD und die Verhaftung der Landtagsabgeordneten Alfred Schulze und Hans Warnke:

„Auch gegen die mecklenburgischen kommunistischen Landtagsabgeordneten laufen Haftbefehle, von denen zwei schon vollstreckt werden konnten. Der Präsident des Schweriner Landtags hat den kommunistischen Abgeordneten auch die Diäten entzogen. Damit ist die kommunistische Fraktion im Schweriner Landtag völlig ausgeschaltet“ (zit. nach: Jahnke 1985: 74).

Alfred Schulz erkrankte an Tuberkulose und erlitt infolge von Misshandlungen und schweren Haftbedingungen schwere gesundheitliche Schäden, denen er am 28. August 1934 in der Medizinischen Klinik in Rostock erlag.

PAUL SCHWANKE

*** 24. DEZEMBER 1881 IN SORAU (ŻARY) – 7. DEZEMBER 1965**

Nach dem Besuch der Volksschule erlernte Paul Schwanke das Tischler- und Schreinerhandwerk. 1899 trat er der SPD bei. Ab 1907 stand er der SPD Wismar vor und organisierte sich in der Gewerkschaft. Von Januar 1921 bis zum Dezember 1930 gehörte der Sozialdemokrat der Wismarer Stadtvertretung an. Zudem war er von 1926 bis 1933 Abgeordneter des Landtages von Mecklenburg-Schwerin. Während des Naziregimes stand Paul Schwanke unter Aufsicht der Polizei. Nach 1945 wurde er Mitglied im Landesvorstand der SED und von 1946 bis 1950 Stadtrat in Rostock.

ALFRED STAROSSON

* 26. NOVEMBER 1898, ROSTOCK – 7. AUGUST 1957, ROSTOCK

Alfred Starosson entstammte einer bekannten Rostocker sozialdemokratischen Familie. Sein Vater, Franz Starosson, war von 1918 bis 1919 Staatsminister für Verkehr. Nach dem Besuch der Mittelschule erlernte Alfred Starosson den Beruf eines Schriftsetzers. Bereits ab dem 16. Lebensjahr Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-



Jugend, trat er 1916 der SPD bei. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem er ab 1917 als Soldat gedient hatte, gehörte Starosson ab 1918 dem Rostocker SPD-Vorstand an. Zudem war er Mitglied im Landesvorstand der Partei. Als Stadtverordneter in Rostock setzte er sich für den sozialen Wohnungsbau ein. Vier Jahre fungierte er als Gausekretär des „Reichsbanners“ in Rostock. Bis zu ihrem Verbot 1933, arbeitete er als Schriftsetzer für die „Mecklenburgische Volkszeitung“. Ab 1934 unterhielt Alfred Starosson ein Tabakwarengeschäft. Er stand während des Naziregimes unter Aufsicht der Polizei und wurde zweimal verhaftet. Im Zweiten Weltkrieg wurde Starosson 1940 während des Frankreichfeldzugs zum Kriegsdienst eingezogen. Nach der Entlassung wurde er in der Maschinenfabrik Meinke dienstverpflichtet. Ab 1945 wurde Alfred Starosson Erster Ortsvorsitzender der Rostocker SPD und ab 1946 paritätischer Kreisvorsitzender der SED. Er war Mitglied des SED-Landesvorstands und Landtagsabgeordneter. Vom 9. Dezember 1946 bis zum 18. November 1950 fungierte er als Minister für Handel und

Versorgung im Land Mecklenburg. Anschließend wurde er Präsident der Industrie- und Handelskammer Schwerin und ab 1953 bis 1956 Direktor der IHK des Bezirkes Schwerin. Die Urne mit den sterblichen Überresten von Alfred Starosson wurde am 16. August 1957 auf dem Neuen Friedhof beigesetzt.

MARGARETE TOSCH

* 20. FEBRUAR 1907, DANZIG – 18. APRIL 1985

Als Tochter eines Hafenarbeiters war es Margarete Tosch (geb. Kreft) nicht vergönnt, einen Beruf zu erlernen. So war sie als Arbeiterin in mehreren Betrieben tätig. Bereits mit 13 Jahren wurde sie Mitglied im Kommunistischen Jugendverband. Durch die Einflussnahme ihres Bruders, der am Matrosenaufstand teilgenommen hatte und Mitglied des Spartakusbundes und der KPD war, trat auch sie 1923 der KPD bei.



Außerdem war sie Mitglied des Freidenkerverbandes und der Roten Hilfe. Der Jugendverband übertrug ihr die Funktion als Hauptkassiererin des Bezirkes. In der Tabakfabrik wählten sie die Genossen zur Vorsitzenden der Betriebszelle der KPD. Nachdem sie 1933 für den Betriebsrat kandidierte, wurde sie fristlos entlassen. Im März 1935 heiratete sie Willi Tosch. Ihr Ehemann gehörte der Widerstandsgruppe um Hoffmann und Schulz an, deren Mitglieder im Juli 1939 verhaftet und im Juni 1940 vom Volkgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Sprengstoffvergehen“ verurteilt wurden. Willi Tosch wurde am 12. Oktober 1940 in der

Strafanstalt Berlin-Plötzensee hingerichtet. Ein Jahr darauf, am 18. September 1941, bestellte die Gestapo Margarete Tosch zum Verhör und sie wurde elf Tage lang festgehalten. Nach 1945 kam Margarete Tosch mit einem so genannten Antifa-Transport nach Laage im Kreis Güstrow, wo sie ab Juni 1946 als Sachbearbeiterin für die Abteilung Kultur und Volksbildung in der Stadtverwaltung arbeitete. Sie wurde Vorsitzende des Antifaschistischen Frauenausschusses und übte diese Funktion bis zur Gründung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands aus, für den sie ebenfalls zur Vorsitzenden gewählt wurde. Ab 1950 übernahm sie verschiedene Funktionen in der SED im Land Mecklenburg-Vorpommern und danach im Bezirk Rostock, unter anderem an der Universität Rostock. 1966 trat sie aus gesundheitlichen Gründen zurück und engagierte sich ehrenamtlich.

EMMA WARNKE

* 13. APRIL 1891, GÜSTROW – 9. JUNI 1960, ROSTOCK

Emma Warnke war die Tochter des Landarbeiters Heinrich Schmidt und seiner Frau Therese. Von 1897 bis 1905 besuchte sie die Güstrower Bürgerschule. Um 1908 zur Köchin ausgebildet, war sie bis 1915 in diesem Beruf tätig. Warnke organisierte sich 1918 in der SPD, danach in der USPD und trat dann zur KPD über. Zudem engagierte sie sich in der Internationalen Arbeiterhilfe sowie der Roten Hilfe. Sie heiratete den Schmied Karl Kegel, von dem sie 1923 geschieden wurde. Ein Jahr darauf heiratete sie Johannes Warnke. Während dieser Zeit wurde sie Mitglied der KPD-Bezirksleitung in Mecklenburg und wohnte in Rostock. Ihr Sohn lebte und arbeitete ab 1932 in der Sowjetunion. Wie Emma Warnke und ihr Mann 1956 schmerzhaft erfahren mussten, fiel er den stalinistischen Verfolgungen zum Opfer. Als KPD-Funktionärin bekannt, wurde Emma Warnke am 1. März von den Nazis verhaftet und bis zum 31. Mai 1933

in „Schutzhaft“ genommen. Weil sie ihre Wohnung in Rostock verloren hatte, lebte sie nach der Entlassung wieder bei ihrer Mutter in Güstrow, wo sie sich bis Weihnachten des Jahres täglich morgens bei der Polizei melden musste. Der scharfen Kontrolle trotzend, beschafften NS-Gegner um Emma Warnke Flugblätter und Zeitungen aus Rostock und verteilten sie in Güstrow, darunter die „Rote Fahne“ und eine Flugschrift, überschrieben mit: „Entlarvt die Lüge vom Hakenkreuzsozialismus“ (zit. nach: Jahnke 1985: 86). 1935 wurde Warnke wegen illegaler politischer Aktivitäten angeklagt, entging jedoch einer Verurteilung. Während ihr Mann im KZ Sachsenhausen interniert war, musste sich Emma Warnke den Lebensunterhalt vornehmlich durch Handarbeit verdienen. In dieser Zeit wurde sie immer wieder verhört und ihre Wohnung durchsucht. Nach der Befreiung vom Naziregime lebte Emma Warnke wegen der Funktionen ihres Mannes in Schwerin und Berlin, wo sie ehrenamtliche Arbeiten leistete. 1952 zog die Familie wieder nach Rostock. Nach ihrem Tod wurde Emma Warnke in Güstrow beigesetzt.



4. Verfolgte des Naziregimes | Einzelgräber

Dieses Kapitel gibt Auskunft über Menschen, die auf dem Neuen Friedhof in Rostock in Einzelgräbern bestattet worden sind. Es handelt sich um rassistisch Verfolgte wie das Ehepaar Hans und Lisl Hofer, die als Schauspieler in Wien und Berlin wirkten, bevor sie nach Theresienstadt deportiert wurden, um so genannte Halbjuden wie Ernst Hilzheimer und die Brüder Renner, die Zwangsarbeit unter lebensbedrohlichen Umständen erleiden mussten, um Kämpfer in Internationalen Brigaden in Spanien wie Paul Ludwig und Willi Jagow und Kommunisten und Sozialdemokraten, die gegen das faschistische Regime kämpften und deswegen emigrieren mussten wie Alfons Pawlowski oder in Konzentrationslager eingeliefert worden sind wie Walter Martin.



Eine Gedenkstele der Urnengemeinschaftsanlage erinnert unter anderem an Dieter Renner.

BIOGRAPHISCHE KURZINFORMATIONEN

MINNA BALZ

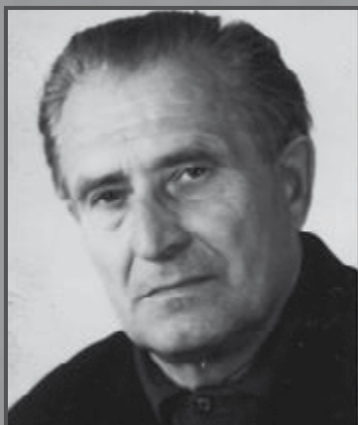
* 2. AUGUST 1905, ROSTOCK – 13. JANUAR 1991

Minna Balz gehörte einer kommunistischen Widerstandsorganisation in Rostock an. Sie organisierte illegale Treffs und hielt den Kontakt zwischen der illegalen Bezirksleitung und den Genossen vor Ort aufrecht. Als Dechiffriererin eingesetzt, entwarf und vervielfältigte sie zusammen mit anderen Genossen Flugblätter und beteiligte sich an deren Verteilung. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde sie zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die sie in Dreibergen-Bützow verbringen musste. Nach 1945 war sie als Personalsachbearbeiterin im Amt für Arbeit in Rostock tätig.

HERBERT BAUMANN

30. JANUAR 1908, USEDOM – 16. SEPTEMBER 1987, ROSTOCK

Als Sohn eines Fischers auf Usedom aufgewachsen, emigrierte Herbert Baumann 1933 in die Sowjetunion und nahm am Aufbau der Landes teil. Zeitweilig Verfolgungen ausgesetzt, wurde er 1958 aber wegen ungerechtfertigter Beschuldigung rehabilitiert. Mit seiner russischen Ehefrau lebte er noch bis 1971 in



der UdSSR, dann entschloss er sich zur Rückkehr nach Deutschland. Nach Erhalt der Staatsbürgerschaft der DDR kam er nach Rostock und wohnte in der Rigaer Straße 11.

FRITZ HUGO FEDDERSEN

* 10. SEPTEMBER 1914, HAMBURG – 26. JANUAR 2005

Zunächst Schiffsjunge, erlernte Fritz (Fiete) Feddersen den Beruf des Drehers. Bereits 1932 wurde Feddersen in Hamburg verhaftet und zu neun Monaten wegen illegaler Tätigkeit im „Rotfrontkämpferbund“ verurteilt, die er in Fuhlsbüttel verbüßen musste. Ab 1933 wurde er wie auch sein Vater und seine Brüder verfolgt,



weil er vor der Machtergreifung Auseinandersetzungen mit Nazis hatte. Sein Vater wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Da Fritz Feddersen illegal tätig und der Gefahr erneuter Verhaftung ausgesetzt war, emigrierte er in die Sowjetunion. Dort arbeitete er von 1934 bis 1937 in Rostow am Don, von 1937 bis 1943 in Tawda und von 1947 bis 1958 im Tscheljabinsker Wasserwerk. Er wurde zum Leiter der Gewerkschaft gewählt. Später kam er in die DDR und arbeitete viele Jahre in der Deutschen Seerederei.

HENRY HADLICH

* 25. JULI 1904, HAMBURG – MÄRZ 1991, ROSTOCK

Henry Hadlich, von Beruf Eisenflechter, wurde 1930 Mitglied der KPD und im Rotfrontkämpferbund (RFB). Ab 1933 nahm er als Kurier der Roten Marine, einer Sektion des RFB, an illegaler Arbeit teil. Im April verhaftet und am 20. Juli 1933 zunächst entlassen, wurde er von Nachbarn vor der Gestapo gewarnt. Nach sechs Wochen Versteck in einer Laubenkolonie flüchtete er 1934 in die Tschechoslowakei. Von dort half er Genossen bei der Emigration. 1936 brachte

er illegales Material nach Leipzig, Dresden, Hannover und Berlin und meldete sich, um in Spanien gegen die Faschisten zu kämpfen. Schließlich gelangte er 1937 über Budejovice, Österreich, die Schweiz, Frankreich und von dort zu Fuß über die Pyrenäen nach Spanien, wurde der XI. Internationalen Brigade zugeteilt und gehörte dem Zweiten Hans-Beimler-Bataillon an. Hadlich nahm an Kämpfen der Aragonfront bei Teruel sowie als Sergeant einer Spezialeinheit an der Ebro-Offensive teil. Nach der Demobilisierung 1939 durchlief er die Internierungslager Saint Cyprien und Gurs. Weil er sich weigerte, an der Front Schützengräben auszuheben, kam er in ein Straflager. Am 21. Mai 1941 wurde Hadlich nach Deutschland ausgeliefert und kam nach Hamburg. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, kam er 1943 nicht frei, sondern in das KZ Fuhlsbüttel. Am 21. April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen auf den Todesmarsch getrieben und zwölf Kilometer vor Schwerin von der Roten Armee befreit. Ab 1945 in Crivitz Leiter des Wohnungsamtes, trat Hadlich später der Volkspolizei bei und gehörte dieser bis 1964 an.



THEODOR HELLMICH

* 28. NOVEMBER 1921 AUSSIG (ÚSTÍ NAD LABEM)

– 5. MAI 2007, ROSTOCK

Theodor Hellmich, Sohn eines deutschen Arbeiters und einer Französin, wuchs in der Tschechoslowakei auf. Seine Lehr- und Praktikantenzeit absolvierte er in Aussig bei

einem Rechtsanwalt. Er wurde Mitglied eines Jugendbundes. Nach der Okkupation des Sudetengebietes schloss er sich einer Widerstandsgruppe von Lehrern seiner früheren Bürgerschule an. Ein Jura-Studium wurde ihm verwehrt, weil seine Mutter Jüdin war. Im August 1939 wurde Hellmich verhaftet. Nach vier Jahren und sechs Monaten Haft in Polizeigefängnissen, Sachsenhausen und Dachau wurde er Ende Dezember 1943 zur Wehrmacht eingezogen. Im Juli 1944 konnte er in Jonava (Janów) zur Roten Armee überlaufen. In Kriegsgefangenenlagern besuchte er Antifa-Schulungen und wurde vom Nationalkomitee Freies Deutschland als Jugendaktivleiter mit Aufklärungsarbeit beauftragt. Nach 1945 arbeitete er als Polizeianwärter in Stern-Buchholz, danach u.a. als Finanz- und Zollangestellter und beim Bezirksvertragsgericht in Rostock. Ehrenamtlich arbeitete er als VdN-Betreuer und Mitglied der Kommission Geschichte des VdN-Kreiskomitees.



ERNST HILZHEIMER

* 8. APRIL 1901, STRALSUND – 9. APRIL 1986 ROSTOCK

Ernst Hilzheimer war Sohn des Landwirts Ernst Hilzheimer und dessen Ehefrau Ida (geb. Reppin). Sein Vater betrieb in Stralsund eine Handelsgärtnerei. 1920 begann Hilzheimer ein Chemie-Studium in Greifswald und wurde Mitglied der Burschenschaft Rugia. 1923 wechselte er an die Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität. Um sein Studium finanzieren zu können, war er zum Nebenerwerb gezwungen. So



Ursula und Ernst Hilzheimer, 1947.

arbeitete er bei einer Bank und als Werkstudent in einem chemischen Laboratorium. 1928 erhielt er das Diplom und wurde anschließend promoviert. Im Juli 1928 wurde er Mitarbeiter der Bergakademie Clausthal und 1929 Industriemechaniker in den Consolidierten Alkaliwerken in Westeregeln, wo ihm 1930 gekündigt wurde. Nach einer Umschulung zum Drogisten zog er 1932 wieder nach Berlin. 1933 zunächst als Führer der Gas- und Luftschutzabteilung in Stralsund, war Hilzheimer ab November Mitarbeiter am Physiologischen Institut der Universität Göttingen. Wegen seiner jüdischen Herkunft wurde er 1934 aus dem Labor entfernt. Mit Unterstützung von Freunden konnte er Ende 1934 die Lauremberg-Drogerie in Rostock übernehmen, die am 23. April 1943 von den Behörden geschlossen wurde. Zunächst dienstverpflichtet für den Rüstungsbetrieb Nobel-Dynamit in Malchow, wurde Hilzheimer verhaftet und musste in den sachsen-anhaltinischen Lagern Wolmirsleben und Rothenförde Zwangsarbeit leisten. Nach seiner Befreiung im April 1945 kehrte er nach Rostock zurück und übernahm die kommissarische Leitung der Mecklenburgischen Margarinefabrik. Zudem war er in

einer Entnazifizierungs-Kommission tätig und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Ortsverbands der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), für die er diverse Parteiämter übernahm. 1947 wurde er zum Stadtrat für Finanzen ernannt. Er war Abgeordneter und zeitweilig Vizepräsident des Landtages und später Mitglied der Länderkammer der DDR. Ab 1952 Leiter eines Betriebsteils der Buna-Werke in Schkopau (Sachsen-Anhalt), kam er 1969 wieder nach Rostock, wo er weiter für die LDPD wirkte. Ernst Hilzheimer war ab 1946 verheiratet mit Ursula Schmidt, die heute in Rostock lebt. Mit ihr war er schon zur Zeit der Zwangsarbeit eng verbunden. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor.

LISL HOFER

*** 16. DEZEMBER 1912, WIEN – 11. FEBRUAR 1992, ROSTOCK**

HANS HOFER

*** 17. MÄRZ 1907, PRAG – 12. APRIL 1973, ROSTOCK**

Hans Hofer, eigentlich Hans Schulhof, war der Sohn des Schauspielers Siegfried Hofer. 1924 zog er nach Wien und war mehrere Jahre am Theater tätig. Am 8. April 1938, kurz vor dem Anschluss Österreichs an Nazideutschland, heiratete er die Soubrette Lisl Steinitz. Sie gingen nach Prag, wo Hans Hofer bis 1941 an einem jüdischen Kabarett engagiert war.



Lisl und Hans Hofer bei Verlobung.

Als Juden wurden Lisl und Hans Hofer am 27. Juli nach Theresienstadt deportiert. Dort unterstützten sie das Kulturleben, das die Nazis aus Propagandazwecken duldeten.

Beide traten in Revuen und szenischen Lesungen auf. Hans Hofer führte auch Regie bei der Operette „Die Fledermaus“. Darin spielte Lisl den Prinzen Orlovsky und Hans den Frosch. Der frühere Mithäftling Philipp Manes berichtete, das Ehepaar rief durch Plaudereien und Blödeleien „Lachstürme“ hervor. Im Angesicht der katastrophalen Existenzbedingungen und der drohenden Deportation dienten kulturelle Aktivitäten der Selbstbehauptung der Häftlinge. So verhalf das Hofer-Kabarett-Programm „Für Jugendliche“, das 17 Mal aufgeführt wurde, von Gedanken an den Tod abzulenken. Im Sommer 1944 assistierte Hans Hofer dem Häftling Kurt Gerron bei den Dreharbeiten zum Propagandafilm „Theresienstadt – Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet.“ Lisl Hofer berichtet, dass mit dem Film die Weltöffentlichkeit getäuscht wurde. Während der Dreharbeiten stand die SS mit gezogener Pistole neben dem Kameramann. Die tatsächlichen Lebensbedingungen beschreibt sie 1989 wie folgt:

„Wir vegetierten wie Tiere. 18, 20 Leute in einem Einzelzimmer. Unter ihnen alte Menschen, Kranke, Sterbende. Ein einziges Elend“.

Hans und Lisl Hofer wurden am 28. September bzw. am 4. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert. Beide wurden in andere Lager zur Zwangsarbeit verbracht und überlebten den Holocaust: Hans Hofer in Kaufering-Allach und Lisl Hofer, die in insgesamt sieben Lagern war, in Mauthausen. Nach ihrer Befreiung kamen Lisl und Hans Hofer im Juli 1945 wieder nach Prag. Nach einer kurzen Tätigkeit für die jüdische Kulturgemeinde wurde Hans Hofer von mehreren Theatern engagiert. 1960 siedelte er in die DDR nach Rostock über und spielte am Volkstheater – auch den Frosch in der „Fledermaus“. Lisl Hofer folgte ihm nach einer Ausbildung zur Beleuchtungstechnikerin in Prag und arbeitete ebenfalls bis zum Rentenbeginn am Theater. Für ein Interview besuchte Lisl Hofer 1989 noch einmal Theresi-

enstadt und beschrieb für den Dokumentarfilm „Totentanz: Kabarett hinter Stacheldraht“ das Lager- und Theaterleben. 1992, kurz nachdem der Film im deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde, starb sie in Rostock.

HANS IMHOF

* 6. JUNI 1910, CHEMNITZ – 14. JANUAR 1981, ROSTOCK

Hans Imhof war aktives Mitglied im Arbeiter-Turn- und Sportverein Chemnitz. Nach 1933 leistete er Widerstand gegen das Naziregime. Er brachte illegale Schriften über die tschechische Grenze und verhalf Verfolgten zur Flucht. Eine Skihütte auf dem Keilberg war dabei ein wichtiger Anlaufpunkt für die Kuriertätigkeiten von KPD- und SPD-Mitgliedern. Am 25. Mai 1935 wurde Imhof mit dem Vorhalt „hinreichend verdächtig, sich am Wiederaufbau der SPD, also hochverräterisch betätigt zu haben“, verhaftet. Es folgte im März 1936 die Verurteilung wegen gemeinschaftlichen Hochverrats zu zwei Jahren und zehn Monaten Zuchthaus. Im Juli 1944 wurde er zum Strafbataillon 999 eingezogen. Nach 1945 war Imhof zunächst als technischer Leiter der Bäderverwaltung in Chemnitz tätig. 1955 wurde ihm beim Neubau der Rostocker Schwimmhalle ebenfalls die technische Leitung übertragen. Bis 1979 war er danach in der Sportstättenverwaltung Rostock tätig.



WILLY JAGOW

*** 14. NOVEMBER 1904, HOSTENBACH A. D. SAAR**

– 23. APRIL 1991, ROSTOCK



Willy Jagow (rechts) mit dem befreundeten Ehepaar Acacio.

Geboren in der Familie eines Hüttenarbeiters wurde Willy Jagow katholisch getauft. Er verlor früh seine Eltern. Er arbeitete in Elsass-Lothringen im Bergwerk, danach in der Industrie. 1928 zog er nach Bremerhaven und fuhr als Matrose zur See. 1928 organisierte er sich im Internationalen See- und Hafentarbeiterverband, wurde Mitglied der KPD, der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition und im Kampfbund gegen den Faschismus. Wegen illegaler Tätigkeit im Rotfrontkämpferbund wurde er 1932 verhaftet und kam in Essen für zwei Jahre und sechs Monate in Haft. Am 28. Februar 1933 kam er in das KZ Börgermoor. Nach seiner Entlassung stand er sechs Monate unter Polizeiaufsicht. Er emigrierte nach Frankreich und ging von dort nach Spanien. Er kämpfte bei den Internationalen Brigaden im Bataillon Thälmann, gehörte zu den Verteidigern von Madrid und wurde bei den Kämpfen zweimal verwundet. Aus dem Internierungslager in Frankreich wurde er im April 1941 von der Gestapo herausgeholt und nach 14-monatiger Untersuchungshaft vom Sondergericht in Hamm zu drei Jahren Zuchthaus verur-

teilt. Danach kam er in das KZ Sachsenhausen, wo er die Häftlingsnummer 78762 erhielt. Am 5. Mai 1945 befreite ihn die Rote Armee vom Todesmarsch nahe Crivitz. Willy Jagow kam zur Volkspolizei und war kurze Zeit in der Grenzbereitschaft tätig. Später fuhr er wieder zur See und bekleidete die Funktion eines Kulturoffiziers. In den sechziger Jahren engagierte er sich für die Solidarität mit Häftlingen in spanischen Gefängnissen und pflegte bis ins hohe Alter engen Kontakt mit Spanienkämpfern aus Wien.

WILLY KÖPKE

*** 11. AUGUST 1916, STRALSUND – 23.02.2004, ROSTOCK**

Willy Köpke trat während der Lehre zum Schuhmacherhandwerk der Sozialistischen Arbeiter-Jugend bei. Ab Januar 1932 war der SPD-Anhänger an der Bildung der „Eisernen Front“ beteiligt und 1933 Mitorganisator der Flugblattaktion einer Jugendgruppe in Stralsund. Durch Denunziation wurde er am 14. November 1933 in



„Schutzhaft“ genommen und ins Gerichtsgefängnis Stralsund-Bielkenhagen überführt. Gegen ihn und acht Weitere wurde Anklage wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ erhoben. Vor der Großen Strafkammer in Berlin-Moabit fand Ende April 1934 die Gerichtsverhandlung statt. Köpke wurde dem Großen Jugendgericht Greifswald übergeben und beschuldigt, „die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern, durch Verbreiten von Schriften, z. T. auch durch andere Handlungen [...] und in Tateinheit hiermit es unternommen zu haben, den organisatorischen Zusammen-

halt einer anderen Partei als der NSDAP aufrechtzuerhalten.“ Am 28. Juni 1934 wurde Köpke in Greifswald zu acht Monaten Haft verurteilt. Nach 1945 war Willy Köpke unter anderem in der Handelsorganisation Barth in leitender Position tätig.

PAUL LUDWIG

*** 5. OKTOBER 1910, BRESLAU (WROCLAW)**

– 2. OKTOBER 1992, ROSTOCK

Paul Ludwig erlernte das Tischler- und Zimmermannshandwerk. Als Mitglied eines Sportvereins stieß er 1932 zur KPD und wurde Organisationsleiter. 1933 ging er mit Genossen in die Illegalität. Sie stellten Flugblätter her und verbreiteten diese in Betrieben. Eine Verhaftungswelle 1933 überstand er, jedoch wurde Ludwig mit einem illegalen Waffenlager in Verbindung gebracht. In der Innenstadt Breslaus (Wrocław) musste er untertauchen. Nur knapp entkam er einem Rollkommando. Die KPD beschloss seine Emigration nach Prag. Von dort aus organisierte er Anfang 1934 an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze einen illegalen Literaturtransport nach Deutschland. Im Mai wurde er von der tschechischen Polizei verhaftet und sollte nach 14-tägiger Haft an Deutschland ausgeliefert werden. Ihm gelang kurz vor der deutschen Grenze die Flucht und er reiste wieder nach Prag. Dort erhielt er Personaldokumente auf den Namen Bruno Holder. Ab 1935 war er nochmals an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze am illegalen Literaturtransport beteiligt, nahm auf deutscher Seite an il-



legalen Treffen teil und verhalf Genossen zur Flucht in die Tschechoslowakei. 1937 erneut verhaftet, wurde er nach dreiwöchiger Haft „auf Lebenszeiten“ des Landes verwiesen. Über Österreich, Frankreich und zu Fuß über die Pyrenäen gelangte er nach Spanien. Dort nahm er in den Internationalen Brigaden am spanischen Freiheitskampf teil. 1938 traf ihn die Demobilisierung und die Überführung in die Lager Saint Cyprien, Gurs und Argeles sur Mere. Er wurde an Deutschland nach Breslau ausgeliefert und in einem „Hochverratsprozess“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. 1943 kam er zur „Bewährung“ in das Strafbataillon 999 und sollte zur „Bandenbekämpfung“ gegen Partisanen in Griechenland und Albanien eingesetzt werden. Es gelang ihm überzulaufen und die Skepsis der Partisanen zu überwinden. Am 28. November 1944 nahm er an der Siegesparade in Tirana teil. Mit dem Ende des Naziregimes kehrte Paul Ludwig nach Deutschland zurück. Er schlug eine Polizeilaufbahn ein und wurde unter anderem im Oktober 1949 Landespolizeichef von Mecklenburg-Vorpommern und von 1957 bis 1960 als Generalmajor Chef der Grenzpolizei.

HANS MAHNCKE

*** 25. JULI 1894, JABEL – 9. MÄRZ 1967, ROSTOCK**

Hans Mahncke absolvierte eine dreijährige Lehre zum Schmiedemeister in Gehrstorf bei Kröpelin. Im Juli 1912 trat er mit 18 Jahren in Lübeck dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) bei und wurde im September Mitglied der SPD. Nach Ende des Ersten Weltkriegs kam Mahncke nach Rostock. 1919



wurde er in der USPD aktiv und ein Jahr darauf Mitglied der KPD. Er beteiligte sich an der Niederschlagung des Kapp-Putsches. Zwischen 1920 und 1927 war er Mitglied im Arbeiterrat der Neptun-Werft sowie Vertrauensmann des DMV. Wegen seiner politischen Tätigkeit wurde Mahncke im Frühjahr 1928 auf der Neptun-Werft entlassen. Daraufhin besuchte er die Parteischule in Oberloschwitz bei Dresden und wurde anschließend hauptamtlich für die KPD-Bezirksleitung Rostock tätig. Ab November 1932 fungierte er zudem als Bezirksleiter der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit in Mecklenburg. Der Rostocker Stadtverordnetenversammlung, in die er 1929 gewählt worden war, gehörte er bis 1933 an. Anfang März 1933 wurde Hans Mahncke in Bad Doberan verhaftet und als „Schutzhäftling“ im Rostocker Untersuchungsgefängnis in der Schwaanschen Straße festgehalten. Über die Isolationshaft berichtete er: „Mich erdrückten die vier Wände und das eiserne Gitter vor dem Fenster. Besonders schlimm war es, daß ich mich mit keinem Genossen unterhalten konnte. Meine Forderung, in einer Gemeinschaftszelle untergebracht zu werden, wurde nicht berücksichtigt. Ich sei ein Staatsverbrecher, sagte man mir, es bestehe Verdunkelungsgefahr“ (Mahncke 1976: 123ff).

Das Gefängnispersonal bestrafte die Häftlinge mit Essensentzug. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde Mahncke zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt und in das Zuchthaus Bützow-Dreibergen überführt. 1939 wurde er erneut verhaftet und nach Sachsenhausen verbracht. Am 30. Juni 1940 entlassen, bildete er in der Maschinen- und Kühlschranksfabrik Meinke im Rostocker Osthafen eine Widerstandsgruppe aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilosen und ausländischen Zwangsarbeitern. Sie traten entschieden gegen das Naziregime auf und versuchten für die 56 im Betrieb arbeitenden Zwangsarbeiter, zumeist aus der Sowjetunion,

Lebensmittel und Kleidung zu beschaffen. Zudem konnten sie Zeichnungen für Rüstungsaufträge fälschen und zeitweilig Betriebsteile lahmlegen. In den letzten Kriegstagen verhinderten sie mit Unterstützung anderer Belegschaftsmitglieder die beabsichtigte Sprengung von Maschinen. Bereits am 3. Mai 1945 begründeten Josef Schares, Hans Mahncke, der Sozialdemokrat Wilhelm Hörning und ein Parteiloser das Rostocker Ordnungskomitee, das in Absprache mit der sowjetischen Kommandantur die Verteilung von Lebensmitteln und die Aufrechterhaltung der Tätigkeit der Krankenhäuser und anderer lebenswichtiger Maßnahmen sicherte. Hans Mahncke wurde ab 13. Mai 1945 Leiter des Arbeitsamtes und danach in Funktionen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes tätig. Ab 1946 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und ab Oktober 1946 Mitglied des Landtages. Er wohnte bei den Polizeigärten 12 und wurde nach seinem Tod in einem Einzelgrab nahe des früheren „Sonderfriedhofs“ bestattet.

WALTER MARTIN

*** 3. MAI 1911 IN MÜLSEN (KREIS ZWICKAU)**

- 21. NOVEMBER 1991, ROSTOCK

Mit 14 Jahren begann sich Walter Martin in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und ab 1927 im Kommunistischen Jugendverband zu betätigen. Nach der Machtübertragung arbeitete er illegal im Rotfrontkämpferbund. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde er am 4. Juni verhaftet und am 14. Dezember 1933 vom Oberlan-



desgericht Hamm verurteilt. Im Februar 1934 wurde er von Herford in das KZ Esterwegen gebracht. Nach seiner Entlassung 1938 in der Rostocker Neptun-Werft dienstverpflichtet, wurde Martin wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ nicht eingestellt. Auch aus Wehrmacht und Volkssturm wurde er ausgeschlossen. 1939 heiratete er seine Frau Grete, die 1947 an Tuberkulose starb. Später ging er die Ehe mit Käte Voß ein. Nach 1945 arbeitete er auf der Neptun-Werft in Rostock als Kupferschmied. Von Oktober 1946 bis 1971 gehörte er der Volkspolizei an.

JUAN MORALES

*** 14. MAI 1914, CORRATRACA (SPANIEN)**

Juan Morales gehörte bis 1936 der Jung-Sozialistischen-Partei in Spanien an und nahm am Freiheitskampf des Spanischen Volkes teil. Um nicht interniert zu werden, flüchtete er nach Italien, wo er eine Italienerin heiratete. Er kam in die DDR, wo er verschiedene Tätigkeiten in der Landwirtschaft ausübte.



RUDI PANKOW

*** 16. JUNI 1915, BERLIN – 26. NOVEMBER 2002, ROSTOCK**

Rudi Pankow erlernte den Beruf des Kunst- und Bauschlossers. Mit 16 Jahren trat er der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und 1932 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) bei. 1933 übernahm er in Berlin die politische Leitung über KJVD-Gruppen im Unterbezirk Süd-Ost sowie in Neukölln. Wegen „Vorbereitung eines

Hochverräterischen Unternehmens“, wurde er am 1. April 1934 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Haftstrafe saß Rudi Pankow in Berlin-Moabit ab. Am 25. Juni 1943 wurde die über ihn verhängte Wehrunmündigkeit aufgrund seiner Haftstrafe aufgehoben und er wurde zum Dienst in der Marine einberufen. Im Februar



1944 kehrte er nicht mehr zum Dienst in seiner Einheit zurück und nahm wieder an illegalen Tätigkeiten in Berlin teil. Durch die Bekanntschaft mit Erika von Brockdorf schloss er sich der Boysen/Harnack-Guppe an. Zusammen mit seiner Frau organisierten sie illegale Treffs und die Verbreitung von Material. Es kam zu Verhaftungen, in deren Folge Erika von Brockdorf hingerichtet wurde. In der Nachkriegszeit wurde Rudi Pankow nach einem sozialpädagogischen Studium 1945 in Westberlin Jugendhelfer, jedoch wegen seiner SED-Mitgliedschaft fristlos entlassen. Danach leitete er im Ostteil von Berlin ein Heim für schwererziehbare Kinder. Rudi Pankow beteiligte sich am Aufbau der Seepolizei und der Volksmarine der DDR. Sein höchster Dienstgrad war Kapitän zur See. Von 1966 bis 1971 vertrat er die DDR in der Volksrepublik China als Militärattaché der Botschaft. Er war ab 1986 Vorsitzender des Bezirkskomitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und wurde am 22. Januar 1987 in die Zentraleitung des Komitees der Widerstandskämpfer berufen. 1989/90 setzte sich Rudi Pankow für die Neugründung der VdN ein und übernahm den Vorsitz des Bundes der Antifaschisten Rostock mit Sitz im Haus der Demokratie.

ALFONS PAWLOWSKI

*** 8. NOVEMBER 1910, DIRSCHAU (TCZEW)**

– 26. NOVEMBER 2005, ROSTOCK



Lore und Alfons Pawlowski in Rostock, 1999.

Alfons Pawlowski kam 1923 mit seinen Eltern nach Breslau (Wrocław). Dort erlernte er den Beruf des Elektrikers. Mitte 1931 trat er in die KPD ein und organisierte ab Sommer 1932 die Herstellung der illegalen Stadtteilzeitung „Spartakus“. Im Oktober 1932 wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und wegen Herstellung illegaler Zeitschriften verhaftet und im Januar 1933 amnestiert. Am 1. April 1933 stürmte die SS seine Wohnung. Sein Bruder Bruno wurde in Geiselhaft genommen. Ende April bekam Alfons Pawlowski von der KPD neue Papiere und den Auftrag nach Prag zu gehen. Im August 1933 wurde er nach Österreich ausgewiesen und ging daraufhin nach Bratislava. Den Februaraufstand in Österreich unterstützte er, indem er sich am Transport von Gewehrmunition beteiligte. Wegen seiner politischen Tätigkeit wurde er aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. Ein Visum für Kapstadt, wo seine Schwester wohnte, wurde ihm verweigert und er beantragte die Aus-

reise nach Bolivien, die er nach einer zweiwöchigen Inhaftierung antreten konnte. Alfons Pawlowski gelangte im Juli 1937 nach La Paz und wurde dort Mitbegründer des Klubs „Freundschaft“ für Emigranten. Weil er an der Herausgabe des Mitteilungsblattes „Alemania Democratica“ beteiligt war und während des Krieges antifaschistische Flugblätter herausgab und Losungen malte, wurde er verhaftet, jedoch kurze Zeit später freigesprochen. 1939 heiratete er Lore Herrmann, die Deutschland als rassistisch Verfolgte mit ihrer Familie verlassen hatte. Mit ihr bekam er einen Sohn und eine Tochter. Nachdem der Sohn schwerste Verbrennungen an den Händen erlitt, ging Alfons Pawlowski illegal mit der Familie nach Argentinien, da die erforderlichen Operationen nur dort durchgeführt werden konnten. Er trat in die Kommunistische Partei Argentiniens ein und war an der Herausgabe der deutschsprachigen Zeitung „Zeitbühne“ beteiligt. Am 30. August 1951 kehrte er mit seiner Familie nach Deutschland zurück. Ihren Wohnsitz nahm die Familie in Rostock, wo Lore und Alfons Pawlowski zwei weitere Söhne bekamen. Da sie in der DDR als staatenlos galten, mussten sie die Staatsbürgerschaft neu beantragen und hatten als „Westemigranten“ einige Vorbehalte zu überwinden. Alfons Pawlowski arbeitete bei dem Elektrobetrieb Nord. Im Fernstudium qualifizierte er sich zum Ingenieur und er wurde Abteilungsleiter für Konstruktion. Später war er im Wohnungsbaukombinat Rostock beschäftigt.

GUSTAV PETERS

*** 9. AUGUST 1904, ROSTOCK**

– 15. DEZEMBER 1961, SCHWERIN

Gustav Peters, Sohn eines Metallarbeiters, besuchte in Rostock die Volksschule. Danach war er im Metall- und Bauwesen tätig und ab 1930 erwerbslos. Mit 19 Jahren organisierte er sich in der KPD und im Rotfrontkämpferbund.

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler verteilte Gustav Peters gemeinsam mit Wilhelm Allwardt, Otto Kuhfeldt und anderen Kommunisten in Rostock Flugblätter. Unter der Überschrift „Großalarm! Hitler ist Reichskanzler!“ hieß es:

„Das ist verschärfte faschistische Diktatur. Das bedeutet blutigste Unterdrückung, Terror und schonungslose Ausplünderung der Arbeiterklasse. Hitler und Hugenberg, das bedeutet: Beseitigung der Sozialpolitik, das bedeutet: Beseitigung der Tarifverträge, das bedeutet: Fortsetzung des Lohnraubes. Arbeiter, Werktätige, zeigt Hitler Eure Kraft. SPD- und Reichsbanner-Arbeiter, Gewerkschafter! [...] Wir aber sagen Euch, nur wir, die revolutionäre antifaschistische Einheitsfront, die Arbeiterklasse ist die Kraft, die [...] auch heute mit dem Mittel des Streiks den ganzen Faschismus Hitler-Hugenbergs und mit ihnen den ganzen Kapitalismus zerschlagen kann. Darum hinweg mit Hitler, dem Vollstrecker der faschistischen Diktatur! Streik ist die Antwort der Betriebe an Hitler! Streik in jeder Fabrik, auf jedem Gut! Gegen Faschismus! Für eine Arbeiter-und-Bauern-Republik!“ (Jahnke 1985: 49f).

Auch im Vorfeld der Reichstagswahlen im März 1933 beteiligte sich Peters am Verfassen und Verbreiten kritischer Flugblätter. Die Losungen „Kampf dem Faschismus. Nieder mit Hitler! Wählt die KPD!“ oder „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ unter, denen die Flugschriften firmierten, tauchten auch an Häuserwänden auf. Mehrfach wurde Gustav Peters von der Gestapo verhaftet. Vom 28. Februar 1933 bis zum 6. Juni 1936 befand er sich mit kurzen Unterbrechungen in „Schutzhaft“. Nach der Haftentlassung arbeitete er zunächst als Nieter bei der Rostocker Neptun-Werft, bis er am 16. Februar 1943 zum Strafbataillon 999 eingezogen wurde. Aus der Wehrmachtsdivision – welche politischen Dissidenten vorbehalten war, die zuvor als „wehrunwürdig“ galten und in vorderster Front kämpfen

sollten – wurde Gustav Peters am 31. Oktober 1943 wegen einer Krankheit wieder entlassen. Zurück in Rostock arbeitete er bis zum 1. Mai 1945 wieder für die Neptun-Werft. In der Nachkriegszeit wurde Gustav Peters als Mitglied der SED zunächst bis 1948 für die Rostocker Stadtverwaltung tätig. Anschließend arbeitete er bis 1949 in der Polizeischule und ab August desselben Jahres für das Ministerium des Innern. Er kam bei einem Unfall in Schwerin ums Leben.

GEORG PIETRUSCHKA

*** 28. APRIL 1914, RADOSCHAU/OBERSCHLESIE**

– 28. OKTOBER 1994, ROSTOCK

Der Sohn eines Grubenarbeiters studierte Humanmedizin in Breslau, Berlin und Frankfurt/Main. Vor 1945 war er parteilos. Georg Pietruschka diente im 2. Weltkrieg als Assistenzarzt und Oberarzt bei der Deutschen Wehrmacht. Bei Stalingrad gefangen genommen, wurde er als Lagerarzt in Oranika und Jelabuga eingesetzt, wo er



gleichzeitig jeweils den stellvertretenden Vorsitz des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ innehatte. 1944 besuchte er die Antifa-Schule in Krasnogorsk bei Moskau. Anschließend hatte er verschiedene Funktionen in der Roten Armee inne. Nach 1945 war er unter anderem als stellvertretender Leiter des Landesgesundheitsamtes Schwerin und in der Charité Berlin tätig. Es folgte eine Berufung an die Rostocker Universität. Hier wirkte er von 1958 bis 1979 als Klinikdirektor für Augenheilkunde.

ALOIS PISNIK

*** 8. SEPTEMBER 1911, DONAWITZ**

– 2. OKTOBER 2004, ROSTOCK

Alois Pisnik erlernte den Beruf eines Maschinen- und Elektroschlossers. Er organisierte sich in der Sozialdemokratischen Jugend Österreichs sowie in der Gewerkschaft. 1928 trat er der Sozialdemokratischen Partei und 1933 der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) bei. Wegen Teilnahme an den Februarkämpfen 1934 in der Steiermark verhaftet, wurde er verurteilt, später jedoch amnestiert. 1940 als illegaler KPÖ-Funktionär erneut verhaftet, verurteilte ihn ein Sondergericht zu zehn Jahren Haft. 1945, nach seiner Befreiung aus der Haftanstalt Halle, qualifizierte er sich zum Ingenieur und nahm in der Folgezeit hauptamtliche Funktionen in der SED wahr – so in Sachsen-Anhalt und bis 1979 als Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung in Magdeburg. Er gehörte von 1950 bis 1989 dem Zentralkomitee der SED und von 1980 bis 1990 dem Staatsrat der DDR an.

DIETER RENNER

*** 29. OKTOBER 1923 ARENDSEE/ALTMARK**

– 2. JANUAR 2004, ROSTOCK

Dieter Renner war der jüngste Sohn des Juden Hugo Renner und seiner Frau Anna Altmark. 1926 zog die Familie nach Lüthten in Mecklenburg und suchte 1933 wegen antisemitischer Anfeindungen in Rostock den Schutz der Großstadt. 1938 erhielt Dieter und drei Jahre zuvor sein Bruder Günther die Konfirmation. Anna und Hugo Renner hatten sich schon bei der Geburt des ersten Sohnes entschieden, ihre Kinder im christlichen Glauben zu erziehen. Aufgrund des „Reichsbürgergesetzes“ und des „Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ von 1935 galten Dieter und Günter Renner dennoch fortan als „jüdische

Mischlinge“. Durch seine schulischen Leistungen schaffte Dieter Renner im Juli 1934 den Sprung auf das Realgymnasium und die Eltern mussten für ihn kein Schulgeld aufbringen. Doch im Laufe des Jahres 1936 änderten sich die Verhältnisse drastisch. Wegen seiner jüdischen Herkunft wurde ihm die Freistellung vom Schulgeld verwehrt und der Besuch des Gymnasiums unmöglich gemacht. Sein Lehrvertrag vom 5. Januar 1938 wurde kurz vor Antritt der kaufmännischen Ausbildung bei einer Versicherungsgesellschaft wegen „nicht arischer Abstammung“ wieder gekündigt. Von Bekannten wurde Dieter Renner geraten, die Laureberg-Drogerie von Ernst Hilzheimer aufzusuchen und dort nach einer Lehrstelle zu fragen. Als dieser erfuhr, dass sie beide das Schicksal der Verfolgung teilen, stellte er ihn als Lehrling ein. So erlernte Dieter Renner vom 16. September 1939 bis zum 31. März 1942 den Beruf des Drogisten. Nach den Novemberpogromen floh der Vater Hugo Renner unvorbereitet in den Morgenstunden des 11. November 1938 aus der Stadt und tauchte bei seiner Schwester in Hamburg unter. Im Haus der Familie fand eine Hausdurchsuchung statt. Ohne Wissen von Anna Renner wurden zur gleichen Zeit ihre beiden Söhne, Dieter und Günther, von ihren Arbeitsstellen abgeholt und auf das Rostocker Polizeipräsidium am Neuen Markt gebracht. Nach stundenlangen Verhören wurden beide in der Nacht wieder freigelassen. 1943 wurde Dieter Renner erneut verhaftet und im Zuge dessen von der Gestapo gezwungen, ein Dokument zu unterschreiben, in dem er sich verpflichtete,



tete, mit keinem arischen Mädchen zu verkehren. Am 10. April 1944 wurde er von der Gestapo in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt nach Frankreich verschleppt. Die Deportierten wurden der Organisation Todt unterstellt, in der Caserne Mortier in Paris in Hundertschaften eingeteilt und im besetzten Frankreich zur Zwangsarbeit gezwungen. 26 Monate arbeitete Dieter Renner in dem Zwangsarbeiterlager Le Lude. Danach wurde er zur Zwangsarbeit im Elsass, im Saar- und Ruhrgebiet sowie im Sauerland herangezogen. 1945 kehrte Dieter Renner nach Rostock zurück und arbeitete zunächst als Drogeriegehilfe in der Ratsdrogerie, danach als Angestellter bei der Kreisverwaltung auf dem Sachgebiet Statistik und dann bis 1971 vorwiegend als Planungsleiter bei der HO-Gaststättenleitung, in der Fischereiproduktionsgenossenschaft Warnemünde und im Chemiehandel Rostock.

GÜNTER RENNER

*** 9. APRIL 1921, AHRENDSEE/ALTMARK**

– 27.07.2005, ROSTOCK

Günter Renner erlernte das Bäckerhandwerk in Rostock. Im November 1938 wurde er erstmals aus antisemitischen Gründen verhaftet. Die Verhaftung und die Hausdurchsuchung nach den Novemberpogromen galten seinem jüdischen Vater, der zu dieser Zeit in Hamburg untergetaucht war. 1943 wurde Günter Renner erneut verhaftet. Wie auch sein Bruder Dieter wurde er von



der Gestapo zu einer Selbstverpflichtung genötigt, die ihm den Verkehr mit „arischen Mädchen“ untersagte. Auch er wurde am 10. April 1944 von der Gestapo nach Frankreich verschleppt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Nach 1945 arbeitete er auf der Neptun-Werft Rostock und engagierte sich viele Jahre als VdN-Betreuer.

der Gestapo zu einer Selbstverpflichtung genötigt, die ihm den Verkehr mit „arischen Mädchen“ untersagte. Auch er wurde am 10. April 1944 von der Gestapo nach Frankreich verschleppt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Nach 1945 arbeitete er auf der Neptun-Werft Rostock und engagierte sich viele Jahre als VdN-Betreuer.

KARL RISCHÉ

*** 31. MÄRZ 1905, BRACKEL B. DORTMUND**

– 8. MAI 1976, ROSTOCK

Karl Rische erlernte den Beruf des Tischlers. Er gehörte dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und ab 1924 der KPD an. Darüber hinaus war er in der Gewerkschaft organisiert. Von 1933 bis 1945 im Widerstand, wurde Rische am 19. April 1939 in Düsseldorf wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet. Vom Oberlandesgericht Hamm wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe verbüßte er in Düsseldorf, Hamm und Wuppertal. Nach der Haft zog Rische zu seiner Familie nach Thüringen und wurde als Soldat in die Wehrmacht eingezogen, wo er als „bedingt wehrfähig“ galt. Nach 1945 war er zunächst bei der KPD Weimar tätig. Danach war er in verantwortlichen Funktionen bei der Volksmarine der DDR.

FELIX SCHEFFLER

*** 9. FEBRUAR 1915, HAMBURG – 13. MÄRZ 1986**

Da sein Vater bereits 1926 verstarb, musste Felix Scheffler vorzeitig die Schule verlassen und für den Lebensunterhalt der Familie sorgen. Von seinem 15. bis zum 18. Lebensjahr lernte er Drogist in Hamburg-Altona. Mit 17 Jahren trat Scheffler in die SA ein, da er der Überzeugung war, dass er so die Lebensverhältnisse seiner Familie und seines Volkes verbessern könne. Im September 1933 trat er offiziell wieder aus, weil er sich in seinen Erwartungen getäuscht

sah. Er wechselte seinen Beruf und fuhr für die Reederei Hapag zur See. Im Oktober 1937 folgte seine Einberufung zum Wehrdienst. Den Krieg erlebte er als Soldat, Gefreiter und Unteroffizier im Pionierbataillon 20. Am 11. September 1941 geriet er in der Nähe von Schlüsselburg in sowjetische Gefangenschaft. Dort wurde er mit Dokumenten über die Verbrechen der Nazis konfrontiert und schloss sich im Lager Jelabuga zu Beginn des Jahres 1942 einer kleinen antifaschistischen Gruppe an. Er verfasste Flugschriften für deutsche Soldaten an der Front und erarbeitete Dokumente für Gefangene in den verschiedenen Kriegsgefangenenlagern. Darüber hinaus war er 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland. Im Februar 1944 ging er freiwillig an die Front in das Partisanengebiet westlich von Minsk und kämpfte bis zur Beendigung des Krieges unter anderem im Gebiet der Belorussischen Front. Nach der Beendigung des Krieges lebte Felix Scheffler in Moskau. Im November 1945 kehrte er nach Deutschland zurück. Zwischen 1947 und 1950 besuchte er zunächst die Parteihochschule in Kleinmachnow und war danach bei der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands angestellt. Ab 1950 half er beim Aufbau der Volkspolizei See, zu deren Chef er 1955 ernannt wurde. Ab 1. März 1956 war er kurzzeitig Chef der Volksmarine und hatte dort bis 1975 verschiedene leitende Positionen inne.

HELMUT SEBASTIAN

*** 13. MAI 1914 – 12. FEBRUAR 2002, ROSTOCK**

Der gelernte Mechaniker war ab 1932 Mitglied der SPD und nach 1933 im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands sowie in der KPD organisiert. Infolgedessen und wegen der Verbreitung illegaler Schriften wie der „Roten Fahne“ und dem „Braunbuch“ war Helmut Sebastian politischer Verfolgung ausgesetzt. Am 5. März 1935 wurde er in Leipzig verhaftet, da bei ihm illegale Druckschriften gefunden

wurden. Daraufhin wurde er am 29. Oktober 1935 am Landgericht Leipzig zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 29. Oktober 1936 reiste Sebastian illegal nach Spanien und kämpfte dort bis Februar 1939 in den Reihen der Internationalen Brigaden. Er wurde verhaftet und in Frankreich im Camp de Gurs interniert. Im März 1940 gelang ihm die Flucht, doch bereits im September 1941 wurde er von der französischen Polizei wieder aufgegriffen und erneut in das Lager Gurs gebracht. Ihm gelang erneut die Flucht, er wurde aber an der Grenze zu Spanien verhaftet. Da er sich als Staatsbürger der Niederlande ausgab, kam er 1943 frei. Bis 1946 lebte Helmut Sebastian getarnt als Niederländer in Spanien und kehrte anschließend nach Deutschland zurück. Ab September 1951 arbeitete er als Lehrer für Gesellschaftswissenschaften an der Seefahrtsschule in Wustrow.



HORST SENZ

*** 6. MÄRZ 1917, KÖNIGSBERG (KALININGRAD)
– 12. AUGUST 1980, ROSTOCK**

Horst Senz erlernte das Schlosserhandwerk in der Waggonfabrik Königsberg. Obwohl seine Herkunft väterlicherseits nie zweifelsfrei geklärt werden konnte, galt er entsprechend der „Nürnberger Rassegesetze“ als Sohn eines „Halbjuden“. 1940 verlobte er sich mit Margarete Bendel und 1941 bekamen sie einen Sohn. Aufgrund seiner vermeintlichen „Abstammung“ wurde dem Paar die Heirat verweigert und sie wurden gezwungen, die Verlobung zu lösen. Senz wurde in „Schutzhaft“ genommen, um seinen „Verkehr mit arischen

Frauen“ zu unterbinden. Nach einiger Zeit wurde er wieder entlassen, jedoch ständig von der Gestapo überwacht. Im März 1942 wiederum verhaftet, verbrachte man ihn zur Zwangsarbeit in das Lager Seifertshöhe im sächsischen Hirschfelde. Margarete Bendel kam auf der Flucht über Saßnitz und Tessin nach Gnewitz. Nach zunächst vergeblicher Suche in Königsberg fand Horst Senz seine Frau im September 1945 in Gnewitz. Sie heirateten am 20. Oktober

1945 in Tessin. Horst Senz war in den ersten Monaten nach Kriegsende entkräftet und arbeitsunfähig. Nach seiner Genesung arbeiteten er und seine Frau in der Landwirtschaft bei verschiedenen Bauern. Später arbeitete Horst Senz als Schlosser und Schweißer in Tessin und auf der Neptun-Werft in Rostock. Margarete Senz verstarb am 10. Juli 2011 in Rostock.



Margarete Bendel und Horst Senz bei ihrer Verlobung, 1939.

5. Zum Zustand der Gedenkstätten

Die Gedenkstätten für Opfer und Verfolgte des Naziregimes auf dem Neuen Friedhof sind Zeugen einer wechselvollen deutschen Vergangenheit. Der „Sonderfriedhof für Fremdrassige“ ist ein Beispiel, an dem die menschenverachtende Naziideologie im lokal-historischen Kontext besonders deutlich wird: Frauen, Männer und Kinder mussten an unmenschlichen Lebensbedingungen, Entbehrungen und Misshandlungen sterben und wurden über den Tod hinaus ihrer Würde beraubt, indem sie wie Aussätzige in Massengräbern verscharrt wurden.

Der Versuch, die Identität der Opfer auszulöschen, zeigt sich auch anhand der vielen Lücken dieser Dokumentation. Jahrzehnte nach Ende des Naziregimes und in Anbetracht der Tatsache, dass Überlebende und Zeitzeugen dahinscheiden, kommt den Gedenkort auf dem Neuen Friedhof eine entscheidende Beweiskraft zu. Damit diese ihrer Bestimmung gerecht werden, ist dafür Sorge zu tragen, dass der Opfer in würdiger Weise gedacht wird. Fehlende zeitgemäße Instandsetzungen und spärliche Informationen stehen der Auseinandersetzung mit ihren Schicksalen bisher entgegen. So ist etwa die 1966 gesetzte Gedenkstele namenlosen „Opfern des Faschismus“ gewidmet und repräsentiert die Opfergruppen nur unzureichend. Grabplatten, die an Opfer antisemitischer Verfolgung erinnern, sind witterungsbedingt und aufgrund von nur oberflächlichen Pflegearbeiten in einem desolaten Zustand und dem Verfall preisgegeben. Ähnlich verhält es sich mit den anderen Grabstätten für die Verfolgten des Naziregimes.

Der gegenwärtige Zustand der Gedenkstätten auf dem Friedhofsareal ist in vielerlei Hinsicht zu kritisieren und darauf zurückzuführen, dass die Anlagen bisher einer politischen, wissenschaftlichen, publizistischen oder musealen Aufarbeitung und Thematisierung harren. Als historische Orte

sind sie und damit auch die an Ort und Stelle bestatteten Opfer dem städtischen Gedächtnis weitgehend entrückt. Nur so ist etwa zu erklären, warum Ausstellungen Leben, Verfolgung und Vernichtung der Familie Josephy dokumentieren und ein Stolperstein an das Schicksal von Richard Josephy erinnert, während dessen Grabstätte für das öffentliche Gedenken an seine Person bisher nicht von Bedeutung war. Die vorliegende Broschüre soll dazu beitragen, dem Vergessen entgegenzuwirken und die historischen Spuren wieder sichtbar zu machen.

Die Recherchen in Literatur und Archiven haben viele Fragen unbeantwortet gelassen, die ohne die erhaltenen Memoriale nicht hätten gestellt werden können. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der NS-Geschichte muss sich daran messen lassen, wie eine Stadt mit ihren historischen Orten umgeht und ob es ihr gelingt, sie wieder in das Gedächtnis der Bürgerinnen und Bürger zu rufen. Neben einer kontinuierlichen Pflege der Gedenkort, bedarf es einer dem Zerfall gegenläufigen, zeitgemäßen Instandsetzung und Neugestaltung der Gedenkstätten, die auf die verschiedenen Opfergruppen hinweist und informiert. Die Lebens- und Verfolgungsgeschichten müssen weiter erforscht und durch Informationstafeln einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dieses aktive Erinnern an die Opfer in der geforderten historischen Dimension wird auch in den nächsten Jahren zum Zentrum der inhaltlichen Tätigkeit der Basisorganisation Rostock der VVN-BdA Mecklenburg-Vorpommern gehören.

6. Anhang

AUFSTELLUNG ÜBER DIE FEUERBESTATTUNG DER HÄFTLINGE DES KZ BARTH

Sammelgrab NF Feld Rb (gekürzte Abschrift)

Name	Vorname	Wohnort			
1. Luzenko	Waldimir	Russland	41. Smolow	Pawano	?
2. Daneck	Josef	?	42. Lautuch	Grigorij	Lobojkowka
3. Oserskoja	Sophia	?	43. Marosow	Pawel	Skrilowo
4. Sepini	Aldo	?	44. Wagner	Maria	Wiminden/Württemberg
5. Vyztelar	Jan	Holland	45. Courtiel	Andree	Paris
6. Larava	Josef	Pisino	46. Liska	Jakiw	Zaorillja
7. Karoli	Theresa	?	47. Ferenzi	Josef	Finnland
8. Kustowski	Philipp	?	48. Monti	Guiseppe	Hamilton/Kanada
9. Ellansky	Igor	Lopatai	49. Steinbach	Luise	Minden
10. Berger	Gisela	?	50. Natalini	Anton	Colnin/Italien
11. Kütis	Roman	?	51. Garmurar	Prokoly	Sentowo
12. Sapay	Lika	?	52. Sadkow	Michail	Baklanowakaja
13. Bartkiewiz	Atonia	Polen	53. Safanow	Dimitri	?
14. Sandulo	Dimitry	?	54. Warawka	Petro	?
15. Sajeve	Dawida	?	55. Muzina	Boleslaus	?
16. Pogdawvir	Wladimir	?	56. Baris	Mario	?
17. Förtsch	Jacob	?	57. Korowin	Sergej	?
18. Gudajew	Salwa	?	58. Boneppi	Guiseppe	?
19. Sausa	Pitro	?	59. Koroschko	Wassiliy	?
20. Nanaro	Dino	?	60. Lenhard	Walter	?
21. Mathiasi	Luipei	?	61. Lisenko	Musiy	Staroselje
22. Horwat	Marie	?	62. Tschernjwsky	Petr.	Semibalki
23. Bajegovoj	Geregoriy	?	63. Dydznski	Jan	Schioda
24. Pardak	Maximilian	?	64. Buchalo	Boris	Wesolo-Boschedarowka
25. Anatolli	Johann	?	65. Sapun	Petr.	Weselij Kut Krs.
26. Maslak	Iwan	?	66. Napadie	Stefania	Zloteika.Pedkajej
27. Bekrownyi	Wassil	?	67. Ferlotta	Johann	Visigniano Iстриa
28. Baran	Julian	?	68. Raico	Georg	?
29. Stoppari	Luigi	?	69. Konic	Anton	?
30. Kurschewitsch	Michai	Corpino	70. Chawilow	Fedor	?
31. Meroschnitschenko	Chrisauf	Tscherwono-Zwanowbra	71. Giovanni Gianchetti	Johann	Albona
32. Bwaschunencko	Damjan	Wisiljanko	72. Serdjuk	Wassily	Marinsko
33. Zisenko	Konstantin	Alexandrowka	73. Latinovir	Kazc	Gradina
34. Donatelli	Umberto	Foggin	74. Franke	Bernhard	Berkheim
35. Kudrananay	Stefan	?	75. Iwanschenko	Gnad	Kalinowka
36. Kramer	Elisabeth	Darmstadt	76. Kosar	Ilja	Kranogrigorjerka
37. Hiltajschuk	Piran	?	77. Wojciechowski	Woicisch	Wola Olsrowa
38. Bottola	Santo	Montona	78. Jursick	Rudolf	Brutto
39. Malchenoric	Tichonin	Dabrace	79. Bojko	Alexej	Kitajerka
40. Gronrak	Alfamsig	Shdanowica	80. Bonino	Mario	Czora Versalli
			81. Standelmaier	Josef	?
			82. Kasnadi	Amruij	Michajlorka
			83. Skripnik	Tichon	Nowaja Praga
			84. Kowschunow	Jakow	Melitopol
			85. Ruduk	Wassil	Nowiki
			86. Redtschuk	Fedor	NowsilkiRuski

87. Nazarow	Stepan	Putilowka	133. Giroda	Jan	Piotzkow
88. Romanow	Wladimir	Muron	134. Griesonie	Guiseppe	Milaus
89. Schertschenko	Larion	Kramatzowka Kr. Stalinsk	135. Wosikanzer	Andrei	?
90. Stepanjuk	Alexander	Wibelsk	136. Matrosow	Umer	Kiziltasch
91. Nowak	Jan	Szalas	137. Fetterol	Mario	?
92. Stang	Rudolf	Lüdenscheid	138. Matewjew	Fedor	?
93. Babero	Riccardo	Villa di Rotigno	139. Fried	Janos	?
94. Litrin	Wassil	Pankowica	140. Szychta	Stanislaw	Baby Pol.
95. Miccuci	Federico	New York, USA	141. Albrecht	Willi	Rostock
96. Bikodir	Iwan	Mala Buwabka	142. Wroblowski	Jan	?
97. Plaszewski	Karol	Stanislawow	143. Dretcz	Andreas	?
98. Pozowikow	Grigory	Mojsejewka	144. Rozke	Paul	?
99. Kolobanor	Wassily	Antipowka, SU	145. Sergejew	Wladimir	Nowa-Matwejkwa
100. Aschonko	Petro	Kransokut, SU	146. Berinkej	Soltan	?
101. Irzs	Anton	Galiniana	147. -----	-----	gestrichen
102. Ziinsky	Leon	Kalmik	148. Wagner	Charles	?
103. Jazmko	Michail	Rotschakowka	149. Andantschenko	Stepan	Petrikowka
104. Galy	Trozin	?	150. Kalloi	Sandor	?
105. Polidori	Mario	Toggio-Mineta	151. Lewinski	Stanislaw	?
106. Kulik	Wassil	Gorolo	152. Scandurra	Francesco	Villa Giovanni
107. Ribka	Timofey	Juyula-Kamienka	153. Redor	Jan	?
108. Briginez	Jakow	Briginz	154. Tarasow	Karp	?
109. Furdor	Janina	?	155. Zabomow	Petro	?
110. Dal-Bello	Andrea	Pradarsi Daselo Msalo	156. Farkasz	Ludwig	?
111. Wowk	Sergy	Baha	157. Tkotz	Helmuth	?
112. De Cleregg	Albertus Karolus	Gent	158. Fierotto	Adolfo	?
113. Gassick	Albert	?	159. Goljakow	Michael	?
114. Scheudzik	Fedor	Kiew	160. Baschenko	Peter	?
115. Skaszuk	Michael	Krekow	161. Burmilowa	Danja	?
116. Selman	Idris	Hohe Shodor	162. Campagnola	Giuliano	?
117. Sanakojew	Sergo	Ingo Dsjetja	163. Kohn	Bela	?
118. Maximenko	Fedor	Sholdaki	164. Drobotum	Polikaep	?
119. Scotti	Rzir	Pitelli	165. Kraus	Franz	?
120. Peters	Fritz	Wuppertal	166. Uljanow	Michael	?
121. Poretti	Marius	Rovigno	167. Tarkorski	Wladislaw	?
122. Dutkiewism	Marian	Pietzkow	168. Torre	Carlo	?
123. Sintschenko	Makar	?	169. Dollano	Umberto	Italien
124. Krcal	Jan	Hewaltice	170. Merkuri	Cesare	Italien
125. Szezcnsiak	Czeslaw	Posen	171. Pereymis	Wera	?
126. Iziumski	Nikolai	Kochany	172. Cozzi	Plino	?
127. Goitani-	Stacinn	?	173. Wedel	Heinz	?
128. Sakie	Sali	?	174. Serdjuk	Iwan	?
129. Gartberini	Johann	Cerion			
130. Andruschenko	Nikolai	Kalinowo			
131. Ablajew	Allitar	Rajroginli			
132. Vanzetti	Andreas	Torino Ita.			

Aus dem Feuerregister des Krematoriums Rostock 1934-1947, Friedhofsverwaltung Neuer Friedhof, Rostock.

GLOSSAR

Aktion Gewitter | Verhaftungsaktion nach dem gescheiterten Attentat des 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler.

Anton-Saefkow-Gruppe | Eine der größten kommunistischen Widerstandsgruppen während des Zweiten Weltkrieges.

Arbeiter-Turn- und Sportbund | Im 19. Jh. als Reaktion auf die nationalistische Deutsche Turnerschaft gegründeter Sportverband.

Arisierung | Der NS-Ideologie entlehnter Begriff für die Enteignung der Juden in Deutschland und den besetzten Gebieten.

Bund Deutscher Mädel | Eine 1930 für Mädchen als Untergliederung der Hitler-Jugend und zum Zweck der Indoktrination und Gleichschaltung gegründete NS-Organisation.

Demokratischer Frauenbund Deutschlands | Am 8. März 1947 in der DDR gegründete Organisation zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Deutsche Arbeitsfront | Im Mai 1933 gegründeter NS-Einheitsverband von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Eiserne Front | Republikanisches Widerstandsbündnis aus dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Arbeitersportverbänden und gewerkschaftlichen Organisationen zwischen 1931 und Mai 1933.

Empacher-Krause-Gruppe | KPD-Widerstandsgruppe um Werner Krause und Walter Empacher, die mit katholischen und ausländischen Widerstandsgruppen zusammenarbeitete.

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund | Am 15. Juni 1945 gegründeter Dachverband der 16 Einzelgewerkschaften in der DDR.

Internationale Arbeiterhilfe | KPD-nahe Organisation, die während der Weimarer Republik Sozialleistungen für Arbeiter bereitstellte.

Internationale Brigaden | 30.000 Freiwillige aus über 20 Ländern, die auch von der Kommunistischen Internationale aufgerufen, in Spanien von 1936 bis 1939 gegen den Faschismus kämpften.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit | Linker Verband, der sich in der Zeit der Weimarer Republik für soziale Rechte von Kriegsoffizieren und Arbeitsinvaliden einsetzte.

Kampfbund gegen den Faschismus | Nach dem Verbot des Rotfrontkämpferbundes gegründete Nebenorganisation der KPD.

Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit | KPD-naher Arbeitersportverband in der Endphase der Weimarer Republik, der aus einer Abspaltung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hervorging.

Kapp-Putsch | Ein am 13. März ausgelöster rechtsgerichteter Putsch gegen die Ergebnisse der Novemberrevolution in der Weimarer Republik, der nach fünf Tagen scheiterte.

Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer | Das Komitee übernahm 1953 als ehrenamtliche Körperschaft mit Beschluss des ZK der SED die Aufgaben der VVN in der DDR und Ostberlin.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands | Jugendorganisation der KPD.

Marxistische Arbeiterschule (MASCH) | KPD-nahe Bildungseinrichtung im Berlin der 1920er Jahren.

Nationalkomitee Freies Deutschland | Im Juli 1943 im Kampf gegen den NS gegründeter Zusammenschluss von deutschen Kriegsgefangenen und Emigranten in der Sowjetunion.

Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund | Ärzte- und Kampforganisation der NSDAP.

Novemberpogrome | In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden in Deutschland jüdische Geschäfte, Friedhöfe und Wohnungen zerstört sowie Synagogen in Brand gesetzt.

NS-Frauenschaft | 1931 gegründete NSDAP-Frauenorganisation.

Organisation Todt | 1938 gegründete und militärisch organisierte Bautruppe, benannt nach Fritz Todt, die vor allem in den besetzten Gebieten für Rüstungszwecke eingesetzt wurde.

Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition |

Kommunistische Gewerkschaft in der Weimarer Republik.

Rote Hilfe Deutschland |

KPD-nahe Hilfsorganisation, die von 1924 bis 1936 bestand.

Rote Kapelle | Widerstandsorganisation um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen. Nach einer Verhaftungswelle 1942 wurden viele der über 100 inhaftierten Widerstandskämpfer hingerichtet.

Rote Ruhrarmee | Im Widerstand gegen den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet entstandene Arbeiterbataillone, deren bewaffneter Aufstand von der Reichswehr blutig niedergeschlagen wurde

Rotfrontkämpferbund | Paramilitärischer Kampfverband der KPD in der Weimarer Republik.

Schutzhaft | Willkürliche Inhaftierung von NS-Gegnern.

Sozialistische Arbeiter-Jugend | 1922 gegründeter sozialdemokratisch orientierter Jugendverband in Deutschland und Österreich.

Spartakusbund | Zusammenschluss revolutionärer Sozialisten zur Zeit des Ersten Weltkriegs, der den Kern der späteren KPD bildete.

Strafbataillon 999 | Im Oktober 1942 geschaffene Strafdivision der Wehrmacht für Jene, die zuvor als „wehrunwürdig“ galten.

Thälmann-Bataillon | Teil der XI. Internationalen Brigade im spanischen Bürgerkrieg (siehe auch: Internationale Brigaden).

Todesmarsch | Evakuierungsmärsche zur Räumung der KZ, bei denen Häftlinge brutal misshandelt und ermordet wurden.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes | 1947 gegründeter, überparteilicher Verband von NS-Verfolgten in Deutschland.

Volkssturm | 1944 als „letztes Aufgebot“ gegründeter NS-Wehrersatzverband, rekrutiert aus Rentnern und Jugendlichen.

Wandervogel | 1896 in Berlin entstandene Ursprungsgruppe der deutschen Jugendbewegung.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

DMV | Deutscher Metallarbeiter-Verband

DSR | Deutsche Seerederei

FDGB | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

Gestapo | Geheime Staatspolizei

OdF | Opfer des Faschismus

KJVD | Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

KPD | Kommunistische Partei Deutschlands

KPÖ | Kommunistische Partei Österreichs

KZ | Konzentrationslager

LDPD | Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

NVA | Nationale Volksarmee

RFB | Rotfrontkämpferbund

SA | Sturmabteilung der NSDAP

SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SS | Schutzstaffel, zentrales Terrororgan der NSDAP

USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

VdN | Verfolgte des Naziregimes

VVB | Vereinigung Volkseigener Betriebe

VVN | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS (AUSWAHL)

Archivalien

Friedhofsarchiv Neuer Friedhof Rostock.

Landesarchiv Greifswald: IV-A4, B4, D4 (Sekretariatsitzungen der SED-BL – insbesondere Berichte der AG Geschichte); V/1/241 (Kreiskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Rostock); V/1/234 (Bezirkskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Rostock).

Sammlung der VVN-BdA, Basisgruppe Rostock.

Stadtarchiv Rostock: 1.1.14 (Friedhofsbehörde und Alter Friedhof – Akten 19-23); 2.1.0 sowie 2.1.1 (Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt – 1945-1990).

Literatur

Albrecht, Martin (2006): Flugzeuge aus Barth. Heinkels „Müller-Werk“ und das Außenlager des KZ-Ravensbrück, Schwerin.

Endlich, Stefanie; Goldenbogen, Nora; u.a. (1999): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation (Bd. 2), Bonn.

Jahnke, Karl Heinz (2006): Widerstand gegen die NS-Diktatur in Mecklenburg. Zur Erinnerung an die Frauen und Männer, die zwischen 1933 und 1945 ermordet wurden, Rostock.

Jahnke, Karl Heinz; u.a. (1985): Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945, Berlin.

Jahnke, Karl Heinz; u.a. (1970): Der antifaschistische Widerstandskampf in Mecklenburg 1933 bis 1945, Rostock.

Jawinsky, Johanna; Lamprecht, Werner; u.a. (Hrsg.) (1976): Unbeugsame Kraft. Erinnerungen und Episoden aus den Kampf der Arbeiterbewegung im Bezirk Rostock, Rostock.

Jeske, Natalja (2010): Das KZ-Außenlager Barth. Geschichte und Erinnerung, Kückenshagen.

Kasten, Bernd (2008): Verfolgung und Deportation der Juden in Mecklenburg 1938-1945, Schwerin.

Maaßen, Hans (Hrsg.) (1976): Brigada International ist unser Ehrenname, Frankfurt am Main.

Miethe, Anna Dora (1974): Gedenkstätten. Arbeiterbewegung, Antifaschistischer Widerstand, Aufbau des Sozialismus, o.O.

Radau, Helga (1994): Nichts ist vergessen. Aus der Geschichte des KZ Barth, Kückenshagen.

Schröder, Frank (1998): Rostock. In: Diekmann, Irene (Hrsg.): Wegweiser durch das jüdische Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam.

Schröder, Frank; Ehlers, Ingrid (1988): Zwischen Emanzipation und Vernichtung. Zur Geschichte der Juden in Rostock, Rostock.

Soziale Bildung e.V. (Hrsg.) (2003): Gedenke – Vergiss nie! Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus in Rostock, Rostock.

Stadtarchiv Rostock (Hrsg.) (1981): Rostocks Straßennamen von A-Z (Kleine Schriftenreihe des Stadtarchivs Rostock; Bd. 5), Rostock.

Inachin, Kyra T. (2005): Parlamentarierinnen. Landespolitikerinnen in Mecklenburg und Pommern 1918 bis heute, Schwerin.

Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

o.V. (1945): Der Totengräber von Rostock (Nachdruck eines Artikels der Volkszeitung). In: Volksstimme vom 18. Oktober 1945.

Scheffler, Birke (2008): „Jetzt ist Schluss mit dem Judenspuk“. Die Reichspogromnacht in Rostock. In: 0381 – Stadt & Kulturmagazin vom November 2008.

Impressum

Diese Broschüre entstand mit Unterstützung von Soziale Bildung-Rostock und Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern.

Herausgeber: VVN-BdA Mecklenburg-Vorpommern, Basisorganisation Rostock

Autoren: Roman Guski, Johanna Jawinsky, Hannelore Rabe
Redaktion: Roman Guski, Michael Herms, Hannelore Rabe, Johanna Jawinsky

Mitwirkende: Michael Davidsberg, Hendrik Mayer, Aline Munkewitz, Frauke Schüler, Elke Quest, Wilhelm Vagt

Fotos und Abbildungen: Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth: 17; Katrin Kasch: 6-8, 16, 18-19, 27, 60; Landesarchiv Greifswald: 23, 30, 36, 47, 54, 59, 61 (1), 70; Karsten Maatz: Titelfoto; Neuer Friedhof: 2; Stadtarchiv Rostock: 9-11, 13-14, 58 (1); Ostsee Zeitung: 28 (1), 29, 35, 37, 44, 56; Privatbesitz: 64, 66-67; Sammlung der VVN-BdA Rostock: 20-21, 24, 28 (2), 31, 33, 38, 39, 40-42, 51, 55-57, 58 (2), 61 (2), 62-63, 65, 66 (2), 68-69, 71-74.

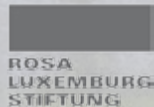
Layout: Karsten Maatz
Druck: adiant Druck Rostock, Roggentin
August 2011

ISBN: 978-300-035037-5

VERPFLICHTET
UNUS
NIEMALS
MEHR
FASCHISMUS



Sobik



ISBN: 978-300-035037-5